



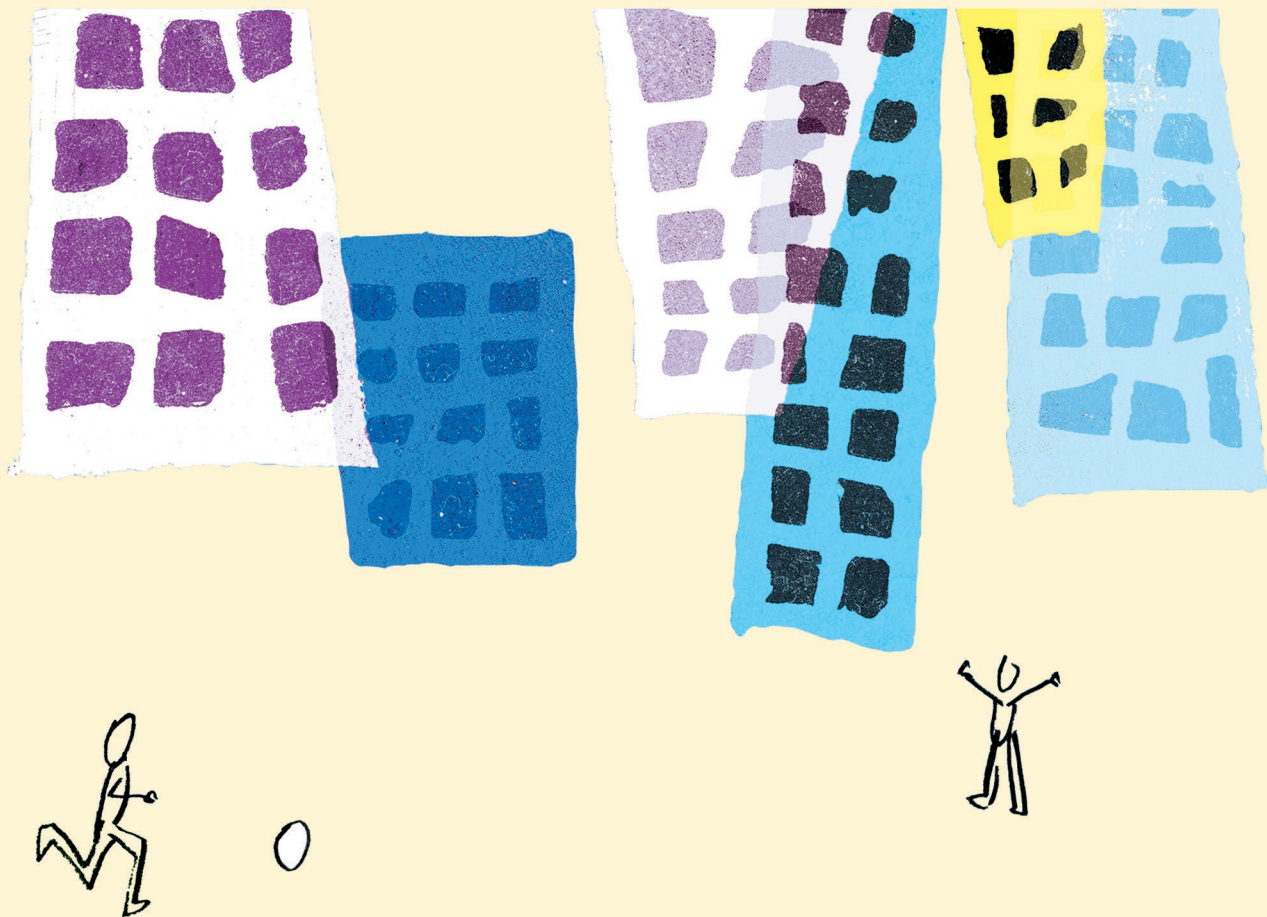
European Foundation  
for the Improvement of  
Living and Working Conditions



Europäische Kommission  
Generaldirektion  
Beschäftigung und Soziales

LEBENSQUALITÄT IN EUROPA

# Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa





Wahrnehmung der Lebensbedingungen  
in einem erweiterten Europa

In der Veröffentlichungsreihe der Stiftung zum Thema Lebensqualität in Europa sind bisher folgende Berichte erschienen:

Low income and deprivation in an enlarged Europe ( H. Russell und C. Whelan)  
Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe (P. Böhnke)  
Life satisfaction in an enlarged Europe (J. Delhey)  
Working and living in an enlarged Europe (K. Kovács und B. Kapitány)  
Health and care in an enlarged Europe (J. Alber und U. Köhler)  
Fertility and family issues in an enlarged Europe (T. Fahey und Z. Spéder)  
Migration trends in an enlarged Europe (H. Krieger)

Die Berichte sowie Zusammenfassungen dieser Berichte können auf der Website der Stiftung heruntergeladen werden unter [www.eurofound.eu.int/qual\\_life/index.htm](http://www.eurofound.eu.int/qual_life/index.htm)

Verfasser: Jens Alber und Tony Fahey

Forschungsinstitut: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, und Economic and Social Research Institute (ESRI), Dublin

Von der Stiftung finanziertes Projekt: Quality of life in central and eastern European candidate countries (Lebensqualität in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern)

Im Rahmen der Studie wurden verschiedene Eurobarometer-Umfragen untersucht, die im Auftrag der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales durchgeführt worden waren.

Forschungsleitung: Hubert Krieger, Robert Anderson



European Foundation  
for the Improvement of  
Living and Working Conditions



Europäische Kommission  
Generaldirektion  
Beschäftigung und Soziales

**LEBENSQUALITÄT IN EUROPA**

# Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa

Bibliografische Angaben befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

ISBN 92-897-0255-9

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2004

Für Übersetzungs- und Reproduktionsrechte wenden Sie sich bitte an den Direktor, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung oder Haltung der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission wider.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine autonome Einrichtung der Europäischen Union, deren Aufgabe es ist, bei der Festlegung der künftigen Politik in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen unterstützend zu wirken. Weitere Informationen sind über die Website der Stiftung erhältlich:

Website: [www.eurofound.eu.int](http://www.eurofound.eu.int)

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Europäische Stiftung zur Verbesserung  
der Lebens- und Arbeitsbedingungen  
Wyattville Road  
Loughlinstown  
Dublin 18  
Irland  
Tel.: (+353 1) 204 31 00  
Fax: (+353 1) 282 42 09 / 282 64 56  
E-Mail: [postmaster@eurofound.eu.int](mailto:postmaster@eurofound.eu.int)  
[www.eurofound.eu.int](http://www.eurofound.eu.int)

Europäische Kommission  
B-1049 Brüssel  
Belgien  
Tel. (32-2) 299 11 11  
<http://europa.eu.int/comm>

Printed in Ireland

Diese Veröffentlichung wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt, das aus bewirtschafteten Forstbeständen in Nordeuropa stammt. Für jeden gefällten Baum wird mindestens ein neuer Baum nachgepflanzt.

# Vorwort

Der Gipfel von Lissabon stellte die Sozialpolitik als ein zentrales Element der Strategie Europas auf dem Weg heraus, die Union bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. In dieser Zielsetzung liegen die Vorgaben für eine Reihe sozialpolitischer Aufgabenstellungen für die Europäische Union. Der vorliegende Bericht, der auf eine gemeinsame Initiative der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales und der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zurückgeht, befasst sich mit einigen dieser zentralen Themen wie z. B. Armut und soziale Ausgrenzung, der Beziehung zwischen Lebensqualität und Qualität der Arbeit, Geburtenrate, Migration und Mobilität, Zufriedenheit mit der Lebensqualität, Pflegedienste sowie generationsübergreifende Hilfe.

Mit der Untersuchung der Lebensqualität in 28 Ländern Europas - neben den derzeitigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Beitrittsländer und die Kandidatenländer - legt der Bericht erstmals eine Analyse der Meinungen und Erfahrungen der Bürger des neuen Europa zu bestimmten Aspekten ihrer Lebensbedingungen vor. Die Analyse stützt sich auf die Daten der im Frühjahr 2002 in den Beitritts- und Kandidatenländern durchgeführten Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission und von Eurobarometer-Standardumfragen in EU-15.

Der Bericht steht am Beginn einer Serie von Berichten zur Lebensqualität in einem größer werdenden Europa, die von der Stiftung veröffentlicht werden, und bildet eine Ergänzung zu den im Jahresbericht über die soziale Lage in Europa dokumentierten Beobachtungsmaßnahmen der Kommission.

Willy Buschak

Stellvertretender Direktor

Europäische Stiftung zur

Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Jérôme Vignon

Direktor

Generaldirektion Beschäftigung und Soziales

Europäische Kommission

## Ländercodes in Schaubildern und Tabellen

<b>EU-Mitgliedstaaten (in protokollarischer Reihenfolge)</b>	
Belgien	BE
Dänemark	DK
Deutschland	DE
Griechenland	EL
Spanien	ES
Frankreich	FR
Irland	IE
Italien	IT
Luxemburg	LU
Niederlande	NL
Österreich	AT
Portugal	PT
Finnland	FI
Schweden	SE
Vereinigtes Königreich	UK
<b>Beitrittsländer (in protokollarischer Reihenfolge)</b>	
Zypern	CY
Tschechische Republik	CZ
Estland	EE
Ungarn	HU
Lettland	LV
Litauen	LT
Malta	MT
Polen	PL
Slowakei	SK
Slowenien	SI
<b>Kandidatenländer (in protokollarischer Reihenfolge)</b>	
Bulgarien	BG
Rumänien	RO
Türkei	TR
EU-15	Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (vor dem 1. Mai 2004)
EU-25	Die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (nach dem 1. Mai 2004)
AC-10	Die zehn Länder, die im Mai 2004 der Europäischen Union beitreten
ACC-13	Die zehn Beitrittsländer und die drei Kandidatenländer



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Einführung</b>	<b>9</b>
<b>1 – Einkommen und materielle Ressourcen</b>	<b>13</b>
<b>2 – Soziale Eingliederung und Ausgrenzung</b>	<b>19</b>
<b>3 – Beschäftigung und soziale Beziehungen</b>	<b>29</b>
<b>4 – Messung der Lebenszufriedenheit</b>	<b>37</b>
<b>5 – Politische Herausforderungen</b>	<b>45</b>
<b>6 – Die wichtigsten Schlussfolgerungen</b>	<b>51</b>
<b>Literatur</b>	<b>55</b>
<b>Anhang: Übersicht der Variablen und Eurobarometer-Quellen</b>	<b>57</b>



# Einführung

Mit dem Näherrücken des Termins für die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 wächst der Druck auf die Politik, geeignete Voraussetzungen für das Entstehen einer starken und produktiven neuen Europäischen Union zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt in dieser Union zu gewährleisten. Lebensbedingungen und Lebensqualität der Bürger sind mit entscheidende Faktoren für den Erfolg der Erweiterung. In jüngster Zeit wurden daher mehrere Initiativen auf den Weg gebracht, die entsprechende Informationen und Daten liefern und damit einen Überblick über die Situation in einer Union mit 25 Ländern oder auch in einem erweiterten Europa mit 28 Staaten vermitteln sollen.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse einer dieser Initiativen in Form einer integrierten Zusammenfassung der Erkenntnisse aus einer Reihe vergleichender Untersuchungen zu Lebensqualität und Lebensbedingungen und damit zusammenhängenden Themengebieten in den 13 Beitritts- und Kandidatenländern (ACC-13) und den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-15)<sup>1</sup>. Grundlage für die Untersuchungen war ein kombinierter Datensatz, der zum Großteil aus einer Eurobarometer-Umfrage stammte, die im Frühjahr 2002 von der Europäischen Kommission in ACC-13 durchgeführt worden war (Eurobarometer CC).

Die Umfrage deckte ein breites Themenspektrum ab:

1. Verschiedene Dimensionen der Lebensbedingungen und der Lebensqualität: Einkommen, Deprivation, Arbeitsbedingungen, Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung, Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen und Wahrnehmung verschiedener Aspekte im Zusammenhang mit Gesundheit, Betreuung und Pflege und Fragen zur Familie.
2. Erwartungen und konkrete Zahlen zur Fertilität
3. Migrationsabsichten

Aussagefähige Daten aus vorausgegangenen Eurobarometer-Standardumfragen, die im Zeitraum von 1998 bis 2001 in den 15 Mitgliedstaaten durchgeführt worden waren, wurden extrahiert und dem bereits für ACC-13 erhobenen Datenbestand hinzugefügt. Auf diese Weise entstand eine gemeinsame Datenquelle für die insgesamt 28 Länder (EU-28).<sup>2</sup> Auf der Grundlage dieser Daten erarbeitete ein internationales Forscherteam sieben Studien über verschiedene Aspekte des übergeordneten Themas Lebensqualität sowie einen ergänzenden Bericht zu den technischen Aspekten der Daten.

Diese Reihe vergleichender Studien bildet den Ausgangspunkt für die breit angelegten Forschungsarbeiten der Stiftung zur analytischen Beobachtung der Lebensqualität in Europa. In Kürze werden ergänzend zu den Studien auf der Grundlage der Eurobarometer-Daten Analyseberichte zu weiteren Themen vorgelegt, die in den Eurobarometer-Daten nicht erfasst sind, u. a. über den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Wohnraum, Pendler, „Work-Life-Balance“ und Zeitbudget sowie über Kapital für soziale Zwecke. Ausgangspunkt für diese zweite Phase der Analyse ist eine

28 Länder umfassende Erhebung der Stiftung über die Lebensqualität in Europa aus dem Jahr 2003, aus der ein auf der Befragung von rund 21 000 Personen basierender harmonisierter Datensatz hervorging.

## Zielsetzungen der Berichte über die Lebensqualität

Wichtigste Zielsetzung der Berichtsreihe war ihr Beitrag zur Beobachtung und Analyse der Lebensbedingungen und der Lebensqualität in ACC-13 auf der Grundlage von Vergleichen mit EU-15. Leitkonzept hierbei war der Begriff der „Lebensqualität“. Dieses Konzept geht - wie weiter unten erläutert - von einem Verständnis des menschlichen Wohlbefindens als mehrdimensionale Größe (die neben Einkommen und materiellen Ressourcen auch Faktoren wie Gesundheit, Bildung und soziale Beziehungen beinhaltet) aus, die sich aus subjektiven Wahrnehmungen sowie objektiven Bedingungen zusammensetzt.

Dabei war man nicht davon ausgegangen, dass die Daten, die die Grundlage der Untersuchungen bildeten, eine umfassende Sicht der Lebensqualität ergeben würden; auch sollten die nationalen und institutionellen Kontextfaktoren (wie z. B. der Charakter von politischen Systemen oder das Sozialleistungsniveau), die die vom Einzelnen wahrgenommene Lebensqualität maßgeblich mitbestimmen, nicht in den Vordergrund gestellt werden. Vielmehr bestand das vorrangige Ziel darin, bestimmte Schlüsseldimensionen der Lebensqualität zu untersuchen, und zwar in allen ACC-13 nach einem einheitlichen Konzept, das den Vergleich mit EU-15 ermöglichte.

Die Studien zählen zu den ersten Untersuchungen, die eine einheitliche Analyse der vorherrschenden sozialen Bedingungen in EU-15 und ACC-13 vornehmen. Sie zeichnen somit ein Bild der sozialen Gegebenheiten im „neuen“ und nicht mehr im „alten“ Europa und sind damit insofern aktuell, als sie die Situation am Vorabend der im Mai 2004 stattfindenden Erweiterung deutlich machen.

Beim Vergleich verschiedener Ländergruppen wie z. B. AC-10 oder CC-3 mit EU-15 muss man sich die genaue Bedeutung und Relevanz der Durchschnittswerte vor Augen halten. Die Durchschnittswerte basieren auf der relativen Bevölkerungsgröße der einzelnen Länder. Der Durchschnitt für AC-10 wird somit stark von den polnischen Ergebnissen beeinflusst und der Durchschnitt für CC-3 von den türkischen Ergebnissen (Polen bzw. die Türkei stellen in den beiden Gruppen die größten Bevölkerungseinheiten).

Der Untersuchungsgegenstand ist sowohl hinsichtlich des Spektrums der abgedeckten Themen als auch hinsichtlich ihrer Relevanz für die Politik der EU von Interesse. Die Berichte befassen sich mit Themen wie Armut, soziale Ausgrenzung, Arbeitsbedingungen, soziale Eingliederung und Migration - alles Themen, die in der politischen Agenda der EU einen hohen Stellenwert haben. Der Beitritt der neuen Länder wird zweifellos großen Einfluss auf die politische Entwicklung in diesen Bereichen haben. Andere Themen wie Geburtenrate und familiäre Unterstützung liegen zwar außerhalb der politischen Zuständigkeit der EU,

<sup>1</sup> ACC-13 umfasst sowohl die 10 Länder, die im Mai 2004 der EU beitreten werden (AC-10) als auch die drei Kandidatenländer (CC-3). AC-10: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. CC-3: Bulgarien, Rumänien und Türkei. EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Vereinigtes Königreich.

<sup>2</sup> Eine Übersicht über die in dem Datensatz verwendeten Variablen und die jeweiligen Eurobarometer-Quellen ist dem Bericht als Anhang beigefügt.

sind jedoch für die Regierungen vieler EU-Mitgliedstaaten von großem Interesse. Das Bild, das die Studienreihe vom „neuen Europa“ zeichnet, dürfte dazu beitragen, eine ganze Anzahl wichtiger politischer Debatten, die sich im Gefolge der EU-Erweiterung ergeben, mit Fakten zu untermauern.

Zielsetzung der Untersuchungen ist es:

- einen anschaulichen Bericht über die in den Daten dargestellten verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität zu liefern, wobei vor allem einheitliche Muster innerhalb ACC-13 aufgezeigt und Vergleiche mit EU-15 gezogen werden;
- die Wechselbeziehungen zwischen den zentralen Dimensionen und zwischen Elementen innerhalb dieser Dimensionen zu beleuchten und damit zu einem besseren Verständnis dessen beizutragen, was Lebensqualität ausmacht.

Im weiteren Sinne wurde der Zweck verfolgt, die Vorzüge einer Betrachtung aus der Perspektive der Lebensqualität beim Vergleich der vorherrschenden Bedingungen in ACC-13 und EU-15 festzustellen und die Auswirkungen auf die Politik aufzuzeigen.

Im vorliegenden Bericht sollen die wichtigsten Erkenntnisse aus allen Untersuchungen zusammengeführt und ihre Bedeutung für die Charakteristik von Lebensqualität und Lebensbedingungen in EU-28 betrachtet werden. Insbesondere werden signifikante Vergleiche zwischen ACC und EU auf diesem Gebiet angestellt und die Auswirkungen auf die Politik am Vorabend der Erweiterung erörtert.

### Das Konzept der „Lebensqualität“

Das Konzept der Lebensqualität, auf das sich die Untersuchungen stützen, wird in einem von der Stiftung veröffentlichten Papier (Fahey, Nolan und Whelan, 2003) eingehend erörtert. Hier die wichtigsten Aspekte im Hinblick auf dieses Konzept:

- Das Konzept geht von einer mehrdimensionalen, über die rein wirtschaftlichen Aspekte von Einkommensverhältnissen und materiellen Bedingungen hinausreichenden Sichtweise des menschlichen Wohlbefindens aus.
- Welche Begriffsfelder in die Betrachtung der Lebensqualität einbezogen werden sollten, ist umstritten. Cummins (1996) gelangt in seiner Analyse von 173 verschiedenen Bezeichnungen, die in einer großen Zahl von Studien zur Lebensqualität verwendet werden, zu dem Schluss, dass sich die meisten dieser Bezeichnungen unter sechs Überschriften zusammenfassen lassen: Beziehung zu Familie und Freunden, emotionales Wohlbefinden, Gesundheit, Arbeit und produktive Aktivität, das Gefühl, Teil der örtlichen Gemeinschaft zu sein, und die persönliche Sicherheit. Als alternative, breit angelegte Klassifikation wird in neuerer Zeit für verschiedene Berichte die von Allardt (1993) getroffene Unterscheidung zwischen „Haben“ (Einkommen und materielle Bedingungen), „Lieben“ (zwischenmenschliche Beziehungen und Zugehörigkeit) und „Sein“ (Bildungsstand, psychisches Wohlbefinden) zugrunde gelegt. Die Auswahl der in einer Analyse verwendeten Begriffsfelder richtet sich häufig nach der Zweckbestimmung der Analyse (z. B. für einen bestimmten Politikbereich) und gar nicht

so sehr nach einer absoluten Definition dessen, was Lebensqualität ausmacht.

- Die Lebensqualität wird in der Regel sowohl anhand objektiver als auch subjektiver Indikatoren gemessen, wobei nicht immer eindeutig zwischen beiden unterschieden wird. So können beispielsweise im Falle der Gesundheit subjektive Empfindungen wie Schmerz oder Müdigkeit gleichberechtigt neben objektiv messbaren Indikatoren wie zum Beispiel erhöhter Temperatur oder hohem Blutdruck als Indikatoren für den Gesundheitszustand rangieren und mit diesen auch interagieren. Hinzu kommt, dass viele so genannte objektive Indikatoren auf Selbstaussagen basieren, die durch subjektive Einflüsse verzerrt sein können (z. B. kann die soziale Akzeptanz Selbstaussagen über die Höhe des Alkoholkonsums durchaus beeinflussen). Zahlreiche Indikatoren beziehen sich indes auf subjektive Befindlichkeiten (Glücklichsein, Zufriedenheit, Angst vor Kriminalität, Vertrauen in die Regierung usw.), die - zumindest im Prinzip - eindeutig von extern messbaren Bedingungen (Haushaltseinkommen, Wohnungsgröße, Häufigkeit von Einbrüchen in einem Wohnviertel) zu unterscheiden sind. Somit lässt sich zwar die Mehrzahl der Indikatoren eindeutig als entweder objektiv oder subjektiv einordnen, jedoch sind einige einer Grauzone zuzuordnen, in der eine solche Unterscheidung weniger eindeutig möglich ist.

Die Verwendung subjektiver Indikatoren bildet den umstrittensten Aspekt bei der Betrachtung der Lebensqualität. Andere mehrdimensionale Konzepte für die Messung des menschlichen Wohlbefindens (wie z. B. das OECD-System der sozialen Indikatoren und das beim „Lebenshaltungsniveau“ ansetzende schwedische Konzept - OECD, 1999; Vogel, 2002) verzichten auf subjektive Indikatoren mit der Begründung, dass diese in ihrer Bedeutung zu unscharf sind, als dass sie eindeutige, einfach zu interpretierende Informationen liefern könnten. Unter den 18 vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 angenommenen statistischen Indikatoren für die soziale Eingliederung (die „Laeken-Indikatoren“) finden sich keine subjektiven Indikatoren (siehe Atkinson et al. 2002, wo die wissenschaftlichen Grundlagen definiert werden, auf die sich die Laeken-Indikatoren stützen; eine Kritik hinsichtlich des Fehlens einer subjektiven Dimension bei den Laeken-Indikatoren formuliert Jowell (siehe Jowell 2003)). In den vorliegenden Untersuchungen wird der Standpunkt vertreten, dass die subjektive Dimension einen wichtigen Bestandteil der Lebensqualität darstellt, dass jedoch für eine Bestimmung ihrer Signifikanz die Maßzahlen für diese Dimension unter Berücksichtigung objektiver Indikatoren untersucht und bewertet werden müssen. In dieser Hinsicht könnten die in dem Bericht vorgestellten Ergebnisse einen Beitrag zur künftigen Diskussion über die Laeken-Indikatoren und - auf allgemeinerer Ebene - zum Prozess der offenen Koordinierungsmethode für den Bereich

der sozialen Eingliederung mit dem „Gemeinsamen Bericht“ und den „Nationalen Aktionsplänen“ (NAP) leisten.

### Stärken und Grenzen der Forschungsarbeit

Die Ausgangsdaten für die Studien weisen deutlich erkennbare Stärken auf: Sie schließen alle 28 Länder ein, aus denen die erweiterte Europäische Union schließlich bestehen wird, und sie beleuchten gleich mehrere Dimensionen der Lebensqualität.

Gewisse Grenzen des Datenmaterials sind ebenfalls zu berücksichtigen:

- Die Antwortquoten der nationalen Eurobarometer sind sehr unterschiedlich, in einigen Fällen auch ziemlich niedrig. Bei der Eurobarometer-CC-Umfrage von 2002 reichten die Antwortquoten von nur 38 % in der Türkei und Slowenien bis 65 % in Zypern und der Tschechischen Republik. Um die Repräsentativität der Stichproben zu verbessern, wurde eine umfangreiche Neugewichtung der Daten (nach Alter, Geschlecht, Region, Haushaltsgröße, Bildungsniveau und Familienstand) vorgenommen.
- Die Größe der Stichproben ist auf Länderebene relativ klein (in der Regel 1 000 Stichproben, mit Ausnahme von Polen und der Türkei mit 2 000 Stichproben). Diese Größe mag für allgemeine Bevölkerungsprofile ausreichen, für eine eingehende Untersuchung von Untergruppen, die für die Analyse der Lebensqualität oder der sozialen Ausgrenzung von besonderem Interesse sein könnte (z. B. allein Erziehende, Arbeitslose, Immigranten), reicht sie jedoch nicht aus. Verstärkt tritt dieses Problem im Zusammenhang mit Bevölkerungsgruppen zu Tage, die in allgemeinen Bevölkerungserhebungen wie der Eurobarometer-Umfrage in aller Regel unterrepräsentiert sind wie z. B. die Roma in der Slowakei und Rumänien, wo diese Bevölkerungsgruppe bis zu 7 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Zu den betroffenen Gruppen zählen hochgradig marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie ethnische Minderheiten, Wohnungslose und Nichtsesshafte (z. B. die Roma) sowie Bevölkerungsgruppen am anderen Ende des Spektrums wie sehr Wohlhabende. Diese

Einschränkung hat zwar keinen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtrepräsentativität der Stichproben, doch hat sie zur Folge, dass anhand der Stichproben keine Aussage über die Situation spezifischer kleinerer Bevölkerungsgruppen, die unter extrem nachteiligen (oder privilegierten) Lebensumständen leben, getroffen werden sollte.

- Das breite Themenspektrum, das die Daten abdecken, ist einerseits als Stärke zu sehen, hat aber auch die Folge, dass keines der angesprochenen Themen tiefer greifend behandelt werden konnte. Einige Dimensionen der Lebensqualität werden anhand eines engeren Spektrums von Indikatoren gemessen als dies bei spezifischen Erhebungen für angemessen erachtet würde.
- Bei den Daten über EU-15 werden Variablen aus verschiedenen Eurobarometer-Umfragen herangezogen (siehe Anhang). Hierdurch sind nur bedingt Kreuzklassifikationen von Variablen für die betroffenen Länder untereinander möglich. So stammen etwa die Variablen über Haushaltseinkommen und über das Gefühl der Ausgrenzung aus unterschiedlichen Eurobarometer-Standardumfragen, daher kann für die EU-Länder nicht untersucht werden, ob zwischen beiden Faktoren ein Zusammenhang besteht. Darüber hinaus gibt es für eine kleine Zahl von Variablen der Eurobarometer-CC-Umfrage keine Entsprechungen in den Eurobarometer-Standardumfragen für die EU. Bei mehreren Dimensionen ist daher ein Vergleich mit den EU-Ländern nicht möglich.

Betrachtet man die gesamte Spannweite des geografischen Erfassungsbereichs und die Bandbreite der behandelten Themen, so haben die genannten Schwachpunkte sicherlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Gesamtwert der Daten. Sie setzen allerdings eine gewisse Sorgfalt bei Darstellung und Interpretation der Ergebnisse voraus. Die Untersuchungen sollten daher als erste Schritte in Richtung einer umfassenden Beobachtung und Analyse der Lebensqualität in EU-28 gesehen werden.



# Einkommen und materielle Ressourcen

1

Durch die Erweiterung der Europäischen Union rückt die „Haben“-Komponente der Lebensqualität in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da mit den neuen Mitgliedstaaten Extreme materieller Benachteiligung in die Union Einzug halten werden. Derzeit liegt das BIP pro Kopf in AC-10 insgesamt (angepasst nach Kaufkraftparitäten) bei 45 % der derzeitigen EU, das BIP pro Kopf der ärmsten AC-10-Länder (Litauen und Lettland) beträgt gerade ein Drittel des EU-Wertes. Damit ist der wirtschaftliche Entwicklungsstand niedriger als bei früheren Erweiterungen. Griechenland, Spanien und Portugal erreichten bei ihrem Beitritt 1981 bzw. 1986 rund 60 % des mittleren Pro-Kopf-BIP der EU und haben seitdem bei der Annäherung deutliche Fortschritte erzielt.

Mit der neuen Erweiterungsrunde wird das materielle Gefälle innerhalb der EU daher drastisch zunehmen. Derzeit erwirtschaftet das reichste EU-Land (Luxemburg) das 2,8fache des BIP pro Kopf des ärmsten Landes (Griechenland). Dies ist bereits ein beträchtlicher regionaler Unterschied. In den USA hingegen beträgt das wirtschaftliche Ergebnis pro Kopf der reichsten Staaten wie Connecticut und Massachusetts weniger als das Doppelte der ärmsten Staaten wie Mississippi und Arkansas (Statistical Abstract of the United States 2002, Table 643). Mit der Erweiterung der EU auf 25 Staaten wird nun die Disparität beim Pro-Kopf-BIP zwischen Luxemburg und dem ärmsten neuen Staat (Lettland) auf das 6,5fache zunehmen. Hinzu kommt, dass in vielen ehemals kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas mit dem Zusammenbruch des Kommunismus Ende der 80er-Jahre ein drastischer wirtschaftlicher Niedergang einsetzte. Während einige der AC-10-Länder wie die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei und Slowenien den Übergang relativ gut bewältigten, musste ein Großteil der Bevölkerung in den übrigen Ländern mit wirtschaftlicher Unsicherheit und einem Rückgang ihres Lebensstandards fertig werden (siehe Weise et al. 2001). Selbst Länder wie Litauen, das derzeit einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung erfährt, befinden sich immer noch erst auf dem Weg zu dem Niveau an Wirtschaftsleistung und makroökonomischer Stabilität der Zeit vor 1989. Somit bleiben sie nicht nur gegenüber dem EU-Durchschnitt zurück, sondern auch im Vergleich zu ihrer eigenen Vergangenheit.

## Auswirkungen auf die Politik

Welche Folgen haben diese neuen Extreme des wirtschaftlichen Gefälles in der erweiterten EU für die Lebensqualität der Europäer und welche Herausforderungen bedeuten sie für die Politik der EU?

Die Schwerpunktsetzung auf die „Lebensqualität“ als Bezugsrahmen für Messung und Analyse des menschlichen Wohlbefindens ist vor allem der Unzufriedenheit mit den Faktoren Einkommen und materielle Bedingungen als alleinige Messgrößen für menschlichen Fortschritt geschuldet. Doch auch der an der Lebensqualität orientierte Ansatz

negiert nicht die Bedeutung der materiellen Dimension. Vielmehr geht er davon aus, dass ausreichende materielle Ressourcen zwar möglicherweise allein nicht genügen, um Wohlbefinden herzustellen, aber dennoch eine notwendige Voraussetzung darstellen.

Setzt man sich aus dieser Sicht mit der materiellen Dimension auseinander, so werden vier Hauptperspektiven deutlich:

1. Welches Ausmaß hat das materielle Gefälle in ACC-13 gegenüber EU-15?
2. Welche Bevölkerungsgruppen sind in aller Regel besonders benachteiligt?
3. Inwiefern fügen sich diese Formen der Benachteiligung auf der Ebene der privaten Haushalte zu Mustern mehrfacher Benachteiligung?
4. Fühlen sich Menschen, die im objektiven Sinne benachteiligt sind, persönlich benachteiligt oder sozial ausgegrenzt?

**Tabelle 1 - Monatliches Haushaltseinkommen in EU-28**

Land	Mittelwert (in Euro)	Anzahl
Dänemark	2.660,67	868
Luxemburg	2.015,22	299
Schweden	1.879,26	792
Finnland	1.570,25	909
Belgien	1.494,97	555
Niederlande	1.403,78	834
Vereinigtes Königreich	1.286,16	782
Deutschland	1.198,66	1.675
Frankreich	1.094,65	741
Italien	996,77	554
Irland	918,95	431
Österreich	914,00	705
Zypern	826,39	452
Malta	621,19	427
Spanien	593,77	554
Slowenien	562,03	813
Portugal	441,39	638
Tschechische Republik	314,03	710
Griechenland	255,94	702
Polen	241,06	1.637
Ungarn	200,75	875
Türkei	196,90	1.932
Slowakei	187,34	751
Estland	181,16	817
Lettland	167,66	878
Litauen	145,65	774
Rumänien	79,49	931
Bulgarien	73,68	912
<b>Total</b>	<b>740,65</b>	

Quelle: Russell, H. und Whelan, C., *Low income and deprivation in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Auf Grundlage von Eurobarometer-CC-Daten. Äquivalenzskala = Quadratwurzel der Haushaltsgrößen

Tabelle 2 - Anteil am Gesamteinkommen aufgegliedert nach unterstem und oberstem Quartil, nach Land

	Nicht-äquivalisiertes Einkommen (in %)		Äquivalisiertes Einkommen (in %)		Verhältnis
	Unterstes Quartil	Oberstes Quartil	Unterstes Quartil	Oberstes Quartil	
Malta	13,1	44,7	12,2	43,7	3,6
Zypern	9,1	44,6	10,7	45,6	4,3
Tschechische Republik	15,3	42,3	14,8	42,6	2,9
Slowakei	14,4	40,6	17,3	38,6	2,2
Slowenien	11,5	42,4	13,1	41,8	3,2
Ungarn	12,7	40,9	12,4	41,8	3,4
Polen	14,1	43,3	11,8	45,2	3,8
Estland	10,2	46,1	9,9	46,2	4,7
Lettland	12,1	48,8	11,5	47,4	4,1
Litauen	10,0	46,9	10,6	46,6	4,4
Türkei	9,0	49,6	7,2	53,0	7,4
Bulgarien	8,9	49,4	9,9	48,9	4,9
Rumänien	8,1	48,8	8,5	49,5	5,8
Belgien	13,5	45,8	13,1	43,4	3,3
Deutschland	14,2	38,7	14,2	38,7	2,7
Österreich	13,0	42,3	12,1	40,5	3,3
Niederlande	11,6	40,8	11,4	43,2	3,8
Luxemburg	12,6	37,5	10,6	40,7	3,8
Frankreich	13,6	40,4	12,9	40,9	3,2
Italien	12,5	41,3	11,5	43,4	3,8
Spanien	12,5	36,4	12,2	39,1	3,2
Griechenland	10,5	42,7	11,0	44,1	4,0
Portugal	8,9	47,4	10,3	48,5	4,7
Vereinigtes Königreich	7,7	49,1	8,0	51,3	6,4
Irland	7,8	49,8	8,0	51,3	6,4
Dänemark	10,1	40,6	12,0	39,9	3,3
Finnland	9,1	45,1	10,1	44,7	4,4
Schweden	10,7	43,4	11,3	43,0	3,8
<b>Total</b>	<b>11,3</b>	<b>43,9</b>	<b>11,4</b>	<b>44,4</b>	<b>3,9</b>
PA10	12,3	44,1	12,4	44,0	3,5
ACC-13	11,6	45,4	8,6	50,5	5,9
EU-15	11,2	42,7	11,2	43,5	3,9

Erläuterung: Berechnungen auf der Grundlage gewichteter Einkommenszahlen. Mittelwerte nicht nach Ländergröße angepasst.

Quelle: Russell, H. und Whelan, C., *Low income and deprivation in an enlarged Europe*.

### Grad des materiellen Gefälles

Die Maßzahlen für das Haushaltseinkommen bei den Daten waren roh und ihre Genauigkeit war durch hohe Nichtbeantwortungsquoten beeinträchtigt. Diese Zahlen sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

Auf den ersten Blick bestätigen sie die bereits beim BIP pro Kopf erkennbaren Disparitäten zwischen den Ländern, doch lässt sich an den Werten auch ablesen, dass das Einkommensgefälle unter den Beitrittsländern nicht größer ist als in EU-15. Betrachtet man die Anteile der Haushalte des obersten und des untersten Quartils aller Haushalte am äquivalisierten Gesamteinkommen, ist das Einkommen in AC-10 offenkundig etwas gerechter verteilt als in der EU

(siehe Tabelle 2). In der EU steht dem bestgestellten Viertel ein fast viermal höheres Einkommen zur Verfügung als dem am schlechtesten gestellten Viertel; in AC-10 ist es hingegen nur 3,5-mal so viel. Die Eurostat-Daten zu den Laeken-Indikatoren weisen in den Beitrittsländern<sup>3</sup> ein im Vergleich zur EU geringfügig niedrigeres Einkommensgefälle aus, so beträgt z. B. der Gini<sup>4</sup>-Koeffizient für die Beitrittsländer 28 gegenüber 29 für die EU. In einigen der egalitärsten Länder der AC-10 (Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) sind die Einkommen offenbar ähnlich verteilt wie in den sozialdemokratischen Ländern der EU wie Dänemark und Schweden (siehe Tabelle 2). In anderen Ländern hingegen wie Estland und Litauen ist das materielle Gefälle

<sup>3</sup> Die vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 angenommenen 18 statistischen Indikatoren für die soziale Eingliederung (die „Laeken-Indikatoren“). Siehe Datenbank New Cronos, Thema 3 (Bevölkerung und soziale Bedingungen), Bereich: Einkommen und Lebensbedingungen, Sammlung: Laeken-Indikatoren.

<sup>4</sup> Der Gini-Index liefert eine Maßzahl für Einkommensungleichheit oder ungleiche Ressourcenverteilung innerhalb einer Grundgesamtheit. Der Gini-Index ist weltweit die gebräuchlichste Maßzahl für Einkommensungleichheit.



vergleichbar mit EU-Ländern wie Irland und dem Vereinigten Königreich.

Anders hingegen die Situation in CC-3 - zum Teil wohl auch aufgrund des überproportionalen Einflusses der Türkei mit ihrer Bevölkerungsgröße von 67 Millionen Einwohnern (gegenüber Rumänien mit 22 Millionen und Bulgarien mit 8 Millionen Einwohnern) auf die Ergebnisse. In der Türkei sind die Einkommensunterschiede größer als in jedem anderen EU-28-Land.

Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die AC-10-Länder zwar absolut gesehen vielleicht ärmer sind als die EU-Länder - und im Falle vieler ehemals kommunistischer Staaten heute auch ärmer als vor 1989 -, die relative Einkommensarmut in AC-10 insgesamt jedoch nicht größer ist als in der EU. Auch hier wieder bestätigen die von Eurostat vorgelegten Laeken-Indikatoren diesen Eindruck. Aus den betreffenden Daten für 2001 geht hervor, dass 13 % der Bevölkerung von AC-10 unterhalb der Grenze der relativen Einkommensarmut lebten. Für die gesamte EU lag die entsprechende Armutsquote mit 15 % geringfügig höher.

Das aktuelle Einkommen gibt nur bedingt Aufschluss über das verfügbare Einkommen der Haushalte. Allerdings existiert ein alternativer Indikator für die materielle Situation der Haushalte (siehe Tabelle 3). Dieser Indikator, der auf einem sieben Positionen umfassenden „Warenkorb“ von Haushaltsgütern (u. a. Pkw und Fernsehgerät) basiert, liefert, da er eine andere Darstellung der Benachteiligung ergibt als jene auf der Grundlage der nationalen relativen Einkommensarmutsquoten, eine realitätsnähere Messgröße für die Armutssituation als der Indikator auf der Grundlage des gegenwärtigen Einkommens. Diese Erwartung wird nachstehend bestätigt: die ACC-13-Länder sind demzufolge deutlich schlechter gestellt als EU-15. So fehlen beispielsweise in den Haushalten in AC-10 im Durchschnitt mehr als doppelt so viele Güter (1 1/2 aus einer sieben Artikel umfassenden Liste) wie in den Haushalten der EU (im Durchschnitt etwa 1/2 Artikel). In CC-3 stellt sich die Lage noch schlechter dar, so fehlen beispielsweise in rumänischen Haushalten fast drei von sieben Artikeln.

Allerdings darf hierbei weder das Ausmaß des Gefälles zwischen den ACC-13-Haushalten noch das jeweilige absolute Armutsniveau übertrieben dargestellt werden. So liegt z. B. die mittlere Zahl der Artikel, die in Haushalten in ACC-13 fehlen, nur knapp über zwei. Dies lässt darauf schließen, dass in den meisten Haushalten die wichtigsten Haushaltsgüter vorhanden sind, was durch die Daten über das Vorhandensein einzelner Artikel bestätigt wird. So verfügen nahezu sämtliche Haushalte in allen Ländern über Fernsehgerät und Kühlschrank: 97 % der Bevölkerung in ACC-13 besitzen einen Fernseher, 95 % einen Kühlschrank.

Der Besitz weniger wichtiger Güter wie z. B. Mikrowellengeräte und Personal Computer ist in den ärmeren Ländern sehr wenig verbreitet (10 % und darunter). Auch besitzen nur

**Tabelle 3 - Deprivationsgrad nach einer Skala mit 7 Artikeln, nach Land**

Malta	0,22
Luxemburg	0,26
Niederlande	0,29
Belgien	0,36
Frankreich	0,36
Zypern	0,45
Royaume Uni	0,45
Österreich	0,47
Dänemark	0,52
Italien	0,53
Slowenien	0,54
Finnland	0,56
Deutschland	0,76
Tschechische Republik	0,80
Irland	0,89
Spanien	1,15
Griechenland	1,22
Slowakei	1,29
Ungarn	1,37
Polen	1,52
Estland	1,54
Litauen	1,79
Portugal	1,99
Lettland	2,07
Bulgarien	2,36
Türkei	2,57
Rumänien	2,92
AC-10	1,40
ACC-13	2,06
EU-15	0,64

*Erläuterung:* Bei den Zahlen für die Ländergruppen wurde zum Ausgleich der Bevölkerungsgröße eine Gewichtung vorgenommen. Bei den Artikeln handelt es sich um Fernsehgerät, Videorecorder, Telefon, Geschirrspülmaschine, Mikrowellengerät, Pkw oder Großraumlimousine, PC.

*Quelle:* Russell, H. and Whelan, C., *Low income and deprivation in an enlarged Europe*.

knapp ein Drittel der Haushalte in ACC-13 einen Pkw oder eine Großraumlimousine. Hinzu kommt, dass in vielen Haushalten in ACC-13 wichtigere Haushaltsgüter möglicherweise bereits gekauft wurden, bevor im Gefolge des Übergangs vom Kommunismus zur Demokratie die wirtschaftlichen Turbulenzen begannen, und sich damit die Frage nach deren Qualität bzw. grundsätzlicher Funktionsfähigkeit stellt. Unabhängig davon bedeutet die Aussage, dass die ACC-13-Länder gemessen am EU-Standard arm sind, nicht, dass in diesen Ländern absolut gesehen breite Bevölkerungsschichten verarmt sind.

#### **Am häufigsten von Benachteiligung betroffene Personengruppen**

Aus den Ergebnissen der Studien geht hervor, welche gesellschaftlichen Gruppen in ACC-13 besonders häufig von Armut und Benachteiligung betroffen sind (wobei wiederum zu beachten ist, dass verschiedene Randgruppen wie Roma und WohnungsObdachlose bei den Daten wahrscheinlich un-

terrepräsentiert sind). Die Forschungsarbeiten ergaben, dass materielle Benachteiligungen in ACC-13 in etwa demselben Muster folgen wie in der EU. Hierzu zählen die „herkömmlichen“ Stratifizierungsvariablen, die das Bildungsniveau, die soziale Klasse und die Art der Verbindung der Haushalte zum Arbeitsmarkt abdecken. Besonders von Benachteiligung betroffen sind demnach schlecht ausgebildete Personen, die auf Tätigkeiten mit geringem Qualifikationsanspruch angewiesen und von Erwerbslosigkeit bedroht sind. Andere Merkmale, die vielfach als wesentliche Risikofaktoren für soziale Benachteiligung genannt werden, wie z. B. Haushalts- oder Familienstruktur und Alter, erwiesen sich nicht als zuverlässige Vorhersagegrößen.

Während beim Vergleich auf der Ebene von Einzelpersonen und Haushalten somit häufig ein Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und niedrigem Bildungsniveau festzustellen ist, ist dieser Bezug bei länderübergreifenden Vergleichen weitaus weniger deutlich. So ist beispielsweise in AC-10 das durchschnittliche Bildungsniveau durchaus gut - zumindest weisen in diesen Länder deutlich weniger Menschen ein niedriges Bildungsniveau auf als in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten (Europäische Kommission, 2001). Zwar bleiben hinsichtlich der fachlichen und funktionalen Qualität von Bildungsqualifikationen in vielen Beitrittsländern Fragen offen, doch können diese Länder nicht als Bildungsnachzügler angesehen werden. Allerdings besteht zumindest eine gewisse Diskrepanz zwischen dem gegenwärtigen niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand dieser Länder und dem Entwicklungsstand ihres Humankapitals.

### Strukturelle Mehrfachbenachteiligungen

Neben der Untersuchung der Unterschiede bei verschiedenen Aspekten der materiellen Ressourcen war ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung, inwieweit bei mehrfach von Deprivation betroffenen Haushalten bestimmte Formen der Deprivation zusammentreffen. Mit anderen Worten: Besteht in Haushalten, in denen bei einem Aspekt materieller Ressourcen ein Mangel besteht, auch ein Mangel an anderen materiellen Ressourcen? Oder wird ein Mangel in einem Bereich in aller Regel in einem anderen Bereich ausgeglichen?

Das Fazit lautet, dass Mehrfachdeprivation zwar durchaus auftritt, jedoch bei weitem nicht die Norm ist, vielmehr sind Ausgleichsmuster ebenfalls weit verbreitet. In ACC-13 ist eine begrenzte Überschneidung von zwei Aspekten der Benachteiligung auf Ebene der Haushalte festzustellen - geringes Einkommen und das Fehlen von Haushaltsgütern (siehe Tabelle 4). In den besser gestellten ACC-13-Ländern wie Malta, der Tschechischen Republik und Zypern ist nur eine geringe Minderheit der Haushalte in Bezug auf Einkommen und Haushaltsgüter als benachteiligt anzusehen. Und selbst in den ärmsten Ländern, in denen die Deprivation insgesamt ein hohes Niveau erreicht, ist der Anteil der Haushalte, die ent-

weder mit einem geringen Einkommen oder ohne bestimmte Haushaltsgüter auskommen müssen, weitaus größer als der Anteil der Haushalte, denen es an beidem mangelt. So waren beispielsweise in Bulgarien, einem der ärmsten Länder, 63 % der Haushalte entweder dem untersten Einkommensquartil zuzurechnen oder es fehlte ihnen mindestens einer der Deprivationsartikel, doch lediglich 22 % der Haushalte gehörten zum untersten Einkommensquartil und es fehlte ihnen einer der Deprivationsartikel aus der Liste.

### Wahrnehmung von Benachteiligung

Ein wichtiger Aspekt bei der Betrachtung des Wohlbefindens aus der Perspektive der Lebensqualität besteht darin, dass neben den objektiven Merkmalen auch berücksichtigt wird, wie die Menschen ihre jeweilige Situation empfinden. In welchem Zusammenhang stehen also objektive und subjektive Dimension und welche zusätzlichen Erkenntnisse über die Lebensqualität der Menschen ermöglicht die Einbeziehung der subjektiven Dimension? Diese Frage zieht sich als Leitmotiv durch den gesamten Bericht.

Der Bericht untersucht, welche Rolle der Zugang zu Geld und verwandten materiellen Ressourcen (also die Dimension des „Habens“) für das subjektive Gefühl des Wohlbefindens der Menschen spielt. Die Ergebnisse der Analyse legen nahe, dass der Zusammenhang zwischen objektiven materiellen Bedingungen und subjektiven Zuständen bei einer bestimmten Messgröße des subjektiven Wohlbefindens besonders stark ausgeprägt ist - nämlich der wahrgenommenen Lebenszufriedenheit. Dieser Zusammenhang ist insofern besonders wichtig, als die Lebenszufriedenheit häufig als einer der zentralen Indikatoren (wenn nicht gar als der zentrale Indikator) für die subjektive Dimension der Lebensqualität gesehen wird.

Bei der Frage nach der Bewertung der Faktoren, die am meisten zur Lebensqualität beitragen, rangierte durchgehend das Einkommen auf den vordersten Plätzen. Dies unterstreicht die Bedeutung des „Habens“ für das subjektive Wohlbefinden. In fast allen Ländern wurde das Einkommen (neben Gesundheit und Familie) unter den drei wichtigsten Faktoren genannt, die zur aktuellen Lebensqualität beitragen. In 24 von 28 Ländern wurde das Einkommen sogar als der einflussreichste Faktor für die Verbesserung der aktuellen Lebensqualität genannt. Bei der Untersuchung der Neigung der Befragten, sich als sozial ausgegrenzt zu bezeichnen, wurde zudem festgestellt, dass materielle Faktoren einen sehr hohen Stellenwert einnehmen: Ein niedriges BIP pro Kopf und weit verbreitete Armut haben mit den stärksten Einfluss auf das Empfinden von sozialer Ausgrenzung (als ein weiterer wichtiger Faktor wurde Arbeitslosigkeit genannt).

Es zeigt sich also, dass ein so grundlegender wirtschaftlicher Indikator wie das BIP pro Kopf der Bevölkerung aussagefähige Prognosen in Bezug auf die subjektive Lebenszufriedenheit

Tabelle 4 - Verteilung der Variablen der kombinierten Einkommensarmut, nach Land

%	Nicht dem untersten Quartil zugehörig und kein Fehlen von Deprivationsartikeln	Dem untersten Quartil zugehörig oder Fehlen von mindestens einem Deprivationsartikel	Dem untersten Quartil zugehörig und Fehlen von mindestens einem Deprivationsartikel
Malta	68	27	4
Zypern	58	33	9
Tschechische Republik	50	39	12
Slowakei	38	45	17
Slowenien	61	27	12
Ungarn	37	46	17
Polen	39	43	20
Estland	32	49	18
Lettland	23	55	22
Litauen	27	53	21
Türkei	27	52	21
Rumänien	17	60	23
Bulgarien	16	63	22

Quelle: Russell, H. and Whelan, C., *Low income and deprivation in an enlarged Europe.*

zulässt. Daraus folgert, dass das BIP pro Kopf - wiewohl es häufig als ein allzu materialistischer Indikator mit begrenzter Aussagekraft für menschliche Lebensbedingungen betrachtet wird - durchaus maßgeblichen Einfluss darauf hat, dass die Menschen ein positives Gefühl des Wohlbefindens entwickeln.

Damit soll nicht gesagt werden, dass das subjektive Wohlbefinden voll und ganz von ökonomischen Einflüssen abhängt. Bei der Untersuchung weiterer Aspekte der subjektiven Dimension wird deutlich, dass der Zusammenhang zwischen objektiven Bedingungen des „Habens“ und subjektiven Empfindungen weit weniger eindeutig ist oder durch nicht-ökonomische Faktoren abgemildert werden kann. Dies trifft insbesondere auf die Rolle der Unterstützung durch soziale Netze und die Einbindung in die Familie als Puffer gegen das Gefühl mangelnder sozialer Eingliederung zu (dieser Themenbereich wird weiter unten im Zusammenhang mit dem „Lieben“ als Dimension der Lebensqualität erörtert).

### Soziale Puffer

Die Ressourcen „Unterstützung durch soziale Netze“ und „Einbindung in die Familie“ sind in AC-10 genauso weit verbreitet wie in der EU (weniger weit verbreitet jedoch in CC-3 und möglicherweise auch in marginalisierten Untergruppen der Bevölkerung). Zudem zeigte sich bei der Analyse des subjektiven Empfindens einer ungenügenden sozialen Eingliederung - also des Empfindens, von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, des Gefühls der Herabsetzung oder Geringschätzung durch andere -, dass sozialen Puffern in den Beitrittsländern eine besonders wichtige Rolle für das Abfedern der Auswirkungen von materiellen Bedingungen wie niedrigem Einkommen oder Arbeitslosigkeit zukommt. Das Fazit lautet, dass - insbesondere in ACC-13 - die soziale Unterstützung die Auswirkungen von finanziellen Härten oder Arbeitslosigkeit auf die subjektive Dimension der sozialen Eingliederung mildert.



# Soziale Eingliederung und soziale Ausgrenzung 2

Das Konzept der sozialen Ausgrenzung darf nicht einfach als Synonym für Mehrfachdeprivation gesehen werden. Vielmehr bezieht sich dieses Konzept auf einen Mangel an sozialer Eingliederung in Form unzureichender Systeme familiärer Unterstützung und/oder fehlender sozialer Netze außerhalb der Familie zusätzlich zur mangelnden Verfügbarkeit von materiellen Ressourcen. Im Zentrum dieses Konzepts steht die Frage, inwieweit die Menschen in ein Geflecht sozialer Beziehungen integriert und in der Lage sind, am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft um sie herum teilzuhaben. Das Konzept der sozialen Ausgrenzung hat eine dynamische Konnotation, es impliziert eine Kette von Ereignissen die, wenn sie nicht unterbrochen wird, zu einer Form der Deprivation wie z. B. Einkommensarmut, zu Mehrfachdeprivation und schließlich zu sozialer Ausgrenzung im Sinne einer völligen Loslösung aus allen sozialen Bindungen führen kann. Letztlich kann eine fortschreitende Loslösung dazu führen, dass Subkulturen entstehen, die Individuen wieder in Untergruppen integrieren können, jedoch eine Aufsplitterung der Gesellschaft in eine „Mainstream“-Kultur und ausgegrenzte Minderheitenbereiche mit eigener Moral und eigenen Regeln bedeuten würden. Vor dem Hintergrund der Unterscheidung zwischen „extent of achievement“ (dem Grad des Erreichens) und „freedom to achieve“ (der Freiheit, etwas zu erreichen) (Sen, 1992) sollte der Begriff „Ausgrenzung“ eingegrenzt werden auf das unfreiwillige Abbrechen der sozialen Beziehungen bei von Deprivation betroffenen Menschen. Der Begriff sollte daher nicht auf Einzelindividuen angewandt werden, die sich bewusst dafür entschieden haben, den Kontakt mit anderen Menschen zu meiden, obwohl sie die Möglichkeit der Interaktion und der Teilhabe hätten.

Für die zunehmende soziale Ausgrenzung sind zwei Hauptursachen zu nennen:

- Zum einen das mögliche Entstehen einer Wissensgesellschaft der zwei Geschwindigkeiten, in der beträchtliche Minderheiten gering qualifizierter Arbeitskräfte mit den Qualifikationsanforderungen der High-Tech-Wirtschaft nicht länger Schritt halten können.
- Zum anderen die Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat, die benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die durch das Raster sowohl der durch den Markt bestehenden als auch der durch den Staat gewährleisteten Form der sozialen Eingliederung fallen, in besonderem Maße treffen.

Soziale Ausgrenzung umfasst damit viel mehr als nur die Deprivation in einem System der Schichtenbildung, bei dem einige die Führung übernehmen, während andere die Nachhut bilden, alle gemeinsam sich jedoch in die

selbe Richtung bewegen. Neu hinzu kommt nun die Sorge, dass Gesellschaften aufbrechen und die sozialen Beziehungen abreißen könnten, so dass nicht unerhebliche Minderheiten zunehmend von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung einer Gemeinschaft abgekoppelt werden könnten (vgl. Dahrendorf 1988).

Vor diesem Hintergrund legt der Bericht über die soziale Eingliederung (Böhnke) den Schwerpunkt auf die Wahrnehmung von Ausgrenzung aus der Sicht der Bürger Europas. Im Erhebungsfragebogen wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie den folgenden Aussagen eher zustimmen oder diese eher ablehnen:

- „Ich habe nicht das Gefühl, dass der Wert dessen, was ich tue, von den Menschen in meiner Umgebung anerkannt wird“
- „Ich fühle mich aus der Gesellschaft ausgeschlossen“
- „Ich habe nicht das Gefühl, dass ich für die Gesellschaft von Nutzen sein kann“
- „Manche Leute sehen wegen meiner Einkommens- oder beruflichen Situation auf mich herab“<sup>5</sup>

## Wahrnehmung von sozialer Ausgrenzung

Die Mehrzahl der Befragten betrachtet sich als sozial eingegliedert. In 25 von 28 Ländern empfindet über die Hälfte der Bevölkerung keines der vorgenannten Integrationsdefizite. 68 % der Bevölkerung von EU-25 und 69 % von EU-15 betrachten sich als voll in die Gesellschaft integriert. Weitere 19 % stimmen nur einer der vier Aussagen aus dem Ausgrenzungsindex zu (siehe Tabelle 5). Nur eine kleine Minderheit von 1 % der Bewohner eines erweiterten Europa erfährt mehrfache Ausgrenzung in Form versagter Anerkennung, dem Gefühl, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein und sich gleichzeitig wertlos und minderwertig zu fühlen.

Der vorliegende Bericht definiert als Bevölkerungsgruppe, die sich von sozialer Ausgrenzung betroffen fühlt, den Prozentsatz der Befragten, die zwei oder mehr der vier Integrationsdefizite nennen. Nach diesem Kriterium betrachten sich 12 % der Befragten in EU-15 und 14 % in den Beitrittsländern als Außenseiter der Gesellschaft. Nach der Erweiterung wird dieser Durchschnitt für die EU weiterhin 12 % betragen, der Durchschnitt für ACC-13 läge allerdings mit 23 % beträchtlich höher - vor allem wegen der Angaben aus der Türkei und Bulgarien. Die Streubreite der Prozentsätze derjenigen, die sich als sozial nicht genügend eingegliedert empfinden, innerhalb AC-10 ist mit Werten zwischen 6 % und 27 % beträchtlich, während sie sich in den derzeitigen EU-Ländern nur zwischen 7 % und 14 % bewegt<sup>6</sup>.

5 Auf der Grundlage dieser Fragen wurde ein Index der wahrgenommenen sozialen Ausgrenzung mit einer Skala von 0 (Zustimmung zu keiner der Aussagen) bis 4 (Zustimmung oder sehr starke Zustimmung zu allen vier Aussagen) erstellt. Die Zusammenfassung dieser Untersuchung erfolgt in vier Schritten. Zunächst wird untersucht, wie häufig sich die Bürger selbst als sozial ausgegrenzt wahrnehmen. Anschließend wird analysiert, bei welchen Bevölkerungsgruppen die Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung besonders ausgeprägt ist. In einem dritten Schritt wird analysiert, inwieweit Deprivation zu Ausgrenzung führt und welche sozialen Puffer die Wirkung von Deprivation auf die wahrgenommene Ausgrenzung ausgleichen. Im vierten Schritt wird untersucht, inwieweit die Vorstellungen der europäischen Bürger über die Ursachen sozialer Ausgrenzung übereinstimmen. Abschließend werden verschiedene Überlegungen zu den wahrscheinlichen Folgen der Ausgrenzung und den denkbaren Auswirkungen auf die Politik angestellt.

6 Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerungsgruppe der Roma in einigen Beitritts- und Kandidatenländern bis zu 10 % der Gesamtbevölkerung ausmacht und dass diese Gruppe in den Daten wahrscheinlich unterrepräsentiert ist.

**Tabelle 5 - Index der wahrgenommenen sozialen Ausgrenzung (% der Bevölkerung, die die betreffende Zahl von Integrationsdefiziten nennen)**

	Zahl der Integrationsdefizite					
	0	1	2	3	4	2 und mehr
Slowenien	81	14	4	1	0	6
Dänemark	79	15	4	2	1	7
Spanien	77	15	6	2	1	8
Österreich	76	14	7	2	1	11
Zypern	75	14	9	2	1	13
Malta	73	15	9	4	0	13
Irland	73	16	5	3	2	10
Ungarn	72	15	7	5	1	13
Deutschland	71	17	7	3	1	12
Niederlande	71	22	5	2	0	7
Vereinigtes Königreich	69	17	8	4	2	14
Finnland	69	18	7	3	4	14
Schweden	69	23	7	2	1	8
EU-15	69	19	8	3	1	12
Polen	68	21	8	2	1	11
Griechenland	68	21	8	3	1	12
Luxemburg	68	22	7	2	0	9
EU-25	68	19	8	3	1	12
Belgien	67	21	7	4	2	12
Frankreich	67	19	10	3	2	15
Portugal	65	20	9	5	1	15
AC-10	64	22	9	3	1	14
Italien	62	24	10	3	1	14
Estland	59	24	12	4	2	18
Rumänien	59	22	10	6	3	19
Tschechische Republik	56	25	12	5	2	18
Litauen	56	28	12	4	1	16
ACC-13	54	24	14	6	3	23
Lettland	53	28	15	4	1	20
Slowakei	45	29	18	7	2	27
Bulgarien	44	26	19	8	3	29
Türkei	39	27	20	10	5	34

Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of Intégration et exclusion sociales in an enlarged Europe*.

*Erläuterung:* Index der sozialen Ausgrenzung, Summe der Zustimmung zu vier Aussagen zum Gefühl sozialer Ausgrenzung mit den Aussagen „Ich habe nicht das Gefühl, dass der Wert dessen, was ich tue, von den Menschen in meiner Umgebung anerkannt wird“, „Ich fühle mich aus der Gesellschaft ausgeschlossen“, „Ich habe nicht das Gefühl, dass ich für die Gesellschaft von Nutzen sein kann“, „Manche Leute sehen wegen meiner Einkommens- oder beruflichen Situation auf mich herab“ („Stimme eher zu“ oder „Stimme sehr zu“); Gewicht x Gewicht2 im Ländergruppenvergleich, Gewicht x Gewicht3 bei länderspezifischen Ergebnissen.

**Welche Bevölkerungsgruppen empfinden sich als besonders stark von Ausgrenzung betroffen?**

Das subjektive Gefühl sozialer Ausgrenzung variiert unter verschiedenen sozioökonomischen Gruppen wie z. B. junge und alte Menschen, Frauen und Männer kaum (siehe Tabelle 6). Alter und Geschlecht spielen für das Gefühl der sozialen Eingliederung kaum eine Rolle. Lange Krankheit wird in allen Beitritts- und Kandidatenländern mit einem empfundenen Mangel an sozialer Eingliederung in Verbindung gebracht, ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten ist hier allerdings aufgrund des begrenzten Datenmaterials nicht möglich. Traditionelle Ungleichheiten wie Einkommen, Bildung, Stellung bei der Arbeit und Berufsstand beeinflussen das soziale Integrationsgefühl mehr als die mit soziodemografischen Faktoren verbundenen neuen Ungleichheiten. Je niedriger das Einkommen, der Bildungsstand und der berufliche Status, desto eher empfinden sich die Menschen als wertlos und aus der Gesellschaft ausgeschlossen. In allen Ländern leiden Arbeitslose stärker unter dem Gefühl sozialer Ausgrenzung als jede andere Gruppe. Auch gering qualifizierte Arbeitskräfte fühlen sich gesellschaftlich deutlich leichter ausgegrenzt als Angehörige höherer sozioökonomischer Gruppen.

Der Grad der Polarisierung in den Gesellschaften Europas wird berechnet, indem das Gefühl der Ausgrenzung in unterprivilegierten Gruppen und in privilegierten Gruppen gemessen wird. Wo unsichere Lebensverhältnisse allgemein verbreitet sind, tritt das Gefühl sozialer Ausgrenzung gesellschaftlich zumeist weniger polarisiert auf. Die Kluft zwischen „Ins“ und „Outs“ ist dort am größten, wo das allgemeine Niveau der sozialen Eingliederung hoch ist. Mit anderen Worten: Von Deprivation betroffene Menschen empfinden sich in Gesellschaften, in denen wirtschaftliche Schwierigkeiten weiter verbreitet sind und damit deren Stigmatisierungswirkung geringer ist, weniger häufig als sozial ausgegrenzt.

**Determinanten und Puffer**

Erhebliche Teile der Bevölkerung in den Ländern Europas haben zumindest vorübergehend schon einmal wirtschaftliche Härten empfunden. Die Hälfte der Befragten in ACC-13 und etwa ein Viertel der Befragten aus den Mitgliedstaaten gaben an, irgendwann arbeitslos oder in finanziellen Schwierigkeiten<sup>7</sup> gewesen zu sein. Der Prozentsatz derjenigen, die sich ausgegrenzt fühlen, ist allerdings deutlich geringer. Hieraus ergibt sich ein erster Hinweis, dass objektive Bedingungen wirtschaftlicher Härten nicht zwangsläufig mit dem subjektiven Gefühl der Ausgrenzung einher gehen müssen.

Durch Kreuzung von guten bzw. schlechten objektiven Bedingungen mit positiver bzw. negativer subjektiver Wahrnehmung, ergeben sich vier mögliche Situationen:

- a) die Menschen sind wirtschaftlich gut gestellt und fühlen sich auch so
- b) trotz guter wirtschaftlicher Situation haben die Menschen das Gefühl, sozial nicht voll integriert zu sein
- c) die Menschen sind wirtschaftlich schlecht gestellt und fühlen sich aus der Gesellschaft ausgegrenzt

<sup>7</sup> Im Sinne der Zugehörigkeit zum untersten Einkommensquartil oder finanzieller Schwierigkeiten über einen längeren Zeitraum..

Tabelle 6 - Wahrnehmung der sozialen Ausgrenzung, nach sozialer Kategorie

	% der Gesamtbevölkerung, die sich ausgeschlossen fühlen	Männer zu Frauen	Alte zu junge Menschen	Kranke zu Gesunde	Niedriges zu hohes Bildungsniveau	Gering qualifiziert zu qualifiziert	Arbeitslos zu erwerbstätig	Unterstes zu höchstes Einkommensquartil
<i>Verhältniszahl des prozentualen Anteils derjenigen, die sich ausgegrenzt fühlen, in den gegenübergestellten Kategorien</i>								
Türkei	34	1	0,8	1,1	1,7	-	1,2	2,1
Bulgarien	29	0,9	2	3,4	1,5	1,7	1,5	2,3
Slovaquei	27	1	1,3	1,6	1	1,3	1,3	2,1
ACC-13	23	1	0,9	1,4	1,9	1,3	1,6	2,3
Lettland	20	0,9	3,1	8,5	2,1	1,3	1,9	3
Rumänien	19	0,8	0,9	2,5	1,2	0,6	2,2	2
Tschechische Republik	18	1,3	2,4	3	1,6	2	1,9	1,7
Estland	18	1,2	3,1	3,7	1,4	1,9	2,8	3,1
Litauen	16	1	2,2	5,2	2,1	1,6	1,6	2,6
Frankreich	15	1	1,2	-	1,7	2,7	2,5	5
Portugal	15	0,7	1,7	-	1	1,5	1,2	1,5
Italien	14	1,8	1	-	1,2	0,9	2	1,4
Royaume Uni	14	0,9	0,7	-	2,8	4,5	4,6	1,8
Finnland	14	1	1,6	-	1,2	0,4	2,4	10
PA10	14	1,2	2	1,7	1,4	1,5	1,6	2,4
Ungarn	13	1,4	2,5	3,8	1,3	1,1	1,6	1,8
Malta	13	1	0,5	4,3	1,9	-	2,8	1,6
Zypern	12	1,4	1,6	1,7	3,5	2,5	9,2	4,2
Belgien	12	1,3	1,7	-	1,8	2,1	2,9	5,3
Deutschland	12	0,8	0,7	-	1,2	1,8	4,2	6
Griechenland	12	0,8	1,4	-	1,3	2,1	1,5	3,1
EU-25	12	1	1		1,5	1,9	2,9	2,9
EU-15	12	1	1		1,6	1,9	2,5	2,9
Polen	11	1,2	2	2,3	1,5	2,3	2,1	3
Irland	10	1,3	1,8	-	3,4	3,8	5,7	4,4
Österreich	10	1	1,5	-	1,2	2,4	3,6	4,8
Luxemburg	9	1	1,6	-	1,7	3,3	2,5	3,7
Spanien	8	1	1,4	-	2	4	0,6	3,8
Schweden	8	0,5	0,5	-	1	1,6	2,3	1,8
Dänemark	7	1	2,3	-	1,5	2,7	7,3	4,7
Niederlande	7	1	0,6	-	1,8	3,5	4,2	3
Slowenien	6	1	1	1,4	1,4	1,8	1,5	2,2

Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Die Verhältniszahl „unterstes zu oberstes Einkommensquartil“ bezieht sich auf die Prozentsätze derjenigen, die sich ausgegrenzt fühlen, im untersten Einkommensquartil als Mehrfaches des Prozentsatzes derjenigen, die sich ausgegrenzt fühlen, im obersten Einkommensquartil; alte zu junge Menschen: 55+ zu 15-24; Kranke zu Gesunde: „nach eigenen Angaben gesund“ zu „nach eigenen Angaben langzeitkrank“ (für die Mitgliedstaaten liegen keine Daten zur Gesundheit vor); niedriges zu hohes Bildungsniveau: Beendigung der Schullaufbahn mit 15 Jahren zu Schul-/Universitätsabgang mit mehr als 20 Jahren; Gewicht x Gewicht2 im Ländergruppenvergleich, Gewicht x Gewicht3 bei länderspezifischen Ergebnissen. (-) steht für weniger als 30 Fälle.

d) trotz ihrer wirtschaftlich schlechten Situation fühlen sich die Menschen in die Gesellschaft integriert (Zapf, 1984)

Tabelle 7 zeigt die Verteilung der Befragten auf diese vier Kategorien. In den meisten Fällen spiegelt das subjektive Gefühl die objektiven Bedingungen realistisch wider, in einer Minderheit der Fälle trifft dies allerdings nicht zu. Es fühlen sich mehr Menschen sozial integriert, obwohl sie unter schwierigen Bedingungen leben, als sich Menschen, die nicht unter unsicheren Lebensverhältnissen zu leiden haben, selbst sozial nicht integriert fühlen.

Innerhalb Europas als Ganzes ist die Zahl derjenigen, die sich mit einer positiven Grundhaltung an negative

Bedingungen anpassen, größer als die Zahl derjenigen mit negativer Einstellung, doch ist diese Anpassungsfähigkeit in CC-3 und AC-10 stärker ausgeprägt als in EU-15. Hieraus kann man schließen, dass die Bürger in den Beitritts- und Kandidatenländern besser mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurecht kommen als die Bürger der Mitgliedstaaten. Auch wenn unsichere Lebensbedingungen in diesen Ländern offenkundig weiter verbreitet sind, ist die Koinzidenz mit dem Gefühl sozialer Ausgrenzung anscheinend geringer als in der EU. Welche Schutzmechanismen schützen also die Menschen vor sozialer Ausgrenzung, wenn sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind?

Tabelle 7 - Objektive Bedingungen der Eingliederung und deren subjektive Wahrnehmung (% der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren in jeder Kategorie)

Subjektive Wahrnehmung	Objektive Situation			
	Privilegiert		Unterprivilegiert	
	subjektiv integriert	subjektiv ausgegrenzt	subjektiv integriert	subjektiv ausgegrenzt
Irland	79	7	10	5
Österreich	77	5	13	5
Niederlande	77	5	15	3
Dänemark	74	3	19	4
Schweden	74	6	17	3
Luxemburg	73	6	18	3
Spanien	72	5	20	3
Belgien	71	7	18	5
Zypern	71	6	19	5
Deutschland	71	6	16	6
Finnland	70	7	16	8
Slowenien	69	3	25	3
EU-15	67	7	19	6
Vereinigtes Königreich	67	8	19	7
EU-25	66	6	21	6
Frankreich	65	8	20	7
Italien	65	7	21	7
Malta	65	9	22	5
Griechenland	62	5	27	6
Portugal	59	7	28	6
Tschechische Republik	58	10	24	8
Estland	53	6	31	11
Litauen	52	6	33	9
AC-10	51	6	35	8
Polen	51	3	38	8
Slowakei	49	16	23	13
Lettland	46	6	36	12
Ungarn	43	4	43	9
ACC-13	42	9	35	15
Rumänien	41	6	41	13
Türkei	32	13	33	21
Bulgarien	31	8	39	22

Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Als Bezugsgröße wurde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gewählt, weil Arbeitslosigkeit ein wichtiges Element der Definition objektiver Benachteiligung ist. Integration wird objektiv gemessen als weder von Arbeitslosigkeit betroffen noch in einer finanziellen Notlage befindlich (unterstes Einkommensquartil oder nach eigenen Angaben über einen längeren Zeitraum von finanziellen Schwierigkeiten betroffen); die Integration wird anhand der eigenen Einschätzung der Befragten gemessen: dem Gefühl, integriert oder ausgegrenzt (zwei oder mehr Aussagen des Index der sozialen Ausgrenzung) zu sein...

In Schaubild 1 sind die Länder nach dem Grad dieses Schutzes aufgeführt, wobei jeweils angegeben ist, welcher Prozentsatz der Bürger, die in unsicheren Lebensumständen leben, sich ausgegrenzt fühlt.

Die Auswertung liefert zwei wichtige Ergebnisse:

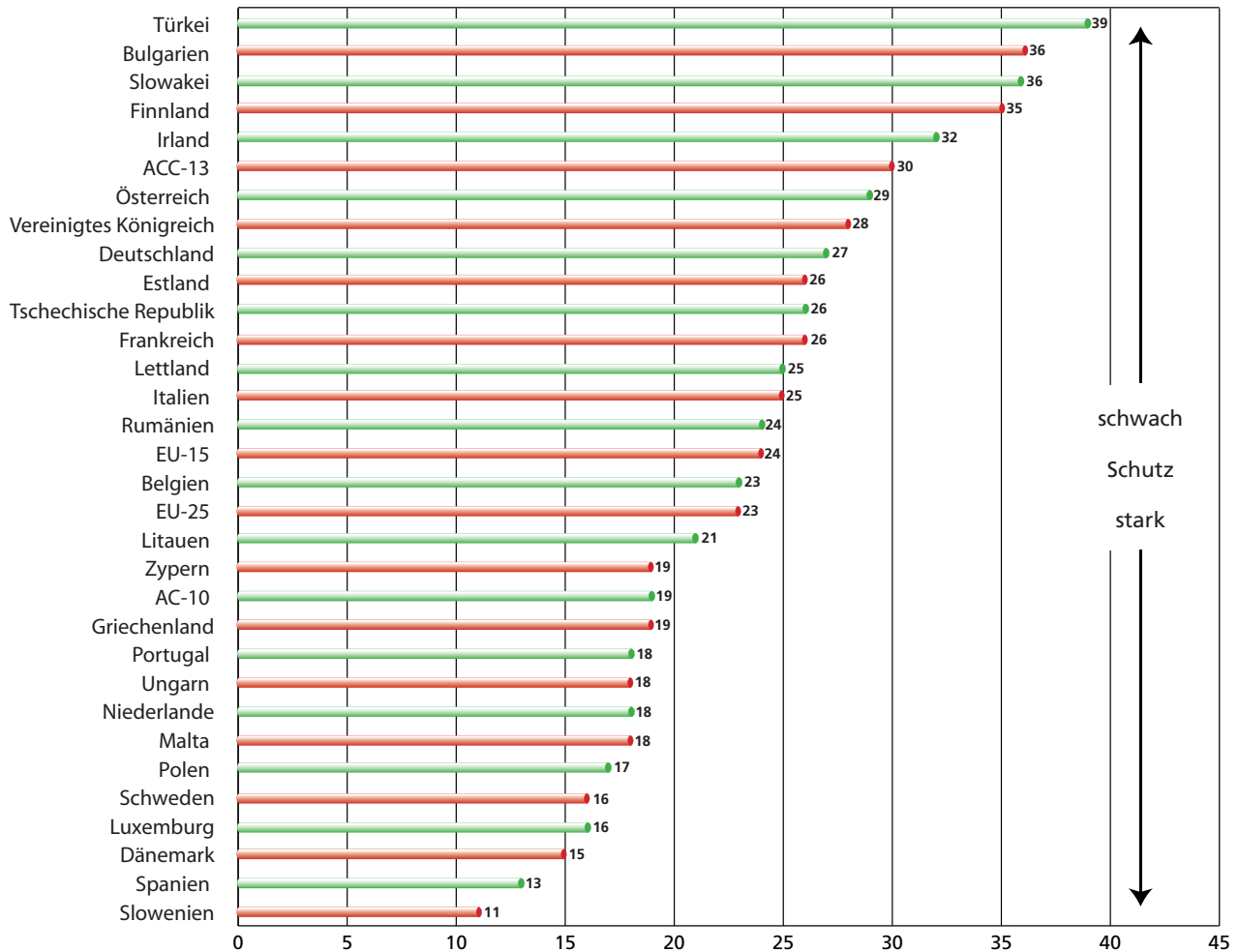
- Erstens: In ganz Europa fühlt sich nur eine Minderheit der Befragten, die in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen leben, als Außenseiter der Gesellschaft.
- Zweitens: Bei den Auswirkungen wirtschaftlicher Härten auf das Gefühl sozialer Ausgrenzung bestehen

große Unterschiede zwischen den Ländern - von 11 % in Slowenien bis 39 % in der Türkei. Unter den Mitgliedstaaten reicht das Spektrum von 13 % in Spanien bis 35 % in Finnland.

Die Durchschnittswerte für die Ländergruppen zeigen, dass die Fähigkeit, mit wirtschaftlichem Druck fertig zu werden, in den Beitrittsländern stärker ausgeprägt ist als in den Mitgliedstaaten: In der EU geben 24 % der Befragten, die in widrigen Verhältnissen leben, an, dass sie sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, in den Beitrittsländern dagegen nur 19%. Dass das Gefühl der Ausgrenzung in



Schaubild 1 - Grad des Schutzes in den Ländern Europas (% der benachteiligten Menschen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, die sich nach eigenen Angaben sozial ausgegrenzt fühlen)



Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Die Untersuchung beschränkt sich auf Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Benachteiligung wird definiert als Arbeitslosigkeit oder schwierige wirtschaftliche Situation; die Prozentangaben geben an, welcher Prozentsatz der auf diese Weise definierten benachteiligten Bevölkerung sich als sozial ausgegrenzt bezeichnet (zwei oder mehr Aussagen des Index der sozialen Ausgrenzung); je niedriger die Prozentangaben, desto höher ist der Schutz vor sozialer Ausgrenzung der von Benachteiligung Betroffenen.

ACC-13 stärker ausgeprägt ist, ist hauptsächlich auf die Angaben der Befragten in der Türkei zurückzuführen, die die Berechnungen aufgrund der Bevölkerungsgröße des Landes stark beeinflussen.

Zwei Gruppen von sozialen Faktoren tragen zur Erklärung der deutlichen länderspezifischen Unterschiede bei der Wahrnehmung von Ausgrenzung unter vergleichbaren sozioökonomischen Umständen bei. Zum einen haben biografische Ereignisse wie Heirat, Scheidung, Tod des Ehepartners oder Krankheit Einfluss auf die soziale Eingliederung und das Gefühl der Zugehörigkeit. Zum anderen können soziale Puffer wie die Unterstützung

durch Netze innerhalb und außerhalb der Familie die Auswirkungen von Deprivation auf die soziale Entfremdung in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark abfedern.

Im Rahmen der Forschungsarbeit wurden die Beziehungen zwischen fünf verschiedenen Faktoren untersucht, die für soziale Eingliederung und das Gefühl sozialer Ausgrenzung bestimmend sein können<sup>8</sup>. Einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und über ein Grundniveau an finanziellen Mitteln zu verfügen, wurden als sozioökonomische Triebkräfte der Eingliederung gewertet; die Unterstützung durch ein soziales Netz außerhalb der Familie, die familiäre Einbindung und das Gefühl der Chance auf Teilhabe an der

8 Eine Analyse der Wechselbeziehungen mehrfacher Formen der wirtschaftlichen Deprivation mit fehlender sozialer Unterstützung ist nicht möglich, da die Zahl der Fälle zu klein wird.

Tabelle 8 - Wahrgenommene soziale Ausgrenzung in verschiedenen Risikogruppen (% der Bevölkerung)

	Gesamtbevölkerung	Keine Integrationsdefizite <sup>1</sup>	Finanzielle Schwierigkeiten <sup>2</sup>	Arbeitslos/vorübergehend nicht erwerbstätig	Finanzielle Schwierigkeiten und fehlende Unterstützung	Arbeitslos/vorübergehend nicht erwerbstätig und fehlende soziale Unterstützung
Türkei	34	29	39	41	48	49
Bulgarien	30	21	34	39	49	47
Slowakei	27	24	33	35	-	-
PCA 13	23	17	29	32	44	44
Lettland	20	13	28	29	32	-
Rumänien	19	12	24	28	37	-
Tschechische Republik	18	15	25	31	-	-
Estland	18	12	25	39	42	-
Litauen	16	12	23	23	35	-
Frankreich	15	12	24	33	-	-
Portugal	15	11	21	16	34	-
Italien	14	11	21	26	-	-
Vereinigtes Königreich	14	10	26	32	-	-
Finnland	14	9	39	31	-	-
AC-10	14	10	20	21	37	38
Ungarn	13	9	18	19	42	-
Malta	13	13	12	37	-	-
Zypern	12	8	21	46	32	-
Belgien	12	9	23	26	24	-
Deutschland	12	9	24	42	39	54
Griechenland	12	8	18	17	26	28
EU-25	12	9	21	29	34	41
EU-15	12	9	22	25	33	42
Polen	11	7	17	19	35	39
Österreich	11	7	26	40	-	-
Irland	10	8	22	32	-	-
Luxemburg	9	8	12	25	-	-
Spanien	8	6	15	4	-	-
Schweden	8	7	13	16	-	-
Dänemark	7	4	14	22	-	-
Niederlande	7	6	14	21	-	-
Slowenien	6	4	10	9	-	-

Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: 1 Keine Integrationsdefizite (keine finanziellen Schwierigkeiten, nie arbeitslos gewesen, Unterstützung durch soziale Netze vorhanden) 2 Finanzielle Schwierigkeiten (unteres Einkommensquartil oder nach eigenen Angaben über längere Zeit hinweg schlechte materielle Lebensbedingungen); Gewicht x Gewicht<sup>2</sup> im Ländergruppenvergleich, Gewicht x Gewicht<sup>3</sup> bei länderspezifischer Analyse.

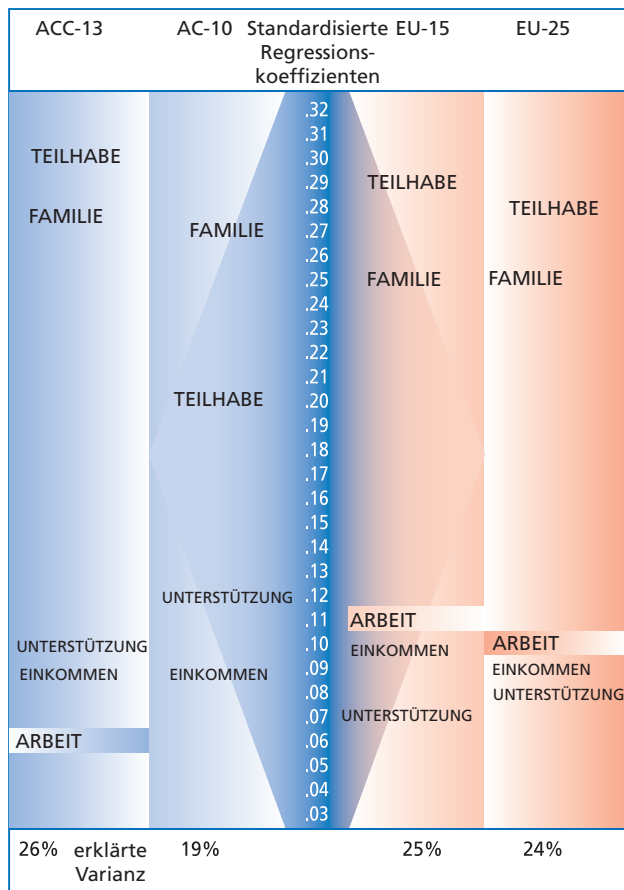
Gesellschaft wurden als soziale Faktoren aufgenommen. Die Analyse bestätigte, dass finanzielle Schwierigkeiten und Arbeitslosigkeit für die Wahrnehmung der Eingliederung von geringerer Bedeutung sind, wenn soziale Puffer existieren. Der Einfluss sozialer Netze und die empfundene familiäre Einbindung sind in den Beitritts- und den Kandidatenländern besonders stark ausgeprägt und überwiegen deutlich den Einfluss der materiellen Lebensbedingungen wie geringes Einkommen oder Arbeitslosigkeit (siehe Schaubild 2, aus der hervorgeht, wie stark diese einzelnen Faktoren in verschiedenen Ländergruppen ausgeprägt sind).

Hierbei ist zu beachten, dass bei dieser Analyse die Wirkung sozialer Faktoren möglicherweise überschätzt wird, da Informationen über soziale Puffer wie z. B. die wahrgenommene Integration in die Familie nur in subjektiver Form vorliegen. Dies könnte bis zu einem gewissen Grad ein Spiegelbild für subjektive Maßzahlen der sozialen

Ausgrenzung sein. Allerdings ergab die Untersuchung auch, dass eigene Kinder zu haben das Risiko, sich ausgegrenzt zu fühlen, nahezu halbiert. Die Schlussfolgerung lautet daher, dass soziale Unterstützung die Folgen von finanziellen Härten oder Arbeitslosigkeit deutlich mindert.

Arbeitslosigkeit hat für die Einwohner der EU-Mitgliedstaaten stärkeren Einfluss auf das Gefühl der Ausgrenzung als für die Bevölkerung der Beitritts- und der Kandidatenländer. Eine noch geringere Rolle als Determinante spielt der Erwerbsstatus in ACC-13, wenn auch soziale Puffer berücksichtigt werden. Analysen der einzelnen Länder zeigen, dass Arbeitslosigkeit in der Mehrzahl der EU-Länder, jedoch nur in einer Minderheit der ACC-13-Länder erheblichen Einfluss auf die wahrgenommene Ausgrenzung hat. Dies könnte ein Anzeichen für die größere Bedeutung der Schattenwirtschaft sein, könnte aber auch darauf hindeuten, dass Arbeitslosigkeit in Gesellschaften, in denen

**Schaubild 2 - Wirtschaftliche und soziale Vorhersagegrößen für die empfundene soziale Ausgrenzung**



Quellen: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Die multiple Regressionsanalyse beschränkt sich auf die Altersgruppe der 15- bis 65-Jährigen. Die abhängige Variable ist der Index der sozialen Ausgrenzung mit einer Skala von 0 (keine wahrgenommenen Integrationsdefizite) bis 4 (Zustimmung zu vier entsprechenden Aussagen). Die erläuternden Variablen sind: Familie: Gefühl, aus der Familie ausgeschlossen zu sein; Teilhabe: Gefühl der Einsamkeit in den letzten zwei Wochen und Unzufriedenheit mit dem sozialen Leben; Unterstützung: keine soziale Unterstützung außerhalb des Haushalts bei Depression oder bei Geldmangel; Einkommen: ernste Geldprobleme; Arbeit: arbeitslos oder vorübergehend nicht erwerbstätig.

Arbeitslosigkeit und mangelnde Chancen weit verbreitet sind, eine andere psychologische Wirkung hat. Deprivation bietet in Gesellschaften, in denen materielle Armut weit verbreitet und allgemein üblich ist, vermutlich weniger Anlass zur Stigmatisierung. In Gesellschaften, die viele Chancen bieten, verlieren die Armen leichter das Selbstvertrauen und geben eher sich selbst als kollektiven Kräften die Schuld an ihrer Situation.

### Wahrgenommene Ursachen der sozialen Ausgrenzung

Im Großen und Ganzen vertreten die Bürger der EU-Mitgliedstaaten weitgehend ähnliche Ansichten hinsichtlich der sozialen Ursachen der Armut. Bei einer Auswahl

unter 16 Punkten als Erklärungen für Armut und soziale Ausgrenzung<sup>9</sup> waren sich die Befragten darin einig, dass Langzeitarbeitslosigkeit die Hauptursache für Armut ist (siehe Tabelle 9). Danach folgen Alkoholmissbrauch, Krankheit, Familientrennung und Drogenmissbrauch. Kürzungen der Sozialleistungen gelten in den Beitrittsländern als entscheidende Ursache für soziale Ausgrenzung, nicht jedoch in den EU-Mitgliedstaaten, in denen lediglich eine Minderheit der Armen diese Auffassung teilt. In EU-15 wird häufiger der Mangel an Bildung als wichtige Ursache genannt. Von Armut Betroffene führen Armut oder Ausgrenzung seltener auf persönliches Versagen (wie Faulheit, ungenügende Zukunftsplanung oder Alkoholmissbrauch) zurück als die Befragten im Allgemeinen. In ganz Europa ist nur eine kleine Minderheit der Überzeugung, dass von Armut Betroffene an ihrem Schicksal selbst schuld sind.

Die Befragten wurden auch aufgefordert, eine von vier Ursachen auszuwählen, weshalb Menschen in Not leben. Die Liste enthielt Ursachen, die den Schwerpunkt auf externe oder kollektive Faktoren legen:

- soziale Ungerechtigkeit
- unvermeidliche Folge des Fortschritts
- mangelndes Glück
- Faulheit oder mangelnde Willenskraft

Bei dieser Frage zur generellen Einstellung zu Armut werden enorme Unterschiede zwischen den Beitritts- und Kandidatenländern einerseits und den Mitgliedstaaten der Union andererseits deutlich (siehe Schaubild 3). In beiden Fällen nennen die Befragten soziale Ungerechtigkeit als Hauptursache für Prozesse der sozialen Ausgrenzung, allerdings vertreten in der EU nur 35 % diese Auffassung. Im Gegensatz hierzu macht die absolute Mehrheit der Befragten in den Beitritts- und Kandidatenländern soziale Ungerechtigkeit für Ausgrenzung verantwortlich. In dieser Gruppe geben sich nur die Befragten in der Tschechischen Republik, Zypern und Malta ähnlich zurückhaltend wie die westlichen Länder mit der Schuldzuweisung an die Gesellschaft. In allen übrigen Ländern sehen jeweils mindestens 45 % hierin die entscheidende Armutsursache. Dieses Ergebnis bestätigt frühere Forschungsarbeiten, wonach in den Beitritts- und Kandidatenländern die Verantwortlichkeit des Einzelnen eher gering bewertet und die Hauptverantwortung dem Staat zugewiesen wird (Fuchs, 2001). Dies stützt auch den Eindruck, dass die Menschen in Ländern, in denen Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Härten weit verbreitet sind, weniger geneigt sind, sich selbst die Schuld für ihre Ausgrenzung zuzuweisen.

Unter den EU-Ländern fällt auf, dass die Befragten in Finnland und Schweden einerseits und in Dänemark andererseits sehr unterschiedliche Ansichten über die Ursachen für Armut und Ausgrenzung haben. Während in den beiden erstgenannten Ländern soziale Ungerechtigkeiten als Ursache gesehen werden, wird diese Ursache in Dänemark am wenigsten häufig genannt, vielmehr wird der Grund für Armut beim Einzelnen gesucht. Dieses Ergebnis befremdet insofern, als Soziologen in der Regel die Meinung vertreten, dass kulturelle Einstellungen ihre Wurzeln in den institutionellen Strukturen eines Landes haben und die skandinavischen Länder für gewöhnlich gemeinsam der Gruppe der Wohlfahrtsstaaten mit weitgehend vergleichbaren Institutionen zugerechnet werden (Esping-Andersen 1990).

<sup>9</sup> Im Fragebogen wurde nicht zwischen Armut und Ausgrenzung unterschieden.

**Tabelle 9 - Wahrnehmung der Europäer hinsichtlich der häufigsten Ursachen für soziale Ausgrenzung oder Armut (% der Bevölkerung, die jeweils den betreffenden Punkt nannten)**

	EU-25	EU-25 arm	ACC 13	ACC 13 arm	EU-15	EU-15 arm	AC-10	AC-10 arm
Langzeitarbeitslosigkeit	52	59	63	66	50	54	62	69
Alkoholmissbrauch	36	27	36	21	32	19	55	44
Krankheit	31	33	27	24	30	29	38	43
Familientrennung	28	27	29	25	27	26	31	29
Drogenmissbrauch	24	17	6	3	27	22	10	7
Mangel an Bildung	22	18	27	32	23	20	17	14
Kürzungen der Sozialleistungen	14	24	25	26	12	21	20	30
Faulheit	14	8	13	9	14	8	14	9
Mangelnder Gemeinschaftssinn	13	14	12	14	14	16	9	12
Armes Elternhaus	10	15	17	23	10	14	12	17
Arme Nachbarschaft/Wohngegend	10	10	14	21	10	12	6	6
Nicht für die Zukunft geplant	9	5	7	7	10	6	7	4
Zugewandert	8	6	1	2	9	9	1	1
Zu viele Kinder	6	10	9	14	6	11	5	7
Selbst gewählte Situation	6	5	3	2	6	5	5	4
Nachbarn kümmern sich nicht genug zu wenig	5	6	3	4	5	7	2	2

Quelle: Böhnke, P., *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*.

Erläuterung: „Arm“ bezeichnet das Bestehen gravierender finanzieller Probleme; Gewicht x Gewicht<sup>2</sup>.

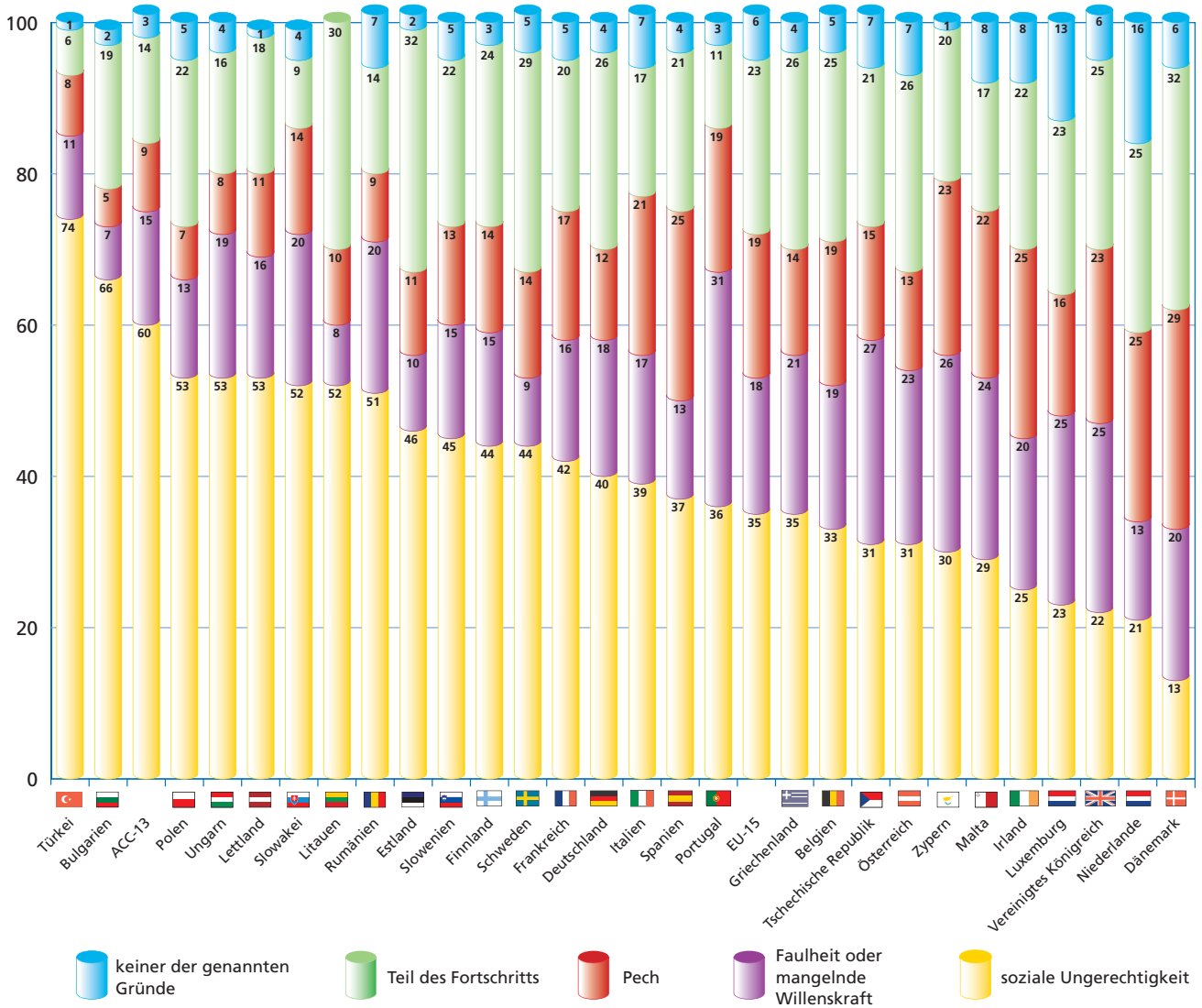
### Auswirkungen auf die Politik

- Die Ergebnisse belegen, dass Arbeitslosigkeit eine der Hauptursachen für soziale Ausgrenzung ist. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte daher intensiviert werden.
- Zumindest in den gegenwärtigen EU-Ländern ist den Bürgern bewusst, dass mangelnde Bildung ein Armutsrisiko darstellt und dass Erwerbstätigkeit in der Wissensgesellschaft die Förderung von Bildung und lebenslangem Lernen notwendig macht. Das Fehlen spezifischer Qualifikationen oder einer Ausbildung ist mit einem hohen Risiko verbunden, von der Chance auf Teilhabe abgeschnitten zu werden.
- Die Auffassung, dass ein Mangel an sozialer Teilhabe und das Gefühl der Ausgrenzung vor allem auf Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sind, kann allerdings so nicht stehen bleiben. Die Einbindung in die Familie und die Erfahrung, eigene Kinder zu haben, haben nachweislich stabilisierende Wirkung auf das Selbstvertrauen und das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Familien sollten daher als die grundlegende Form der sozialen Eingliederung

gesehen werden, als Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft, das dem Einzelnen die notwendige Stabilität für die Bewältigung der Herausforderungen einer komplexen Welt gibt (Berger und Berger, 1984). In diesem Zusammenhang erfordert die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung auch Maßnahmen zur Stärkung der Familie und anderer sozialer Netze.

- Aus politischer Sicht muss der Kampf gegen Ausgrenzung quer über alle administrativen Bereiche der etablierten Arbeitsaufteilung unter den verschiedenen staatlichen Stellen hinweg geführt werden, wenn er erfolgreich sein soll. Er setzt die Neubelebung zivilgesellschaftlichen Handelns voraus, verlangt aber auch ein koordiniertes Vorgehen in der Politik - beschäftigungs-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen ebenso wie ein Aktivwerden in der Wohnungs- und Nachbarschaftspolitik (die hier nicht erörtert werden).

Schaubild 3 - Wahrnehmungen der Gründe, weshalb Menschen von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, nach Land



Quelle: Böhnke, P., Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe..



# Beschäftigung und soziale Beziehungen 3

## Positive Auswirkungen der Erwerbstätigkeit

Grundsätzlich besteht Einigkeit darüber, dass die europäischen Gesellschaften eine solide Wissensbasis, Vollbeschäftigung bei hoher Qualität und Produktivität der Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt anstreben sollten. Die Verwirklichung dieser drei Ziele ist jedoch nicht immer einfach, da zwischen diesen Zielen auch Konflikte auftreten können. In einer technisch hoch entwickelten Gesellschaft gibt es unter Umständen nicht mehr genügend Arbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitskräfte. Ebenso kann die zur Erhaltung der Rentenversicherungssysteme angestrebte Vollbeschäftigung unter bestimmten Umständen wegen der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen die demografische Basis für nachhaltige Renten schwächen. Der Grund dafür ist, dass es für Haushalte, in denen beide Partner berufstätig sind, offenbar schwieriger ist, Kinder großzuziehen und Familie und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren (ein gegenläufiger Trend findet sich nur in den USA).

Wenn die Arbeitsmärkte wirksam funktionieren sollen, müssen die institutionellen Rahmenbedingungen den veränderten Realitäten der Arbeitswelt angepasst werden. Dabei gilt es, zahlreiche Aspekte aus sozialpolitischer Sicht zu betrachten. Wer sorgt für die Kinder, wenn beide Eltern arbeiten? Wer kümmert sich um sie, wenn die Schulen oder Kinderbetreuungseinrichtungen während der Schulferien geschlossen sind? Wer pflegt die sozialen Kontakte, wenn alle berufstätig sind?

Untersucht man die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit auf die Lebensqualität, so ist zunächst festzustellen, dass sie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht viele positive Funktionen erfüllt. Als Quelle von Einkommen und Kaufkraft trägt sie zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Lebens bei und wirkt somit der Ausgrenzung entgegen. Als Quelle von Einkommen, Status und sozialen Kontakten dient sie als Grundlage für gesellschaftliche Anerkennung und Selbstachtung. Sie ist ein wichtiger Mechanismus für die soziale Integration und Organisation, da sie dem Lebensalltag und Lebensweg der Menschen eine feste Struktur gibt und für die soziale Kontrolle sorgt.

Die Ergebnisse spiegeln diese positiven Aspekte der Erwerbstätigkeit in vielerlei Hinsicht wider. Aus den erhobenen Daten zum Haushaltseinkommen geht hervor, dass Haushalte, in denen der Hauptverdiener arbeitslos ist, einem höheren Verarmungsrisiko ausgesetzt sind. Es wurde nachgewiesen, dass traditionelle Faktoren, die mit Einkommen, Status und Bildungsstand der Befragten in Zusammenhang stehen, die relative Einkommenssituation der Haushalte am stärksten beeinflussen. Für die Länderunterschiede in Bezug auf den Grad an Deprivation spielen Arbeit und Einkommen eine weitaus wichtigere Rolle als Unterschiede in Bezug auf Alter, Art des Haushalts oder Familienstand.

## Auswirkungen auf die soziale Integration

Arbeitslosigkeit wird als Hauptgrund für eine mangelhafte soziale Eingliederung genannt. In den Beitritts- und Kandidatenländern berichten 21 % der befragten Arbeitslosen und 18 % der Rentner gegenüber 13 % der Erwerbstätigen über mindestens zwei (von vier) Symptomen für einen empfundenen Mangel an sozialer Eingliederung. Für die meisten Europäer ist Arbeitslosigkeit zudem der

Hauptgrund für Armut und Bedürftigkeit. In neun der 13 Beitritts- und Kandidatenländer und in 11 EU-Ländern wurde Arbeitslosigkeit als häufigste Ursache für Armut oder soziale Ausgrenzung angeführt.

Alle Europäer stimmen darin überein, dass „eine gute Arbeit“ eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gutes Leben ist. Weiterhin zeigen die Ergebnisse, dass die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein bei Erwerbstätigen wesentlich höher ist als bei Arbeitslosen. Die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen sind größer als die Unterschiede in Bezug auf andere soziale Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung oder Einkommen. In einer multivariaten Analyse für ACC-13 wurde nachgewiesen, dass Einkommen und Arbeit die beiden wichtigsten Faktoren für die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein sind, wenn andere Faktoren konstant bleiben. In den EU-Mitgliedstaaten war Arbeit für die Zufriedenheit mit dem Leben noch wichtiger als das Einkommen, und Arbeitslosigkeit wirkte sich selbst bei unverändertem Einkommen nachteilig auf die Zufriedenheit aus. Daraus lässt sich schließen, dass für Arbeitslose nicht nur das fehlende Einkommen wichtig ist, sondern das Fehlen einer Arbeit überhaupt.

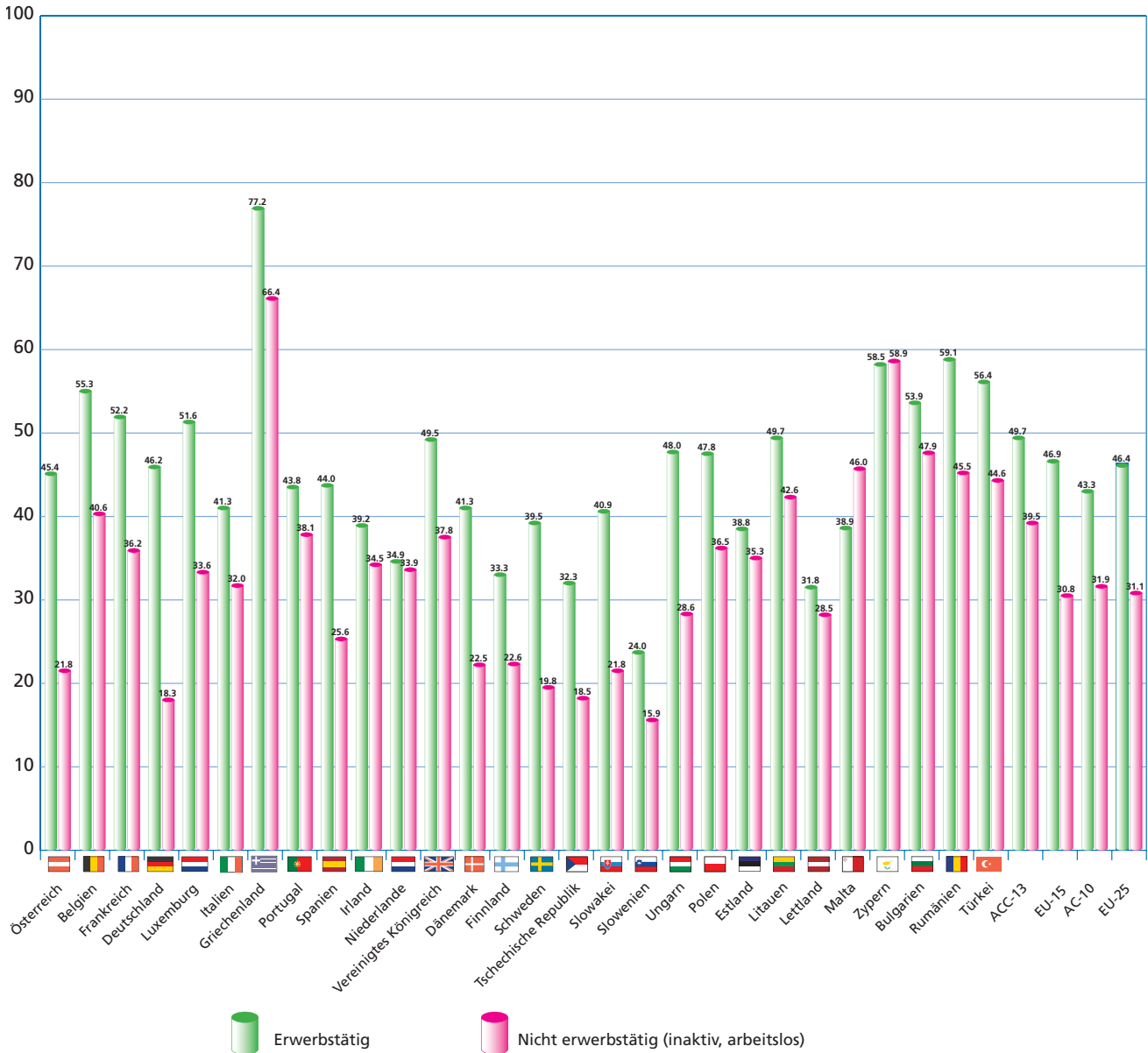
Der Bericht über Fertilität und Familie (Fahey und Spéder) macht deutlich, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für das Familienleben angesehen wird. Diese Erkenntnisse über den Stellenwert von Arbeit werden durch ähnliche Ergebnisse aus früheren Erhebungen bestätigt. Beispielsweise wurde im Rahmen einer Panel-Studie ermittelt, dass sich Arbeitslose besonders häufig niedergeschlagen und unglücklich fühlen (Winkelmann und Winkelmann, 1998). Dieses Ergebnis ist aus zwei Gründen bemerkenswert: Es widerlegt die landläufige Meinung, dass sich Arbeitslose auf Kosten anderer ausruhen und den Wohlfahrtsstaat ausnutzen, und verdeutlicht die integrativen und psychologisch positiven Funktionen der Erwerbstätigkeit..

## Mögliche negative Nebeneffekte auf sozialer Ebene

Arbeit hat jedoch auch eine Kehrseite. Arbeit kann den Menschen auszehren, und durch den zunehmenden Produktivitätsdruck in einer wettbewerbsorientierten Weltwirtschaft kann die Arbeit intensiver, anspruchsvoller und aufreibender werden. Da Erwerbstätige den Tag überwiegend am Arbeitsplatz verbringen, ist Arbeit aus zeitlicher Sicht mit beträchtlichen Opportunitätskosten verbunden, was zu Rollenkonflikten bei Erwerbstätigen führen kann, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren müssen. Obwohl bezahlte Arbeit eine wertvolle Basis für die soziale Eingliederung schafft, kann es für Vollzeitbeschäftigte ohne geeignete Entlastungsangebote schwierig sein, ihre Aufgaben in der Familie wahrzunehmen, soziale Kontakte zu Freunden und Nachbarn zu pflegen und sich für ehrenamtliche Aufgaben oder in der Bürgergesellschaft zu engagieren.

Angesichts der von den Gesellschaften angestrebten Vollbeschäftigung und hohen Erwerbsquoten wäre ein System von Sozialindikatoren von Vorteil, das die erwünschten und unerwünschten sozialen Auswirkungen der Erwerbstätigkeit, die sich der Kontrolle des Einzelnen entziehen, darstellen kann. In den meisten europäischen Ländern geht laut den aktuellen Analysen der langfristige

Schaubild 4 - Stressempfinden bei Erwerbstätigen bzw. Nichterwerbstätigen (% der Befragten, die sich regelmäßig gestresst fühlen, nach Stellung im Erwerbsleben)



Quelle: Alber, J. and Kohler, U., Health and care in an enlarged Europe.

Trend zu einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie zu sinkenden Geburtenraten. Allerdings war in Ländern mit höherer Erwerbsbeteiligung der Frauen der Rückgang der Fertilität weniger ausgeprägt, und die insgesamt negative Verknüpfung wurde im zeitlichen Verlauf schwächer (OECD, 2003). Dies hängt in der Regel mit einer höheren Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen in diesen Ländern zusammen (Esping-Andersen, 2002).

Der Bericht über Gesundheit und Pflege (Alber und Kohler) zeigte, dass nichtformale Pflegeleistungen besonders oft im Erwerbsalter erbracht werden müssen und Erwerbstätige fast genauso häufig Pflege- und Betreuungsleistungen erbringen wie Nichterwerbstätige. Dies lässt darauf schließen, dass nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Pflege und Betreuung älterer Menschen häufig in den Händen von

Erwerbstätigen liegt. Insofern könnte die Entlastung von Erwerbstätigen von einer solchen Doppelbelastung zu einer Verbesserung der Arbeitsproduktivität beitragen.

Überall in Europa wird Arbeit als Stress empfunden. Im Durchschnitt ist der Anteil der Befragten, die sich regelmäßig gestresst fühlen, bei Erwerbstätigen um rund 15 Prozentpunkte höher als bei Nichterwerbstätigen (siehe Schaubild 4). Den Angaben zufolge verursacht Arbeit in der EU offenbar mehr Stress als in ACC-13. Allgemein halten Erwerbstätige das Leben jedoch für anstrengender als Personen, die nicht erwerbstätig sind. Nur Zypern und Malta weichen von dieser allgemeinen Regel ab. Personen, die a) nicht erwerbstätig sind und b) ein hohes Einkommen haben, empfinden am wenigsten Stress, während bei Personen mit



einem schlecht bezahlten Arbeitsplatz das Stressempfinden am höchsten ist.

Natürlich ist Stress nur eine Dimension der Lebensqualität. Dieser Aspekt muss gegen andere Aspekte - z. B. ein ausreichendes Einkommen - abgewogen werden. Bei der Untersuchung der sozialen Auswirkungen von Arbeit standen zwei Aspekte im Vordergrund: die empfundene Arbeitsintensität und das Stressempfinden bei der Arbeit.

Die vorliegende Untersuchung stößt jedoch an gewisse Grenzen. Maßgeblich für die Beurteilung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Beziehungen sind nicht etwa Berichte über objektive Merkmale des Arbeitsumfelds oder der sozialen Beziehungen, sondern die subjektive Sichtweise der Befragten. Insofern müssen die daraus abgeleiteten statistischen Zusammenhänge mit Vorsicht interpretiert werden, da sie auch die Wirkung eines dritten Faktors widerspiegeln könnten: die grundsätzlich positive oder negative Einstellung der Befragten zu ihrer Lebenssituation.

## Vergleich der Arbeitsbedingungen

In früheren Forschungsarbeiten wurden in ACC-13 deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen als in der EU nachgewiesen (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2003). In den Übergangswirtschaften gingen die meisten großen Industriebetriebe in Konkurs. Da die Gewerkschaften keine um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemühten Arbeitnehmervertretungen, sondern eher politische Organisationen waren, entstanden zahlreiche informelle Interessenverbände, die im Zuge des Wandels jedoch zusammen mit den alten Gewerkschaften aufgelöst wurden. Heutzutage nehmen in den Beitritts- und Kandidatenländern viele Menschen lange Arbeitszeiten in Kauf oder haben zwei Arbeitsstellen, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Ergebnisse aus den Teilerhebungen vermitteln möglicherweise ein zu positives Bild von den tatsächlichen Bedingungen, da Arbeitskräfte mit sehr ungünstigen Arbeitsbedingungen schwieriger zu erreichen und in den nationalen Stichproben möglicherweise unterrepräsentiert sind. Dies gilt besonders für Länder, in denen Personen mit niedrigem Einkommen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts mehrere Arbeitsstellen annehmen müssen.

Die im Bericht ermittelten Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen ergeben folgendes Bild (zu beachten ist jedoch die hohe länderspezifische Diversität in den gemeldeten Durchschnittswerten der Gruppen)<sup>10</sup>:

- Laut einem Index für die körperlichen Arbeitsbedingungen<sup>11</sup> kommen ungünstige körperliche Arbeitsbedingungen außerhalb der derzeitigen EU erheblich öfter vor. Im Durchschnitt empfinden 12 % der Arbeitnehmer in der EU, jedoch 21 % in AC-10 und 24 % in ACC-13 ihre körperlichen Arbeitsbedingungen als belastend.
- Laut einem Index für die psychischen Arbeitsbedingungen<sup>12</sup> empfinden 23 % der Arbeitnehmer in AC-10, 27 % in ACC-13 und 16 % in EU-15 ihre psychischen Arbeitsbedingungen als belastend.
- Laut einem Index für die Selbstbestimmung bei der Arbeit<sup>13</sup> liegt der Anteil von Arbeitsplätzen mit geringer Selbstbestimmung in AC-10 sowie ACC-13 bei 23 % (gegenüber 14 % in EU-15).
- In AC-10 arbeiten doppelt so viele Menschen wie in der EU mehr als 48 Stunden in der Woche (30 % gegenüber 15 %).
- Laut einem Index für die Arbeitsintensität<sup>14</sup> ist die Arbeitsintensität in EU-15 jedoch höher. Im Durchschnitt berichten 18 % der Erwerbstätigen in der EU (gegenüber 13 % in AC-10 und 12 % in ACC-13 über einen hohen Arbeitsdruck.
- Die Zahl der Befragten, die nach eigenen Angaben in den letzten fünf Jahren arbeitslos waren, ist rund zweibis dreimal höher als die offizielle Arbeitslosenquote für ein bestimmtes Jahr. Zudem liegt die Arbeitslosenquote in AC-10 mit 29 % im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte höher als in der EU (19 %). Unter den drei Kandidatenländern fällt vor allem die hohe Langzeitarbeitslosigkeit von 50 % in Bulgarien auf.

## Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen und die Lebensqualität

Die negativen Auswirkungen längerer Arbeitslosigkeit (d. h. mindestens zwei Jahre Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren) werden bei der Untersuchung der nachteiligen Auswirkungen von Erwerbstätigkeit für die sozialen Beziehungen bestätigt. Langzeitarbeitslose sind deutlich weniger zufrieden mit dem Leben allgemein, dem Familienleben, dem gesellschaftlichen Leben und der Gesundheit als Personen, die ohne Unterbrechung erwerbstätig waren. Einen Arbeitsplatz zu haben bedeutet also, die Kontrolle über eine wichtige Ressource zu haben, die nicht nur Einkommen, sondern auch soziale Kontakte und eine höhere Lebensqualität verschafft.

<sup>10</sup> Aufgrund von Datenbeschränkungen kann die Definition der Europäischen Kommission für Arbeitsqualität im vorliegenden Bericht nicht angewendet werden.

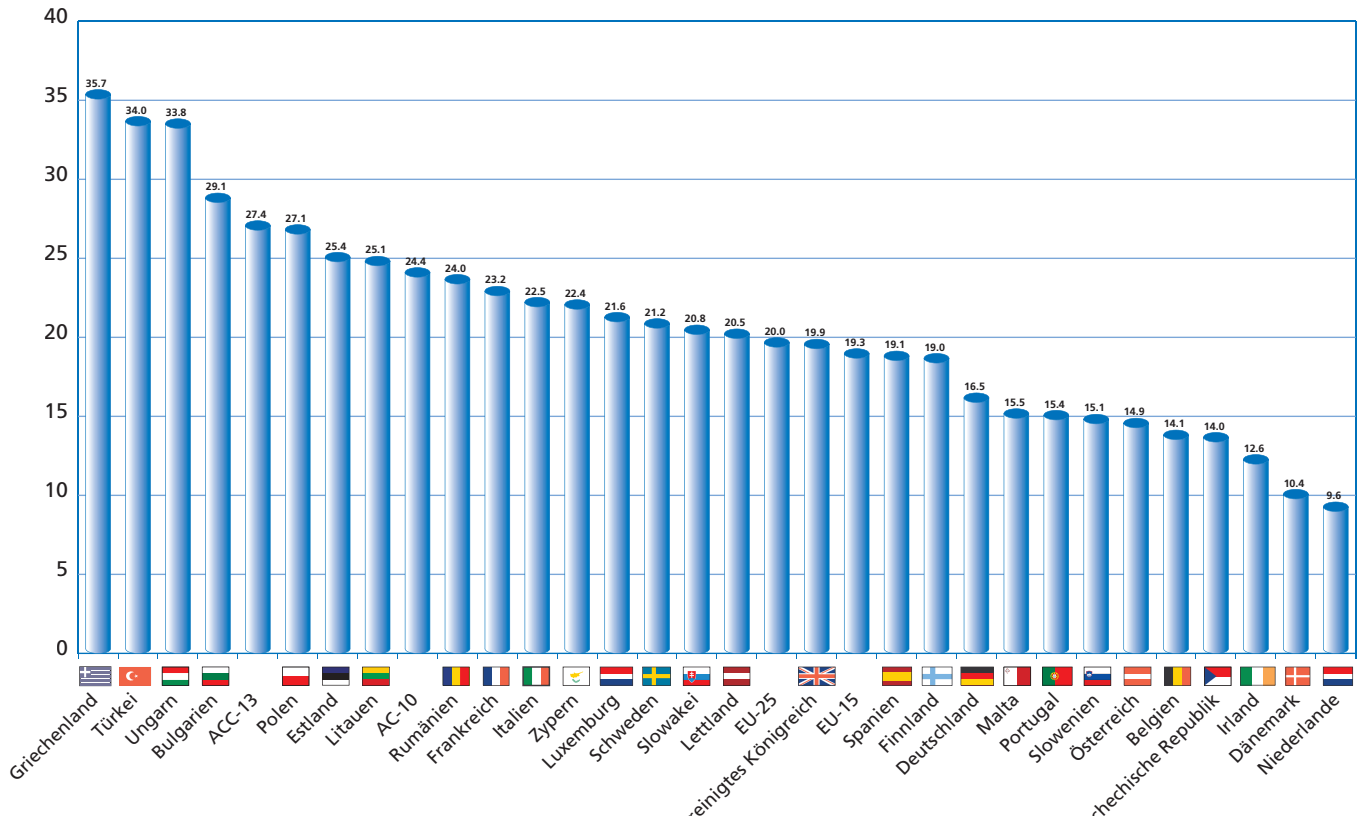
<sup>11</sup> Der Index für die körperlichen Arbeitsbedingungen basierte auf drei Punkten: Arbeit unter gefährlichen oder ungesunden Bedingungen, Arbeit, die zu Muskelschmerzen führt, und durch Arbeit verursachte Kopfschmerzen. Die Bedingungen wurden als ungünstig eingestuft, wenn mindestens ein Punkt mit „immer“ beantwortet wurde, oder wenn die Befragten auf mindestens zwei der drei Punkte mit „immer“ oder „häufig“ antworteten.

<sup>12</sup> Der Index für die psychischen Arbeitsbedingungen basierte auf vier Aussagen: „Finde meine Arbeit anstrengend“, „Werde bei der Arbeit beschimpft“, „Komme erschöpft nach Hause“, „Kann nach der Arbeit schlecht abschalten“. Die Bedingungen wurden als ungünstig eingestuft, wenn mindestens eine Aussage mit „immer“ beantwortet wurde oder wenn mindestens drei der vier Aussagen mit „häufig“ beantwortet wurden.

<sup>13</sup> Dies wurde auf Basis von zwei Aussagen ermittelt: „Ich habe großen Einfluss darauf, welche Aufgaben ich erledige“, „Ich habe großen Einfluss darauf, wie ich meine Aufgaben erledige“. Bei Verneinung beider Aussagen wurde von einem geringen Selbstbestimmungsgrad ausgegangen.

<sup>14</sup> Der Index für die Arbeitsintensität basierte auf vier Punkten: „Arbeite sehr hart“, „Habe nicht genügend Zeit, alle Aufgaben zu erledigen“, „Mache oft Überstunden“, „Arbeite fast immer mit hoher Geschwindigkeit“, „Arbeite fast immer unter Termindruck“. Den Befragten wurden fünf Antwortoptionen vorgegeben (von „Stimme voll und ganz zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“.) Die Befragten, die mindestens einer Aussage voll und ganz zustimmten und den übrigen vier Aussagen wenigstens zustimmten, wurden der Gruppe mit hoher Arbeitsintensität zugeordnet.

Schaubild 5 - Prozentsatz der Erwerbstätigen, bei denen die Arbeit das Familienleben und Freundschaften beeinträchtigt



Quelle: Kovacs, K. and Kapitány, B., Working and living in an enlarged Europe.

Zwar besitzt das gesellschaftliche Leben für Erwerbstätige eine höhere Qualität als für Arbeitslose, doch spielt auch die Qualität der Arbeit eine Rolle. Befragte, die Überstunden machen, mit hoher Intensität arbeiten oder eine körperlich oder psychisch anspruchsvolle Tätigkeit ausüben, bewerten ihr Familienleben und ihre sozialen Beziehungen eher negativ. Diese Faktoren sowie der Grad an Selbstbestimmung bei der Arbeit wirken sich ebenfalls auf die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein aus. Die schädlichen Auswirkungen belastender Arbeitsbedingungen kommen in fünf Bereichen zum Tragen:

- eigene Einschätzung der Beziehung zu Familie und Freunden
- Zufriedenheit mit dem Familienleben
- Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Leben
- Zufriedenheit mit der Gesundheit
- Zufriedenheit mit dem Leben allgemein

Es wurde ein Index erstellt, der die Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen unter vier Gesichtspunkten misst:

- die Arbeit hindert die Betroffenen daran, dem Partner und der Familie die gewünschte Zeit zu widmen

15 Für jede Aussage wurden fünf Antwortoptionen vorgegeben: „immer“, „häufig“, „manchmal“, „selten“ oder „nie“. Im Bericht wurden Personen berücksichtigt, die bei der Frage nach den Schwierigkeiten in den sozialen Beziehungen wegen der Arbeit mindestens einmal „immer“ bzw. mindestens zweimal „häufig“ angaben.

- zu müde nach der Arbeit, um die Freizeit zu Hause zu genießen
- zu müde nach der Arbeit, um mit Freunden auszugehen
- Partner/Familie hat kein Verständnis mehr für die beruflichen Zwänge<sup>15</sup>

Nach diesem Maßstab beeinträchtigt die Arbeit bei 1 von 5 berufstätigen Europäern die sozialen Beziehungen. Dieser Prozentsatz ist in den Beitritts- und Kandidatenländern etwas höher als in der derzeitigen EU. Der Durchschnittswert in AC-10 beträgt 24 % gegenüber 19 % in der EU (in ACC-13 liegt der Durchschnittswert bei 27 %) (siehe Schaubild 5).

#### Arbeitsbedingungen

Bei körperlich und psychisch belastenden Arbeitsbedingungen und hoher Arbeitsintensität steigt das Risiko erheblich, dass Familienleben und Freundschaften beeinträchtigt werden. 61 % der Personen mit psychisch belastenden Berufen, jedoch nur 12 % der Personen ohne psychisch belastende Arbeitsbedingungen berichten über Schwierigkeiten in ihren sozialen Beziehungen zu Familie und Freunden (siehe Tabelle 10). Mehr als die Hälfte der Personen mit körperlich anspruchsvollen Berufen geben an, wegen der Arbeit Schwierigkeiten in ihren sozialen Beziehungen zu

**Tabelle 10 - Auswirkungen ungünstiger Arbeitsbedingungen auf verschiedene Dimensionen der sozialen Beziehungen**

Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen

% mit beeinträchtigten sozialen Beziehungen	Ja	Nein	Differenz (in Prozentpunkten)
Hohe Arbeitsintensität	48,5	15,7	32,8
Überstunden	35,9	13,4	22,5
Psychisch belastende Bedingungen	61,3	11,8	49,5
Körperlich belastende Bedingunge	54,1	15,3	38,8
Geringer Selbstbestimmungsgrad	23,3	20,4	2,9
Längere Arbeitslosigkeit	30,6	20,8	9,8

Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem Familienleben

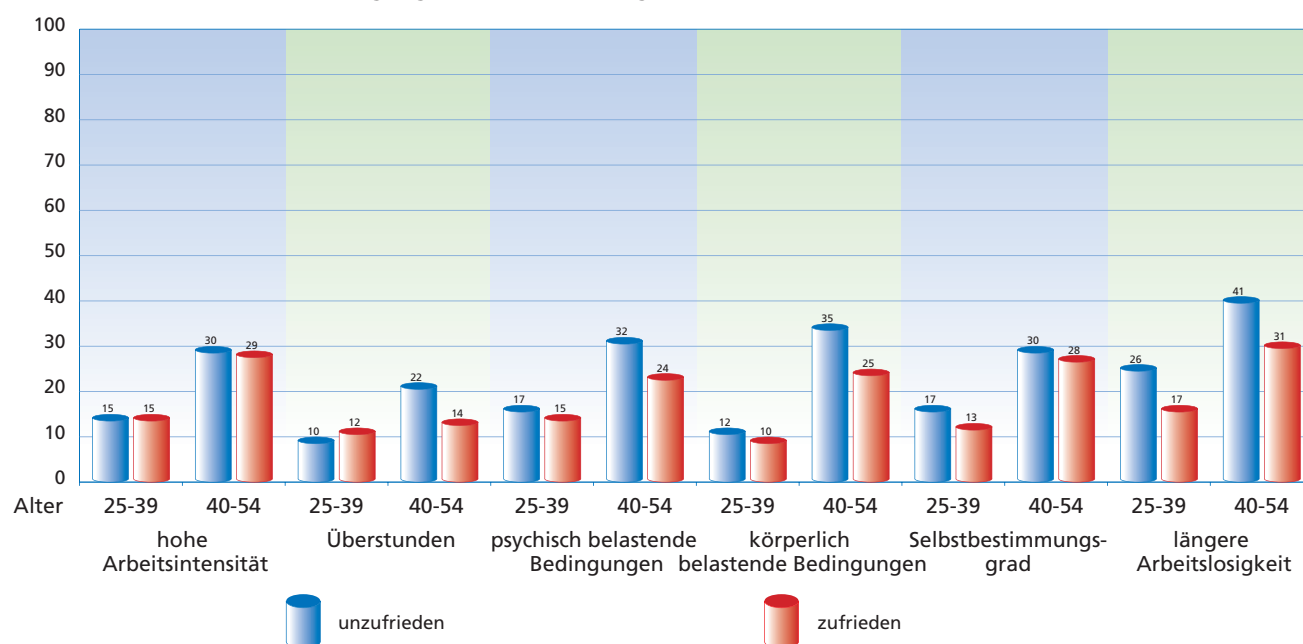
% unzufrieden mit der Beziehung zur Familie	Ja	Nein	Differenz (in Prozentpunkten)
Hohe Arbeitsintensität	13,5	8,9	4,6
Überstunden	11,0	7,5	3,5
Psychisch belastende Bedingungen	14,9	8,5	6,4
Körperlich belastende Bedingunge	13,9	8,9	4,0
Längere Arbeitslosigkeit	17,8	8,8	9,0

Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Leben

% unzufrieden mit dem gesellschaftlichen Leben	Ja	Nein	Differenz (in Prozentpunkten)
Hohe Arbeitsintensität	24,1	15,3	8,8
Überstunden	22,2	13,8	8,4
Psychisch belastende Bedingungen	29,3	13,9	15,4
Körperlich belastende Bedingunge	30,8	14,3	16,5
Geringer Selbstbestimmungsgrad	22,3	15,4	6,9
Längere Arbeitslosigkeit	37,5	18,8	18,7

Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein

% unzufrieden mit dem Leben allgemein	Ja	Nein	Differenz (in Prozentpunkten)
Hohe Arbeitsintensität	20,8	15,3	5,5
Überstunden	21,9	11,8	10,1
Psychisch belastende Bedingungen	29,6	12,9	16,7
Körperlich belastende Bedingunge	31,8	13,3	17,5
Geringer Selbstbestimmungsgrad	27,1	13,4	13,7
Längere Arbeitslosigkeit	47,1	18,7	28,4

**Schaubild 6 - Alter, Arbeitsbedingungen und Anteil mit gesundheitlichen Problemen**

 Quelle: Kovacs, K. and Kapitány, B., *Working and living in an enlarged Europe*.

haben, und fast 50 % der Personen in Berufen mit hoher Arbeitsintensität berichten über das gleiche Problem.

Dabei wirkt sich die reine Arbeitszeit weniger unmittelbar auf die sozialen Beziehungen aus. Die Beziehungen zu Familie und Freunden scheinen weniger davon betroffen zu sein, ob jemand in Vollzeit oder in Teilzeit arbeitet, sondern entscheidend ist vielmehr, ob jemand normale Arbeitszeiten hat oder mehr als 48 Stunden in der Woche arbeitet. Weniger als ein Fünftel der Vollzeitbeschäftigten, jedoch mehr als jeder dritte Erwerbstätige, der Überstunden macht, berichten über beeinträchtigte soziale Beziehungen.

Der Grad an Selbstbestimmung bei der Arbeit steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit unbefriedigenden sozialen Beziehungen. Interessanterweise ist der Index für die sozialen Beziehungen zu Freunden und Familie in der Untersuchung die einzige Dimension, die von belastenden Arbeitsbedingungen negativer beeinflusst wird als von Langzeitarbeitslosigkeit während der letzten fünf Jahre.

### Zufriedenheit mit dem Familienleben und dem gesellschaftlichen Leben

Auch ungünstige Arbeitsbedingungen wirken sich eindeutig auf die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein sowie mit bestimmten Lebensbereichen aus.<sup>16</sup> Den Angaben der Befragten zufolge wirken sich negative Erfahrungen in der Arbeitswelt am wenigsten auf die Zufriedenheit mit dem Familienleben aus (siehe Tabelle 10). Dies bestätigt auch die im Rahmen des Berichts über die soziale Eingliederung und soziale Ausgrenzung (Böhnke, 2004) durchgeführte Untersuchung, in der es um die Rolle der Familie als Puffer gegen soziale Ausgrenzung geht. Zudem steht diese Feststellung im Einklang mit dem soziologischen Konzept der Familie als „Hafen in einer kalten Welt“ (Lasch, 1975; siehe auch Berger/Berger, 1983). Obwohl sich viele Menschen, die über belastende Arbeitsbedingungen klagen, der sozialen Opfer und Einschränkungen der Privatsphäre bewusst sind, zögern sie, ihr Familienleben als unbefriedigend einzustufen.

Die Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Leben außerhalb der Familie ist bei Langzeitarbeitslosen am geringsten. Erwerbstätigkeit wirkt sich jedoch nur dann positiv auf die Zufriedenheit aus, wenn die Arbeitsbedingungen als günstig angesehen werden. Bei Personen, die sehr viele Überstunden machen oder unter sehr anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, ist der Zufriedenheitsgrad durchweg niedriger als bei Personen mit günstigen Arbeitsbedingungen.

### Zufriedenheit mit der Gesundheit

In den verschiedenen Altersgruppen wirken sich körperlich oder psychisch belastende Arbeitsbedingungen auf die Zufriedenheit mit der Gesundheit ebenso negativ aus wie Langzeitarbeitslosigkeit (siehe Schaubild 6). Die multiple Regressionsanalyse bestätigt die nachteiligen Auswirkungen körperlich oder psychisch belastender Arbeitsbedingungen auf die Zufriedenheit mit der Gesundheit. Was Art und Ausmaß der Auswirkungen von belastender Arbeit auf die Zufriedenheit mit der Gesundheit und dem gesellschaftlichen Leben anbetrifft, so finden sich in ACC-13 und EU-15 kaum Unterschiede. Körperlich oder psychisch belastende Arbeitsbedingungen richten den größten Schaden an, wenn sie mit anderen Dimensionen der Benachteiligung wie

geringes Einkommen oder gering qualifizierte Tätigkeit zusammentreffen.

### Regionale Unterschiede

Beim Vergleich von EU-15 mit AC-10 im Rahmen einer multivariaten Analyse sind gewisse Unterschiede bei den Auswirkungen ungünstiger Arbeitsbedingungen auf die Zufriedenheit mit dem Leben festzustellen.

Erstens schlägt sich in der EU Langzeitarbeitslosigkeit in einer größeren Unzufriedenheit mit dem Leben nieder als in AC-10. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die Menschen in AC-10 mit Arbeitslosigkeit besser zurecht kommen oder diese als weniger stigmatisierend empfinden, weil sie sie eher als eine unvermeidbare Begleiterscheinung der Übergangswirtschaft betrachten.

Zweitens wirkt sich in der EU die Selbstbestimmung bei der Arbeit erheblich auf die Zufriedenheit mit dem Leben aus, während ihr in AC-10 eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen wird. Dies legt den Schluss nahe, dass für die Bürger in AC-10 das aus der Beschäftigung erzielte Einkommen wichtiger ist als für die Bürger in der EU. Möglicherweise messen die EU-Bürger postmaterialistischen Werten wie der Arbeitsqualität eine größere Bedeutung bei, und zudem werden sie von besser entwickelten sozialen Sicherungssystemen aufgefangen.

Drittens ist in der derzeitigen EU die Arbeitsintensität höher, und sie wirkt sich in der EU direkter auf die Zufriedenheit mit dem Leben aus als in den Beitritts- oder Kandidatenländern.

## Auswirkungen auf Tarifverhandlungen

Hinter der stärkeren Gewichtung der Qualität der Arbeitsbedingungen in der derzeitigen EU steht eine Einstellung der Bürger, die stärker von „postmaterialistischen“ Werten geprägt ist. Dies könnte Auswirkungen auf künftigen Tarifverhandlungen haben, die für das „alte“ und das „neue“ Europa möglicherweise einer unterschiedlichen Logik folgen werden. Bei den Bürgern der Beitritts- und Kandidatenländer besteht im Verhältnis gesehen eine größere Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen. Daher sind sie vermutlich eher bereit, ungünstige Arbeitsbedingungen als Gegenleistung für ein höheres Einkommen zu akzeptieren. In der EU hingegen sind qualitative Aspekte des Arbeitsumfelds für die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Leben wichtiger geworden. Infolgedessen sind sie weitaus weniger zu Kompromissen bereit und würden sich eher für stagnierende Einkommen zugunsten besserer Arbeitsbedingungen entscheiden.

Dieses Szenario hätte zwei Konsequenzen:

- Kapitalanleger, die von einem Teil Europas in den anderen Teil abwandern, müssten sich der Kulturunterschiede und der unterschiedlichen Prioritäten bewusst sein.
- Bei den Arbeitsbedingungen innerhalb und außerhalb der derzeitigen EU könnten die Qualitätsunterschiede größer werden.

Da sich diese Untersuchungen auf nur zwei Fragen hinsichtlich der subjektiven Wahrnehmung der Arbeitsqualität und der sozialen Beziehungen

<sup>16</sup> Alle Zufriedenheitsmessungen basieren auf einer 4-Punkte-Skala von „sehr zufrieden“ bis „überhaupt nicht zufrieden“.

beschränken, sind sie lediglich als ein erster Versuch anzusehen, die Aufmerksamkeit auf die Erforschung der Zusammenhänge zwischen den Arbeitsbedingungen und der Qualität der sozialen Beziehungen zu lenken.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die positiven und negativen Auswirkungen von Arbeit auf das Einkommen und die Selbstachtung auch auf den Bereich der sozialen

Beziehungen übertragen lassen. Somit erzielen Maßnahmen zur Sicherstellung der sozialen Eingliederung überall dort die größte Wirkung, wo hohe Beschäftigungsquoten und Arbeitsplätze von hoher Qualität zusammentreffen, bei denen sich die körperlichen und geistigen Anforderungen in einem vernünftigen Rahmen bewegen.



# Messung der Lebenszufriedenheit

Die wirtschaftliche Entwicklung schreitet in ACC-13 insgesamt langsamer voran als in der EU, wie Wirtschaftsindikatoren wie das BIP pro Kopf belegen. Doch inwieweit schlägt sich dieser geringere Wohlstand in der subjektiven Einschätzung des Wohlbefindens nieder?

In diesem Zusammenhang sind drei Aspekte zu berücksichtigen.

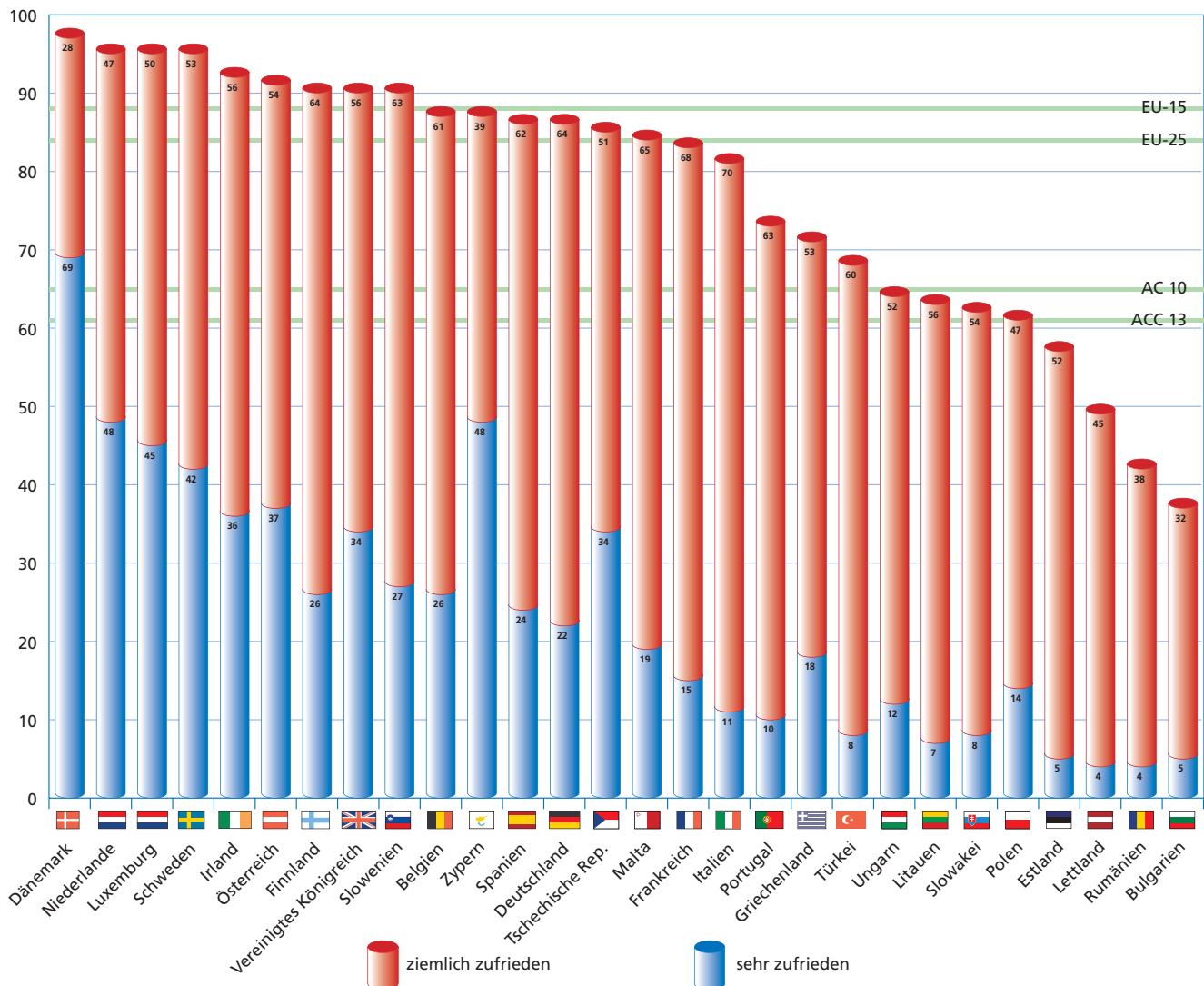
1. Da Wirtschaftsgüter mit Geld bezahlt werden, wäre zu erwarten, dass der Zufriedenheitsgrad den Grad an Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen widerspiegelt.
2. Lebensqualität umfasst mehrere Dimensionen des Wohlbefindens, wie z. B. gute Gesundheit, soziale Kontakte zu Familie, Freunden und Mitbürgern sowie die Möglichkeit zur freien Entfaltung. Daher wäre ein Zufriedenheitsgrad unabhängig von den materiellen Lebensbedingungen zu erwarten, auch wenn dieser

letztlich in objektiven sozialen Bedingungen verwurzelt ist.

3. Les aspirations des individus évoluent au même rythme que leurs conditions de vie objectives, voire plus rapidement encore - ce qui pourrait impliquer l'absence d'une d'interdépendance systématique entre le bien-être subjectif et le bien-être objectif. L'amélioration des conditions de vie engendrerait, dans cette hypothèse, des références d'évaluation plus ambitieuses. En d'autres termes, les niveaux de satisfaction resteraient stationnaires, ou diminueraient même, en dépit de l'amélioration des conditions objectives.

Die Erwartungen der Menschen entwickeln sich mit der gleichen Geschwindigkeit wie oder noch schneller als die objektiven Lebensbedingungen. Daher könnte es auch sein, dass subjektives und objektives Wohlbefinden gar nicht miteinander im Zusammenhang stehen. In diesem Fall würden bessere Lebensbedingungen mit höheren Maßstäben

Schaubild 7 - Zufriedenheit mit dem Leben, nach Land



Quelle: Delhey, J., *Life satisfaction in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Die Durchschnittswerte für die Bevölkerung (vertikale Linien) beziehen sich auf den Anteil der Bürger, die mit ihrem Leben zufrieden (ziemlich zufrieden bis sehr zufrieden) sind. Frage: Sagen Sie mir bitte jeweils für die folgenden Bereiche, ob Sie damit sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden sind. Ihr Leben im Allgemeinen..

für die Beurteilung einhergehen. Dies würde bedeuten, dass sich der Zufriedenheitsgrad nicht verändert - oder vielleicht sogar abnimmt - auch wenn sich die objektiven Bedingungen verbessern.

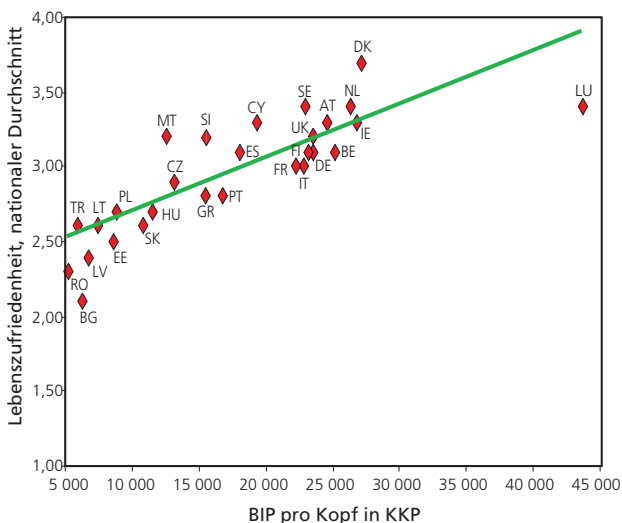
In diesem Teil des Berichts geht es um die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein und mit verschiedenen Lebensbereichen in ACC-13 im Vergleich zum Zufriedenheitsgrad in der EU. Anschließend werden die wichtigsten Faktoren für das subjektive Wohlbefinden untersucht, indem der Versuch unternommen wird, die drei folgenden Fragen zu beantworten:

- Haben alle Europäer ähnliche oder unterschiedliche Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht?
- Welche Bedingungen sind für sie die wichtigsten Voraussetzungen für ein zufriedenstellendes Leben?
- Welche Faktoren sind im Rahmen einer statistischen Analyse ausschlaggebend für die länder- oder gruppenspezifischen Unterschiede im Zufriedenheitsgrad?

### Zufriedenheit nach Land

In den Erhebungen wurden die Menschen gefragt, ob sie „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“, „nicht sehr zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ mit ihrem Leben allgemein sind. Diese Frage zur Zufriedenheit mit dem Leben wird in Untersuchungen zum subjektiven Wohlbefinden häufig gestellt und gewöhnlich dahingehend interpretiert, dass sie eine umfassende Bewertung der Lebensbedingungen der Befragten ermöglicht. Umstritten ist jedoch, ob diese Bewertung wirklich Aufschluss über die realen Lebensbedingungen gibt oder nicht vielmehr die Erwartungen und normativen Maßstäbe der Befragten widerspiegelt (siehe Hagerty und Veenhoven, 2003; Easterlin, 2001; Diener und Oishi, 2000; Diener, Suh, Lucas und Smith, 1999). Bezogen auf die Zufriedenheit mit dem Leben

Schaubild 8 - Zusammenhang zwischen Höhe des Nationaleinkommens und durchschnittlicher Lebenszufriedenheit



Quelle: Delhey, J., *Life satisfaction in an enlarged Europe*.  
 Erläuterung: Skala der Lebenszufriedenheit: 1 = überhaupt nicht zufrieden; 4 = sehr zufrieden

liefern die Erhebungsdaten keine Informationen über die Erwartungen oder vergleichenden Maßstäbe des Einzelnen. Wie die Menschen ihre Lebensumstände beurteilen, ist somit nicht klar. Tun sie es in Bezug auf den Lebensstandard ihrer Nachbarn, ihre eigenen Erfahrungen oder in Bezug auf universelle Standards für das Wohlbefinden, die allen Bürgern gemeinsam sind?

Gewisse indirekte Schlussfolgerungen sind jedoch möglich. Geht man davon aus, dass die Erwartungen im gleichen Maße wie der Lebensstandard steigen, dürfte es zwischen den reicheren und ärmeren Ländern keine Unterschiede im subjektiven Zufriedenheitsgrad geben. Ein Vergleich zwischen ACC-13 und EU-15 zeigt jedoch, dass dies nicht der Fall ist.

Die Unterschiede in Bezug auf das subjektive Wohlbefinden sind genauso ausgeprägt wie die Unterschiede in Bezug auf die objektiven Lebensstandards. Im Durchschnitt bezeichnen sich nur etwa 60 % der Bürger in ACC-13 im Vergleich zu rund 90 % in der EU zumindest als ziemlich zufrieden mit ihrem Leben (siehe Schaubild 7). In neun der 13 Beitritts- und Kandidatenländer liegt die Zufriedenheitsrate noch unter der von Portugal und Griechenland, die in der EU die Schlusslichter bilden. Dennoch ist die durchschnittliche Zufriedenheitsrate in der Europäischen Union nach der Erweiterung um nur drei Prozentpunkte niedriger (85 % statt 88 %). Dies liegt jedoch an den niedrigeren Bevölkerungszahlen in AC-10, die über die Größenordnung der Zufriedenheitsunterschiede hinwegtäuschen. Im Großen und Ganzen ist der Zufriedenheitsgrad in den meisten ACC-13 deutlich niedriger als in der EU.

### Höhere Diversität in den Beitritts- und Kandidatenländern

Aus gesamteuropäischer Sicht spiegeln die länderspezifischen Unterschiede in der durchschnittlichen Zufriedenheit mit dem Leben im Grunde genommen die Unterschiede im nationalen Wohlstand wider. In reicheren Ländern ist der Zufriedenheitsgrad gewöhnlich höher, kein wohlhabendes Land verzeichnet extrem niedrige Zufriedenheitsquoten. Ebenso gibt es in keinem armen Land eine sehr zufriedene Bevölkerung. Dies deutet darauf hin, dass die angegebenen Zufriedenheitsquoten de facto die objektiven Lebensbedingungen widerspiegeln - und nicht die Erwartungen, die sich vermeintlich mit dem Lebensstandard verändern. Insofern sagen diese Zufriedenheitsquoten durchaus etwas über die „Lebbarkeit“ in den verschiedenen Ländern (Veenhoven, 1997) aus.

Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass die Erwartungen keine Rolle spielen. Die Erwartungen können auch dann steigen, wenn die Einkommen auf sehr niedrigem Niveau stagnieren. Die Kluft zwischen sichtbar dargestellten neuen Potenzialen (wie z. B. Werbung und neue Produkte) und den begrenzten Möglichkeiten (für die weniger wohlhabenden ACC-Bürger) ist vermutlich ein Hauptgrund für die geringere Zufriedenheit in den Beitritts- und Kandidatenländern. Zudem kann sich die angegebene Zufriedenheitsquote in Ländern mit vergleichbarem Wohlstand - wie Bulgarien und die Türkei oder Frankreich und die Niederlande - ganz erheblich voneinander unterscheiden (siehe Schaubild 8). Dies lässt den Schluss zu, dass die materiellen Bedingungen in ihrer Wirkung möglicherweise auch von anderen Faktoren wie Gesundheit oder Bildung, Qualität der sozialen Beziehungen oder dem Grad an politischer Freiheit beeinflusst werden.



Im Vergleich zu den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten sind die Befragten in ACC-13 im Durchschnitt nicht nur weniger zufrieden, sondern die interne Streuung bei der Zufriedenheit ist auch wesentlich größer. Allgemein ist in Ländern, in denen die Bürger im Durchschnitt weniger zufrieden sind, eine größere interne Streuung festzustellen. Eine im Durchschnitt zunehmende Zufriedenheit und eine gleichmäßigere Zufriedenheitsverteilung gehen gewöhnlich Hand in Hand. Dieses Ergebnis bestätigt die Erkenntnisse von Wirtschaftshistorikern, dass ungleiche Einkommensverteilungen mit steigenden Einkommen eher abnehmen (zumindest nach einer ersten Phase mit zunehmenden Disparitäten - Kuznets, 1963; Kraus, 1991).

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Einkommensunterschieden und der Zufriedenheitsverteilung in den europäischen Ländern zeigt sich, dass Länder mit einem höheren Gini-Index für die ungleiche Einkommensverteilung auch eine größere Zufriedenheitsbandbreite aufweisen. Das Einkommensniveau - gemessen als BIP pro Kopf - wirkt sich ebenfalls erheblich (negativ) auf die Zufriedenheitsbandbreite aus. Eine multivariate Analyse ergibt, dass diese Wirkung sogar noch stärker ist als die Wirkung der Einkommensverteilung. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zur Auffassung, dass sich eine relative Deprivation immer negativ auf die Zufriedenheit mit dem Leben auswirkt, und legt nahe, dass ein Leben in relativer Armut in einer Wohlstandsgesellschaft das subjektive Wohlbefinden weniger beeinträchtigt als ein Leben am unteren Ende der Einkommensverteilung in armen Ländern. Ein möglicher Grund dafür ist, dass die relativ armen Bürger in reicheren Gesellschaften immer noch eine ausreichende Kontrolle über die Ressourcen besitzen, die sie vor einer tief greifenden Unzufriedenheit bewahrt.

Aus den Untersuchungen der gruppenspezifischen Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit lassen sich zwei wichtige Erkenntnisse ableiten.

1. Die sozialen Unterschiede in Bezug auf die Lebenszufriedenheit sind in den Beitritts- und Kandidatenländern stärker ausgeprägt als in den EU-Mitgliedstaaten.
2. In ganz Europa wirken sich vertikale Formen der Ungleichheit wie Einkommen, Bildung und Beschäftigung auf Unterschiede in der Lebenszufriedenheit stärker aus als horizontale Formen der Ungleichheit wie Geschlecht, Region oder Alter.

#### Horizontale Ungleichheiten

In ganz Europa sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Bezug auf die Zufriedenheit recht gering. In ACC-13 ist das Stadt-Land-Gefälle stärker ausgeprägt als in der EU. Bewohner von Großstädten sind in der Regel zufriedener als Dorf- oder Landbewohner. Dies deutet darauf hin, dass sich die potenziell höheren Erwartungen in den Städten nicht in gleichem Maße auf den Zufriedenheitsgrad auswirken wie die ungünstigeren Lebensbedingungen auf dem Land. Sobald jedoch Einkommen, Bildung, Alter und andere Faktoren in eine multivariate Analyse einbezogen

werden, werden die höheren Erwartungshaltungen in den Städten deutlich, da unter diesen Gesichtspunkten die Zufriedenheit von Stadtbewohnern dann geringer ist als bei Landbewohnern. Das Alter spielt für die Zufriedenheit ebenfalls eine wichtige Rolle, vor allem in den Beitritts- und Kandidatenländern. Ältere Menschen sind gewöhnlich weniger zufrieden als junge Menschen, doch besonders groß ist der Generationenunterschied in den ehemals kommunistischen Ländern. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die Jüngeren vom Wandel profitieren, während sich die Älteren nicht so gut anpassen können.

#### Vertikale Ungleichheiten

Der Berufsstand ist die einzige Dimension der Ungleichheit, die in der EU zu größeren Zufriedenheitsunterschieden als in den Beitritts- und Kandidatenländern führt. Darin spiegelt sich die dauerhafte Wirkung der Ideologie einer klassenlosen Gesellschaft wider, die die Denkweise der Menschen in Osteuropa geprägt hat und zu einer größeren Selbstachtung der Arbeiter und einer höheren Bereitschaft von Akademikern und des Mittelstands geführt hat, sich selbst der „arbeitenden Klasse“ zuzurechnen (Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, siehe Statistisches Bundesamt, 1999).

In den Beitritts- und Kandidatenländern spielen Einkommensunterschiede für die Zufriedenheit eine wesentlich größere Rolle als in der EU. Auch dies spricht dafür, dass die Einkommensunterschiede in ärmeren Ländern erheblich größer sind und eine Arbeitsstelle im unteren Einkommensquartil in der Regel mit einem von wirtschaftlichen Härten geprägten Leben verbunden ist.

Arbeitslosigkeit ist eine Hauptursache für Unzufriedenheit in Europa. In ACC-13 ebenso wie in EU-15 sind Arbeitslose (einschließlich Personen, die vorübergehend nicht erwerbstätig sind) durchgängig unzufriedener als die Erwerbsbevölkerung. In der EU gilt Arbeitslosigkeit als die Form der Benachteiligung, die das stärkste Zufriedenheitsgefälle zur Folge hat. Im Rahmen einer multivariaten Analyse wurde nachgewiesen, dass Arbeitslose auch dann unzufriedener sind als Erwerbstätige, wenn Einkommen und andere Variablen einbezogen werden. Daraus lässt sich schließen, dass für Arbeitslose nicht nur das fehlende Einkommen wichtig ist, sondern das Fehlen einer Arbeit überhaupt, denn Arbeit bringt nicht nur Selbstachtung, sondern ist außerdem entscheidend für das Gefühl von sozialer Integration.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Trend zur Diversität innerhalb der EU mit der Erweiterung fortsetzen wird. Bereits heute heben sich die skandinavischen Länder mit ihren geringen Zufriedenheitsunterschieden in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen von den übrigen Ländern ab. Die größte Zufriedenheitsbandbreite findet sich im Süden Europas, vor allem in Portugal. An die Stelle des bisherigen Nord-Süd-Gefälles tritt nun ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle, da mehrere neue Mitgliedstaaten von einem höheren Grad an innerer Ungleichheit geprägt sind als die südlichen Mitgliedstaaten der EU.

Tabelle 11 -Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen, nach Land (% zufrieden)

	Zuhause	Familien- leben	Nachbar- schaft	Gesundheit	Gesell- schaftliches Leben	Persönliche Sicher- heit	Arbeit	Einkommen	Gesund- heits- system	Durchschnitt
Dänemark	96	95	94	91	96	96	88	86	76	91
Österreich	96	92	93	89	91	95	85	79	85	89
Luxemburg	93	94	91	89	92	85	88	85	77	88
Niederlande	94	94	94	89	93	84	88	84	74	88
Finnland	96	92	89	84	90	94	79	68	75	85
Schweden	96	93	95	86	92	92	80	73	60	85
Zypern	86	94	95	88	87	90	81	71	62	84
Belgien	91	89	88	83	89	81	81	69	79	83
Malta	96	92	89	90	87	69	77	71	73	83
Frankreich	92	90	87	86	87	84	72	63	79	82
Irland	94	96	91	91	90	88	76	65	50	82
Slowenien	94	93	90	80	89	91	71	62	58	81
Vereinigtes Königreich	92	93	86	86	85	87	72	69	57	81
Deutschland	94	88	89	79	86	83	74	72	51	80
Spanien	94	93	89	77	90	85	70	57	49	78
Italien	89	90	83	81	82	70	68	62	27	72
Portugal	83	87	86	69	86	79	70	54	25	71
Tschechische Republik	85	86	86	71	77	69	60	40	60	70
Griechenland	89	92	85	85	79	64	59	57	19	70
Polen	79	85	84	65	80	68	46	33	32	64
Turkey	83	89	83	79	65	73	46	39	17	64
Ungarn	87	84	84	60	68	70	53	28	31	63
Estland	82	79	82	63	66	69	52	30	32	62
Slovakia	85	84	82	66	71	66	54	31	17	62
Litauen	82	78	86	67	65	31	56	35	28	59
Rumänien	80	81	86	59	60	54	40	25	23	56
Latvia	75	72	82	63	48	58	46	27	22	55
Bulgarien	74	79	80	60	40	44	35	13	23	50
EU-15	92	91	88	83	87	82	73	67	54	80
ACC-10	83	84	84	66	76	67	51	34	35	64
ACC-13	82	85	84	69	68	66	47	33	27	62
EU-25	91	90	87	80	86	80	70	62	51	77

Quelle: Delhey, J., *Life satisfaction in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Maßgeblich für die Rangfolge der Länder ist die durchschnittliche Zufriedenheit in den einzelnen Bereichen..

### Faktoren für die Zufriedenheit

Die Personen wurden gefragt, wie zufrieden sie mit neun allgemeinen Lebensbereichen sind:

- wirtschaftlichen Aspekten wie ihrer finanziellen Situation
- ihrer Beschäftigungssituation
- Beziehungsaspekten wie dem Familienleben
- ihrem gesellschaftlichen Leben
- ihrer Nachbarschaft
- ihrem Zuhause und ihrer persönlichen Sicherheit
- ihrer Gesundheit
- dem Gesundheitssystem ihres Landes.

Hier fallen vor allem drei Ergebnisse auf, die nachfolgend erörtert werden.

17 Das Gesundheitssystem ist der einzige Bereich, in dem die Befragten in einigen EU-Ländern überwiegend unzufrieden sind (Italien, Portugal und Griechenland)..

### Geringere Zufriedenheit in den Beitritts- und Kandidatenländern

Erstens: In den Beitritts- und Kandidatenländern ist die Zufriedenheit in allen Lebensbereichen geringer (siehe Tabelle 11). Die Zufriedenheitsunterschiede zwischen ACC-13 und EU-15 sind besonders groß in Bezug auf die finanzielle Situation, die Beschäftigungssituation, das Gesundheitssystem und die persönliche Sicherheit. Die meisten Befragten in den Beitritts- und Kandidatenländern sind in diesen Bereichen insgesamt unzufrieden, während in der EU in diesen Lebensbereichen im Großen und Ganzen Zufriedenheit herrscht.<sup>17</sup>

### Ähnlichkeiten in den Zufriedenheitsbereichen

Zweitens: Ordnet man die Bereiche nach dem durchschnittlichen Zufriedenheitsgrad, so finden sich in ganz Europa auffallende Ähnlichkeiten in der Rangfolge. In den ACC-Ländern und den EU-Mitgliedstaaten sind die Befragten generell am zufriedensten mit ihrem Familienleben, ihrem Zuhause oder ihrer Nachbarschaft.

Mit anderen Worten: Die Menschen neigen dazu, sich auf ihre eigene private Welt zu konzentrieren, in der sie über einen gewissen Grad an Selbstbestimmung und Kontrolle verfügen. Die Befragten sind am wenigsten zufrieden mit ihrer Beschäftigungssituation, ihrer finanziellen Situation oder mit dem Gesundheitssystem ihres Landes, also mit Bereichen, die sich ihrer unmittelbaren Kontrolle entziehen und entweder von den Kräften des Marktes oder vom Staat gesteuert werden (Headey/Wearing, 1992). In der Gruppe der Beitritts- und Kandidatenländer weichen die Zufriedenheitsquoten von Land zu Land und von Bereich zu Bereich erheblich voneinander ab, doch die Rangfolge ist in allen Ländern recht ähnlich. Ein Großteil der Befragten in ACC-13 ist zufrieden mit dem Zuhause, dem Familienleben, der Nachbarschaft und der eigenen Gesundheit. In fünf Ländern sind die meisten Befragten unzufrieden mit ihrer Beschäftigungssituation, in neun Ländern unzufrieden mit dem Gesundheitssystem, und in zehn Ländern unzufrieden mit ihrer Einkommenssituation. Innerhalb der EU-Länder ist die Rangfolge sehr ähnlich, wenngleich die Zufriedenheitsrate durchweg höher ausfällt.

#### Höhere Diversität in den Beitritts- und Kandidatenländern

Drittens ist die Diversität in ACC-13 wesentlich größer als in den EU-Ländern. Die Länderunterschiede in der ACC-Region sind tendenziell am größten in Bereichen, in denen die Menschen am unzufriedensten sind (Gesundheitssystem, Einkommen, Beschäftigung). Die geringsten Länderunterschiede in der Zufriedenheit finden sich in den Bereichen Nachbarschaft, Zuhause und Familie, über die sich die große Mehrheit der Menschen in allen Ländern zufrieden äußert. Die Rangordnung der Länder ist in diesen Bereichen relativ einheitlich. In Zypern, Malta und Slowenien ist die Bevölkerung am zufriedensten, während die Bulgaren, Letten, Litauer und Rumänen in der Regel am unzufriedensten sind. In der Gruppe der EU-Länder ist in den meisten Bereichen ein Nord-Süd-Gefälle in der subjektiven Beurteilung des Wohlbefindens festzustellen. Das Gesundheitssystem ist der einzige Bereich, in dem die Streuung in den Mitgliedstaaten größer ist als in den Beitritts- und Kandidatenländern.

Dies verdeutlicht nochmals zwei wichtige Erkenntnisse:

- Die neuen Mitgliedstaaten sind kein monolithischer Block, sondern durch einen hohen Grad an Diversität gekennzeichnet.
- Die Erweiterung wird in den einzelnen Ländern zunehmende Disparitäten in der subjektiven Beurteilung des Wohlbefindens zur Folge haben, die weit über das übliche Diversitätsmuster innerhalb der EU hinausgehen.

#### Unterschiedliche Vorstellungen von den Voraussetzungen für ein gutes Leben

Die entsprechende Frage hierzu lautete: „Nicht jeder hat die gleichen Vorstellungen von den Voraussetzungen für ein gutes Leben. Bitte geben Sie an, ob Ihrer Meinung nach jeder der folgenden Punkte unbedingt notwendig für ein gutes Leben ist.“

Die Liste umfasste 14 Punkte, und die Teilnehmer der Erhebung wurden gefragt, ob sie diese für „unbedingt notwendig“ für ein gutes Leben oder als „nicht unbedingt notwendig“ ansehen. In Anlehnung an das Konzept von Allardt (1993) lassen sich diese 14 Punkte den Dimensionen materieller Wohlstand („Haben“), soziale Bindungen („Lieben“) und Möglichkeiten für Eigenentwicklung und soziale Anerkennung („Sein“) zuordnen.<sup>18</sup> Bei der Auswertung der Antworten auf diese Frage zeigt sich, dass sich die Vorstellungen der Europäer von den Voraussetzungen für ein gutes Leben auffallend ähneln.

Zunächst fällt auf, dass die Menschen gewöhnlich mehrdimensionale Vorstellungen von den Voraussetzungen für ein gutes Leben haben, da sie die Dimensionen Haben, Lieben und Sein für gleichermaßen unverzichtbar halten. In der ACC-Region werden im Durchschnitt 10 der 14 Voraussetzungen von mindestens 75 Prozent der Bevölkerung für unbedingt notwendig gehalten. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den Mitgliedstaaten (siehe Tabelle 12).

Zweitens herrscht in Europa weitgehend Einigkeit über die relative Gewichtung der verschiedenen Faktoren für ein gutes Leben. Die Befragten in ACC-13 halten „eine gute Arbeit“, „eine gute partnerschaftliche Beziehung“ und „ausreichende Wohnverhältnisse“ für am wichtigsten. In den EU-Mitgliedstaaten sind für die Befragten „eine gute Arbeit“ und „ausreichende Wohnverhältnisse“ im Durchschnitt für ein gutes Leben am wichtigsten, gefolgt von „genügend Freizeit und die Mittel haben, um sie zu genießen“. Die Länderunterschiede bei der Nennung der wichtigsten Voraussetzungen sind relativ gering. Der Hauptunterschied zwischen ACC-13 und der EU liegt in der Einstellung zu Kindern und zur Familie. „Kinder haben“ wird in den Beitritts- und Kandidatenländern durchgehend als viel wichtiger eingestuft als in der EU (Rang 5 gegenüber Rang 12). „Eine gute partnerschaftliche Beziehung“ ist in ACC die zweitwichtigste Voraussetzung für ein gutes Leben, während dieser Punkt in den EU-Ländern erst an siebter Stelle genannt wird. Zudem legen die Befragten in ACC-13 mehr Wert auf „eine gute Arbeit“ und „eine erfolgreiche Karriere“. Insgesamt erscheint die Einstellung der Menschen in ACC-13 insofern konservativer, als sie mehr Wert auf Familie und Arbeit legen und weniger von ihren individuellen Interessen geprägt sind als die Menschen in der EU (siehe Tabelle 13).

18 Folgende sechs Punkte wurden der Dimension „Haben“ zugeordnet: „Eine gute Arbeit“, „Angemessene Wohnverhältnisse“, „Eine gute Bildung“, „Genügend Freizeit und die Mittel haben, um sie zu genießen“, „Mit Freunden und der Familie ausgehen können“, „Mindestens einmal im Jahr Urlaub machen“. Folgende vier Punkte wurden der Dimension „Lieben“ zugeordnet: „Eine gute partnerschaftliche Beziehung“, „Regelmäßig Freunde treffen“, „Gute Beziehungen zu den Nachbarn“, „Kinder haben“. Folgende Punkte wurden der Dimension „Sein“ zugeordnet: „Für andere da sein“, „Sich von der Gesellschaft anerkannt fühlen“, „Eine erfolgreiche Karriere“, „Sich in Vereinen, Gewerkschaften oder politischen Parteien engagieren“. Leider wurden Einkommen und Gesundheit - zwei wichtige Faktoren für die Zufriedenheit - nicht aufgeführt.

Tabelle 12 - Voraussetzungen für ein gutes Leben, nach Ländergruppe (% der Bevölkerung, die den jeweiligen Punkt für unbedingt notwendig halten)

	AC-10	ACC-13	EU-15	EU-25
<b>1. Haben</b>				
Eine gute Arbeit	95	97	90	91
Ausreichende Wohnverhältnisse	84	88	90	89
Eine gute Bildung	79	85	85	84
Genügend Freizeit	74	79	84	83
Mit Freunden oder der Familie ausgehen	65	77	82	79
Mindestens einmal im Jahr Urlaub machen	74	81	68	69
<b>2. Lieben</b>				
Eine gute partnerschaftliche Beziehung	84	90	79	80
Regelmäßig Freunde treffen	57	68	75	72
Gute Beziehungen zu den Nachbarn	69	79	69	69
Kinder haben	73	80	57	60
<b>3. Sein</b>				
Für andere da sein	75	82	81	80
Sich von der Gesellschaft anerkannt fühlen	60	68	68	67
Eine erfolgreiche Karriere	51	67	55	54
Sich in Vereinen usw. engagieren.	14	25	24	23

Quelle: Delhey, J., *Life satisfaction in an enlarged Europe*.

Tabelle 13 - Wichtigste Voraussetzungen für ein gutes Leben, nach Land

Land	Am wichtigsten	Am zweitwichtigsten	Am dritt wichtigsten
Bulgarien	Arbeitsplatz	Partnerschaft	Kinder
Tschechische Republik	Arbeitsplatz	Partnerschaft	Urlaub
Latvia	Arbeitsplatz	Partnerschaft	Bildung
Rumänien	Arbeitsplatz	Partnerschaft	Wohnung
Slowenien	Arbeitsplatz	Partnerschaft	Wohnung
Estland	Arbeitsplatz	Urlaub	Bildung
Ungarn	Arbeitsplatz	Wohnung	Partnerschaft
Polen	Arbeitsplatz	Wohnung	Bildung
Litauen	Arbeitsplatz	Bildung	Partnerschaft
Malta	Arbeitsplatz	Bildung	Partnerschaft
Turkey	Arbeitsplatz	Bildung	Partnerschaft
Slovakia	Wohnung	Arbeitsplatz	Partnerschaft
Zypern	Für andere da sein	Partnerschaft	Arbeitsplatz
Spanien	Arbeitsplatz	Bildung	Für andere da sein
Deutschland	Arbeitsplatz	Wohnung	Freizeit
Italien	Arbeitsplatz	Wohnung	Bildung
Luxemburg	Arbeitsplatz	Wohnung	Bildung
Österreich	Arbeitsplatz	Wohnung	Bildung
Belgien	Wohnung	Arbeitsplatz	Partnerschaft
Frankreich	Wohnung	Bildung	Ausgehen können
Irland	Wohnung	Ausgehen können	Freizeit
Vereinigtes Königreich	Wohnung	Freizeit	Ausgehen können
Niederlande	Freizeit	Freunde treffen	Für andere da sein
Schweden	Freizeit	Urlaub	Ausgehen können
Finnland	Urlaub	Wohnung	Für andere da sein
Portugal	Ausgehen können	Arbeitsplatz	Für andere da sein
Dänemark	Für andere da sein	Freunde treffen	Freizeit
Griechenland	Für andere da sein	Partnerschaft	Arbeitsplatz

Quelle: Eurobarometer-Bericht CC, EB 56.1..

Frage: Nicht jeder hat die gleichen Vorstellungen von den notwendigen Voraussetzungen für ein gutes Leben. Welche der folgenden Faktoren halten Sie für unbedingt notwendig für ein gutes Leben?»

Die über 65-Jährigen legen durchgehend mehr Wert auf eigene Kinder und gute nachbarschaftliche Beziehungen als die unter 25-Jährigen, die Verabredungen mit Freunden und Urlaub für wichtiger halten. In der EU wird wesentlich weniger Wert auf „eine gute partnerschaftliche Beziehung“ gelegt. Darin spiegelt sich der Trend unter jungen Menschen zu einer Einstellung wider, die von mehr Individualität und Hedonismus geprägt ist. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit der Studie von Inglehart (2000), in der ein Trend zu postmaterialistischen Werten diagnostiziert wurde. Allgemein ist in den Beitritts- und Kandidatenländern die Kluft zwischen den Generationen wesentlich größer. Die jüngere Generation in beiden Ländergruppen hat zunehmend ähnliche Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht.

### Wesentliche Faktoren für die Lebensqualität

Die Befragten wurden aufgefordert, aus einer Liste mit 16 Punkten - Gesundheit und Einkommen wurden den ursprünglich 14 Punkten hinzugefügt - die drei wichtigsten Faktoren für ihre derzeitige Lebensqualität zu nennen. Dabei kamen alle Europäer zu auffallend ähnlichen Schlussfolgerungen.

In den Augen der Befragten ist eine gute Gesundheit der wichtigste Faktor für die Lebensqualität. Im Durchschnitt belegt „bei guter Gesundheit zu sein“ für zwei Drittel der Bevölkerung in den Beitritts- und Kandidatenländern und drei Viertel der Bevölkerung in den derzeitigen Mitgliedstaaten die Plätze 1 bis 3, gefolgt von „genügend Einkommen zu haben, um meine Bedürfnisse zu erfüllen“ und „Familienmitglieder zu haben, die da sind, wenn ich sie brauche“. Dieses Ergebnis fördert zwei wichtige Erkenntnisse zutage.

Erstens ist festzustellen, dass die Menschen gewöhnlich mehrdimensionale Vorstellungen von einem guten Leben haben, wobei sowohl das Einkommen als auch die Gesundheit und gute soziale Beziehungen als gleichermaßen unverzichtbar genannt werden. Zweitens legen die Menschen großen Wert auf ihr unmittelbares Lebensumfeld. In ihrer Welt sind unmittelbare Belange wie z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, das Familienleben und gute Gesundheit für das Leben wichtig, während allgemeine politische oder gesellschaftliche Themen eher in den Hintergrund treten (Easterlin, 2001). Für die meisten Befragten sind Faktoren wie „zufriedenstellende Umwelt“, „in einer sicheren Gegend leben“, „gutes Gesundheitssystem“, „gute Verkehrsmittel“ oder „Zugang zu sozialen und kulturellen Aktivitäten“ von untergeordneter Bedeutung. Somit darf die Erkenntnis, dass die Menschen mit zunehmender Entfernung von ihrem Privatleben unzufriedener werden, nicht als eine Bedrohung für die politische Stabilität gewertet werden, da diese Arten von Unzufriedenheit ohnehin keine besondere Bedeutung für den einzelnen Bürger besitzen.

Bei der Frage, welche Faktoren die derzeitige Lebensqualität am meisten verbessern würden, spiegelt sich in den Antworten der Befragten zumeist das wider, was sie bislang am meisten entbehrt haben. Punkte oder Bereiche, die für wichtig gehalten werden und bei denen die derzeitige Zufriedenheit am geringsten ist, werden oftmals als mögliche Faktoren für die Verbesserung der Lebensqualität genannt.

Je unzufriedener die Menschen mit ihrem Einkommen sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie „Einkommen“ in der Rangfolge der drei wichtigsten Faktoren für die Verbesserung ihrer Lebensqualität nennen. Die Korrelation zwischen den bereichsspezifischen Unzufriedenheitswerten und der Häufigkeit, mit der der entsprechende Faktor als notwendig für die Verbesserung der Lebensqualität genannt wird, ist in ACC-13 und EU-15 ähnlich hoch.

In ganz Europa scheinen die Menschen der Regel zu folgen „das Wichtigste zuerst“ - sie wünschen sich das am sehnlichsten, was sie am meisten entbehren. Eine Sache „am meisten“ entbehren ist natürlich ein relativer Begriff. Was für besonders erstrebenswert gehalten wird, hängt nicht nur von der absoluten Differenz zwischen dem derzeitigen Angebot und den Erwartungen innerhalb eines bestimmten Bereichs ab, sondern sagt vielmehr etwas darüber aus, wie groß die Differenz auf diesem Gebiet in Relation zum Ausmaß der Differenz in anderen Bereichen ist. Oder mit anderen Worten: Ob Menschen mit einem geringen Einkommen das Einkommen, die Gesundheit oder die sozialen Beziehungen als die wichtigsten Faktoren zur Verbesserung ihrer Lebensqualität ansehen, hängt nicht nur von der Höhe ihres Einkommens, sondern auch vom Grad der Deprivation in anderen Dimensionen ab.

Die bestimmenden Faktoren für die Zufriedenheit mit dem Leben lassen sich auch indirekt aus einer statistischen Analyse ableiten, die den Zusammenhang zwischen den Zufriedenheitsbereichen und der Zufriedenheit mit dem Leben allgemein erforscht. In den Beitritts- und Kandidatenländern ist die persönliche Zufriedenheit mit der finanziellen Situation der wichtigste Faktor für die allgemeine Zufriedenheit. Oder anders ausgedrückt: Für die Menschen in Ländern, die derzeit noch nicht in der EU sind, ist das Einkommen am wichtigsten. Neben dem Einkommen messen die Menschen in den Beitritts- und Kandidatenländern der Zufriedenheit mit der Gesundheit, dem Familienleben und dem gesellschaftlichen Leben die größte Bedeutung bei. Dies bestätigt erneut, dass nicht etwa abstrakte Faktoren, die sich der Kontrolle des Einzelnen entziehen, sondern vielmehr die persönlichen Lebensumstände im unmittelbaren Lebensumfeld für das Wohlbefinden entscheidend sind.

Dagegen ist das Einkommen in keinem Land der EU der wichtigste Faktor für die Zufriedenheit mit dem Leben. Gewöhnlich spielen die Zufriedenheit mit dem Familienleben, gesellschaftlichen Leben oder der Gesundheit die wichtigste Rolle für die allgemeine Zufriedenheit. Im Einklang mit dem Maslowschen Konzept der Hierarchie von Bedürfnissen, die Mangelbefahrungen widerspiegeln (Maslow, 1970), kann gefolgert werden, dass in den Beitritts- und Kandidatenländern, in denen das Maß an Kontrolle über die materiellen Ressourcen nach wie vor gering ist, der Aspekt „Haben“ eine zentrale Bedeutung für das Wohl der Menschen besitzt, während in der EU „Lieben“ und Selbstverwirklichung zu den Hauptquellen für die Zufriedenheit geworden sind. In beiden Kontexten wird Lebensqualität jedoch offensichtlich als ein mehrdimensionales Konzept aufgefasst, das sich aus mehreren Komponenten statt nur einem bestimmten Faktor für das Wohlbefinden zusammensetzt.



Verschiedene in den Daten berücksichtigte Themen wurden weniger wegen ihrer Relevanz für den Aspekt der Lebensqualität als vielmehr deshalb aufgenommen, weil sie für die Politik von allgemeinem Interesse sind. Diese Themen, darunter Familienleben und Geburten, Wanderungstendenzen sowie Gesundheit und Pflege/Betreuung stehen in einem gewissen Zusammenhang mit Fragen der Lebensqualität und wurden in den Berichten teilweise unter diesem Aspekt untersucht. Der Hauptschwerpunkt liegt allerdings auf ihrer politischen Bedeutung.

## Familienleben und Geburten

Niedrige Geburtenziffern sind zwischenzeitlich in allen EU-28-Ländern mit Ausnahme der Türkei zu verzeichnen. Die politische Problematik, die in den Forschungsarbeiten herausgestrichen wird, betrifft die Problematik einer alternden Bevölkerung und des Bevölkerungsrückgangs als direkte Folgen sinkender Geburtenziffern. Hier wird zudem der langfristige Nachteil Europas gegenüber anderen wichtigen Regionen wie den Vereinigten Staaten deutlich, wo die Geburtenrate inzwischen 40 % höher ist als in Europa. Zwar ist durchaus denkbar, dass die sehr niedrige Geburtenrate in Europa nur eine vorübergehende Erscheinung ist (Bongaarts, 2001), doch zeichnet sich andererseits die Notwendigkeit ab, dass die europäischen Regierungen konzentrierte Maßnahmen ergreifen müssen, damit die Geburtenraten wieder steigen. Zugleich gilt jedoch die Selbstbestimmung über den Kinderwunsch als Privatsache. Auf der Makroebene wäre die niedrige Geburtenrate - zumindest auf lange Sicht - wohl als ein für die Zukunft Europas negativer Faktor zu werten. Auf der Mikroebene hingegen ist sie eine Frage der individuellen Entscheidung und daher nicht so ohne weiteres zu ändern.

### Niedrige Geburtenraten

Die beschreibende Darstellung der niedrigen Geburtenraten in ACC-13 und EU-15 stützt sich auf Angaben zu den Geburtenziffern in dem vorliegenden Datenbestand. Daraus geht hervor, dass erstens in den Ländern Europas zwar die Geburtenziffern und die Reproduktionsmuster, die die Ursache für die niedrigen Geburtenziffern bilden, durchaus unterschiedlich sind, diese Unterschiede sich jedoch nicht an der Grenze zwischen Beitritts- und Kandidatenländern einerseits und Mitgliedstaaten andererseits festmachen lassen. In den AC-10-Ländern sind die Geburtenziffern geringfügig niedriger als in EU-15, dabei fallen jedoch weniger die Unterschiede bei den Zahlen für die Regionen auf als vielmehr der allgemeine Rückgang der Geburtenzahlen. Die einzige Ausnahme bildet hier die Türkei mit einer Geburtenhäufigkeit von derzeit insgesamt 2,6 Geburten je Frau. Dieser Wert liegt um 80 % über dem EU-Durchschnitt, damit ist die Türkei das einzige der von der Untersuchung abgedeckten Länder, in dem die Geburtenziffer den Erhalt der Bevölkerung sichern kann.

Die Geburtenraten dürften von drei Aspekten der Reproduktionsmuster beeinflusst werden:

- dem höheren Anteil kinderlos bleibender Frauen
- dem gestiegenen Alter der Erstgebärenden
- dem Trend zum Single-Dasein bei Frauen

Im Einklang mit den Ergebnissen anderer Forschungsarbeiten ergibt die Analyse, dass diese Aspekte sich nicht über alle Länder hinweg zu einheitlichen Mustern geringer

Geburtenhäufigkeit zusammenfügen. In einigen Ländern (wie z. B. Deutschland) trägt der Anstieg der Kinderlosigkeit maßgeblich zum Rückgang der Geburtenrate bei, während in anderen Ländern die Kinderlosigkeit nur geringe oder gar keine Auswirkungen auf die Trends bei den Geburtenziffern hat. In manchen Ländern (insbesondere in Irland) ist die Geburtenrate trotz eines durchschnittlich hohen Alters der Erstgebärenden relativ hoch, während in anderen Ländern das niedrige Durchschnittsalter der Erstgebärenden nicht verhindert hat, dass die Geburtenrate auf ein sehr niedriges Niveau zurückging. Die Tendenz zum Single-Dasein hat sich in der Vergangenheit deutlich auf die Geburtenzahlen in Europa ausgewirkt, doch aufgrund der Zunahme der Zahl außerehelicher Kinder hatte die Zahl allein erziehender Elternteile keinen durchgängigen Effekt auf die nationalen Geburtenziffern.

### Kinderwunsch

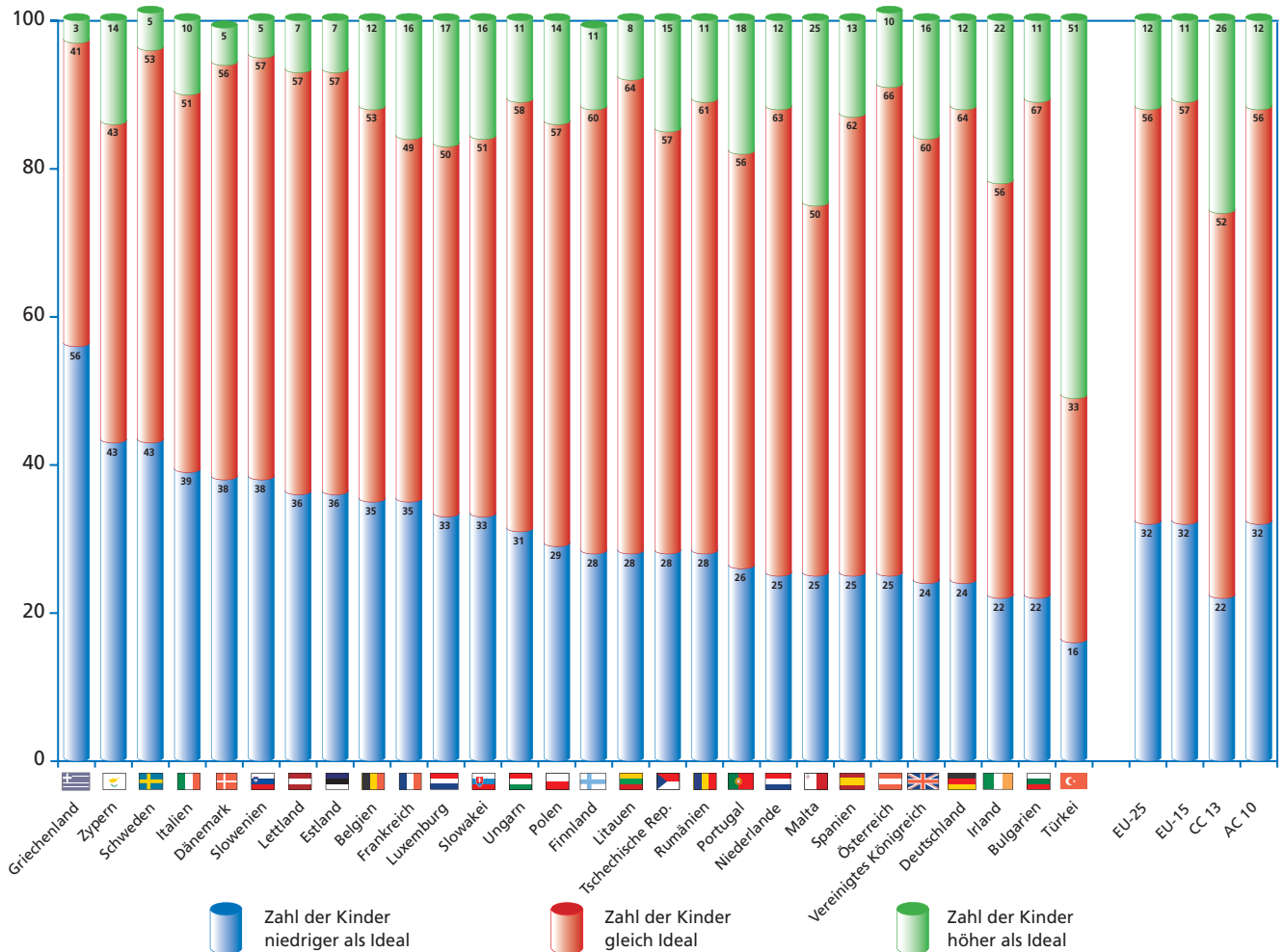
Ein zweites wichtiges Thema bei den Daten zur Fertilität ist der Kinderwunsch der Befragten. Aus vorangegangenen Forschungsarbeiten ist bekannt, dass Frauen in den Industrieländern generell angeben, weniger Kinder zu haben als sie nach ihrer Idealvorstellung eigentlich haben wollten. Die Daten gaben allerdings keinen Aufschluss darüber, wie ausgeprägt der angegebene Wunsch nach der idealen Familiengröße bei den Befragten war. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Untersuchung der Meinungen der Befragten über die Voraussetzungen für ein gutes Leben ergab, dass „Kinder haben“ bei den Befragten in EU-15 einen niedrigeren Stellenwert einnahm. Hieraus könnte man schließen, dass die Idealvorstellung von einer bestimmten Familiengröße nicht unbedingt als ein vorrangig angestrebtes Ideal gesehen wird und daher das Verhalten nicht besonders stark beeinflusst.

Mit Schwerpunkt auf Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft (denn nur bei diesem Personenkreis lassen sich definitive Aussagen zur endgültigen Fertilität treffen) wurde eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Differenz zwischen idealer und tatsächlicher Fertilität untersucht. Dabei ging es darum, wie groß diese Differenz ist, ob sie mit den Generationen größer wird, welche Gründe die Befragten für diese Differenz angeben, anhand welcher sozialen Merkmale sie sich vorhersagen lässt und ob ihre Größe irgendwelche signifikanten Bezüge zu Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens wie allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit dem Familienleben erkennen lässt.

Die wichtigsten Ergebnisse:

1. Bei den Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft im Alter von 40 bis 64 Jahren bleibt die tatsächliche Familiengröße im Durchschnitt geringfügig hinter der genannten Idealgröße zurück - Ausnahme: die Türkei. In EU-25 beträgt die mittlere ideale Familiengröße 2,34 Kinder, die mittlere tatsächliche Familiengröße hingegen 2,05 Kinder, so dass hier eine Differenz von 0,29 Kindern besteht.
2. Die durchschnittliche Differenz zwischen idealer und tatsächlicher Kinderzahl setzt sich als Gesamtwert aus drei verschiedenen Komponenten zusammen, die sich für ganz Europa wie folgt aufgliedern lassen: a) eine Mehrheit von 55-60 % der Frauen, die ihre ideale Familiengröße erreichen, b) eine Minderheit von rund einem Drittel der Frauen, deren Familiengröße hinter

Schaubild 9 - Tatsächliche Kinderzahl zu idealer Kinderzahl bei Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft (Alter 40-64)



Quelle: Fahey, T. and Spéder, Z., *Fertility and family issues in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Länder in absteigender Reihenfolge nach „Zahl der Kinder niedriger als Ideal“.

ihrem Ideal zurückbleibt, und c) eine kleinere Minderheit von 11-12 % der Frauen, deren Kinderzahl ihr Ideal übersteigt. Schaubild 9 zeigt diese Aufgliederung für alle Länder.

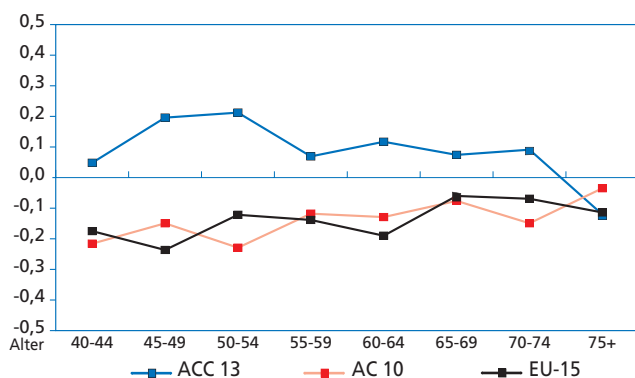
3. Aus der Analyse der Altersgruppen der Frauen ab 40 mit endgültiger Nachkommenschaft lässt sich ableiten, dass die Differenz zwischen tatsächlicher und idealer Kinderzahl im Laufe der Zeit etwas größer geworden ist (siehe Schaubild 10). So ist beispielsweise die in Schaubild 9 dargestellte Differenz für die EU in der Altersgruppe der 45- bis 49-jährigen Frauen mit -0,23 doppelt so groß wie in der Altersgruppe ab 75 (-0,11). Eine genauere Betrachtung dieser Zunahme der Differenz zwischen Istgröße und Idealgröße zeigte jedoch, dass es sich hierbei um ein statistisches Konstrukt handelt. Sie ergibt sich nicht aus einer Zunahme des Anteils der Frauen, die ihre ideale Kinderzahl nicht erreichen, sondern vielmehr aus einer Abnahme des Anteils der Frauen, die ihre ideale Kinderzahl überschreiten. Der Kompensationseffekt der Überschreitung der Kinderzahl gegenüber der Unterschreitung nimmt über

die Altersgruppen hinweg ab, dadurch entsteht der Eindruck, dass die Unterschreitungsdifferenz von den älteren hin zu den jüngeren Altersgruppen größer wird.

4. Auf die Frage an Frauen, die ihr Ideal unterschritten, weshalb sie ihren Kinderwunsch nicht realisiert hätten, verwiesen die Befragten in der Mehrzahl auf im weitesten Sinne wirtschaftliche Gründe: finanzielle Schwierigkeiten, die mit Kindern verbundenen Kosten, beengter Wohnraum. Gesundheits- und Beziehungsfaktoren (eigene Gesundheit, Gesundheit des Partners und Partnerschaftsprobleme) wurden ebenfalls häufig genannt. (Frauen, die ihre ideale Kinderzahl überschritten, wurden in den Umfragen nicht nach den Gründen gefragt.).
5. Die Analyse der sozialen Merkmale der Frauen, die ihr Ideal über- bzw. unterschritten hatten (insbesondere bei Berücksichtigung ihres Bildungsniveaus), ergab, dass überwiegend besser gestellte Frauen ihre ideale Familiengröße nicht erreicht hatten, während vor allem weniger gut situierte Frauen angaben, dass sie ihre ideale Familiengröße überschritten hatten (siehe Tabelle



**Schaubild 10 - Unterschiede zwischen idealer und tatsächlicher Kinderzahl bei Frauen verschiedener Altersgruppen mit endgültiger Nachkommenschaft**



Quelle: Fahey, T. and Spéder, Z., *Fertility and family issues in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Positive Werte stehen für eine mittlere tatsächliche Kinderzahl über dem mittleren Ideal; negative Werte stehen für eine tatsächliche Kinderzahl unter dem Ideal..

- 14). Somit ist eine geringe Kinderzahl absolut betrachtet weniger auf einen Mangel an Ressourcen zurückzuführen als vielmehr auf die Opportunitätskosten im Hinblick auf den Zeitaufwand der Mutter. Eine große Kinderzahl hingegen scheint offenbar mit einer generellen Erscheinung einer geringeren Kontrolle über die eigene Lebensplanung in Zusammenhang zu stehen.
6. Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem Erreichen der eigenen idealen Familiengröße und der Lebenszufriedenheit brachte unterschiedliche Ergebnisse zu Tage. Einerseits gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen dem Überschreiten der idealen Familiengröße und einer geringeren allgemeinen Lebenszufriedenheit, der bei Unterschreiten der idealen Familiengröße nicht zu beobachten ist. Andererseits wurde sowohl bei Über- als auch bei Unterschreiten

der idealen Familiengröße eine geringere Zufriedenheit mit dem Familienleben festgestellt, allerdings sind in dieser Konstellation die Zusammenhänge bei einer Unterschreitung stärker ausgeprägt und bei Frauen und Männern einheitlicher.

Für eine Politik, die auf höhere Geburtenraten in Europa abzielt, sind hieraus vor allem drei Schlüsse zu ziehen:

1. Der Rückgang der Geburtenziffern in Europa ist insofern stark kulturell geprägt, als sich in Europa ein deutlicher Wandel der kulturellen Werte weg vom Ideal der Großfamilie und hin zu einem wesentlich kleineren Familienideal vollzogen hat. Derartige kulturelle Verschiebungen lassen sich durch die Politik nur schwerlich ändern. Die Aufgabe, durch staatliche Maßnahmen einen Anstieg der Geburtenraten herbeizuführen, gestaltet sich damit umso schwieriger.
2. Zwar schwebt den meisten Frauen das Ideal einer kleinen Familie vor, doch gelingt es rund einem Drittel der Frauen nicht, dieses Ideal für sich zu verwirklichen. Hieraus sollte man allerdings nicht vorschnell schließen, dass dies für die betroffenen Frauen ein ernstes Problem darstellt. Andererseits bietet sich hier vielleicht ein Ansatz für staatliche Interventionen zur Förderung höherer Geburtenraten, insbesondere durch Maßnahmen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Kosten und die mit Kindern verbundenen Risiken im Verlauf des Lebens (Verzicht auf berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, niedrige Rente usw.) zu verringern.
3. Maßnahmen zur Förderung höherer Geburtenraten, die es Frauen ermöglichen sollen, ihre ideale Familiengröße zu verwirklichen, müssten anders konzipiert sein als Maßnahmen gegen Kinderarmut, denn das Nichterreichen der eigenen idealen Familiengröße ist vor allem unter gebildeteren Frauen verbreitet. Derartige politische Maßnahmen wären am aussichtsreichsten, wenn sie vorrangig auf die Familien ausgerichtet wären, für die die Opportunitätskosten der Kindererziehung am höchsten sind, d. h. auf Familien, in denen Frauen ein hohes Einkommen erwirtschaften. Außerdem müssten sie auf Grundsätzen der horizontalen Gerechtigkeit basieren, deren Ziel in einem Transfer von Ressourcen von Kinderlosen hin zu Familien mit Kindern bestünde,

**Tabelle 14 - Erfüllung des Geburtenideals bei 40- bis 64-jährigen Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft**

Alter bei Verlassen der Schule/Universität	Niedriger als Ideal %	Ideal	Höher als Ideal	Insgesamt %	Anzahl
<b>EU-15</b>					
bis 15 Jahre	26	58	16	100	1 266
16-19 Jahre	28	59	12	100	1 616
20+ Jahre	41	52	8	100	753
<b>AC-10</b>					
bis 15 Jahre	20	58	22	100	254
16-19 Jahre	31	58	11	100	361
20+ Jahre	42	53	6	100	177
<b>ACC 13</b>					
bis 15 Jahre	17	45	38	100	354
16-19 Jahre	24	64	12	100	170
20+ Jahre	41	55	5	100	88

Quelle: Fahey, T. and Spéder, Z., *Fertility and family issues in an enlarged Europe*.

und nicht auf Grundsätzen der vertikalen Gerechtigkeit mit dem Ziel, Ressourcen von den besser Gestellten hin zu den weniger gut Gestellten zu transferieren.

Der Bericht befasst sich auch mit verschiedenen Wahrnehmungen der Geschlechterrollen in der Familie und von Maßnahmen, die der Staat sinnvollerweise ergreifen könnte, um die Familien zu unterstützen. Hier zeigte sich, dass es keine Kluft zwischen Beitritts- und Kandidatenländern einerseits und EU-Ländern andererseits hinsichtlich der Vorstellungen zur Familie und insbesondere zur Aufgabenteilung bei der Kinderbetreuung und -erziehung gibt. Dies verstärkt den Eindruck, dass in Europa eine gemeinsame Familienkultur besteht. Allerdings zeigten die Daten bei diesem Thema auch deutliche Differenzen zwischen einzelnen Ländern auf, wobei die nordeuropäischen Länder das eine Extrem darstellen (nach eigenen Angaben eine gleichmäßigere Aufgabenverteilung) und die Türkei das andere. Die Interpretation der Auffassungen, was der Staat zur Familienförderung unternehmen sollte, gestaltete sich schwierig, da keine ausreichenden Kontextinformationen zum aktuellen Stand der staatlichen Beihilfen für Familien in den einzelnen Ländern vorlagen. Zudem ließen sich in den Antworten nur schwer länderübergreifend einheitliche Muster feststellen. Bemerkenswert erscheint allerdings, dass in ACC-13 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von den Befragten allgemein noch häufiger als familienpolitische Maßnahmen als wichtigstes Instrument des Staates zur Familienförderung genannt wurde.

### Migrationstrends

Die Migration stellt - wie die Geburtenrate - für die EU eine beträchtliche politische Herausforderung dar. Zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Konvergenz unter den Regionen in Europa kann neben dem Aufbau neuer Handelsbeziehungen und Kapitalbewegungen sowie öffentlichen Investitionen im Rahmen der EU-Regionalpolitik auch eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte beitragen. Durch eine hohe Arbeitskräftewanderung entstehen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowohl Probleme (z. B. die Integration gering qualifizierter Arbeitskräfte) als auch Chancen (z. B. Bereicherung von Kultur und Gesellschaft, Beitrag zu unternehmerischer Initiative, Innovation und Beschäftigung) in den Aufnahmeländern, aber auch in den Herkunftsländern kann die Erschöpfung der Humankapitalressourcen Schwierigkeiten hervorrufen. Das Anwachsen marginalisierter ethnischer Minderheiten in den industrialisierten Gesellschaften der EU ist eine

der Formen möglicher sozialer Belastungen, die durch Arbeitskräftemigration entstehen können. Das Dilemma besteht dann in diesem Fall darin, dass Arbeitskräftemobilität zwar einerseits gut für das Wirtschaftswachstum und den Zusammenhalt in den Regionen der EU als Ganzes ist, andererseits jedoch den sozialen Zusammenhalt auf der lokalen Ebene innerhalb der nationalen Gesellschaften gefährden kann, wenn sie nicht von einem ganzheitlichen Integrationskonzept begleitet wird.

Bei der Untersuchung der Migrationsabsichten in ACC-13 wurden die wahrscheinlichen Wanderungsströme anhand der Antworten der Befragten auf verschiedene Fragen zu ihren Umzugsplänen für die Zukunft berechnet (Krieger, 2004). Die Antworten auf einzelne Fragen ergaben sehr unterschiedliche Schätzungen des Migrationspotenzials in den Ländern und im Einzelfall erwies sich das anhand dieser Schätzungen prognostizierte wahrscheinliche Migrationsvolumen als recht hoch. Nach Zusammenführung der Antworten zu einem Index, der die „feste Absicht“ der Befragten zur Migration misst, zeigte sich dann allerdings ein höheres Maß an Übereinstimmung mit den Erkenntnissen jüngster ökonomischer Studien zum Migrationspotenzial und anderen auf Erhebungen basierenden Vergleichsstudien. Daneben wurden auch Indizes berechnet, die einen größeren Datenumfang berücksichtigen und die die „generelle Neigung“ und die „grundsätzliche Absicht“ zur Migration messen.

Anhand dieser kombinierten Indizes und mit Schwerpunkt auf der „festen Absicht zur Migration“ (siehe Tabelle 15) gelangte der Bericht zu dem Schluss, dass das zu erwartende Gesamtvolumen der Arbeitskräftemigration in die EU-15-Länder nach der Erweiterung eher gering ausfallen und in den nächsten fünf Jahren - wenn Freizügigkeitsbedingungen gegeben sind - eine Bruttobewegung von rund 1,0 % des Bevölkerungsbestands erreichen dürfte. Dies entspricht einer Emigration von ca. 1,1 Millionen Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Beitritts- und Kandidatenländern (d. h. ohne Malta, Zypern und die Türkei). Da die Freizügigkeit in den nächsten fünf bis sieben Jahren erst schrittweise realisiert wird, wird die tatsächliche Migration bis 2006 wohl deutlich unter einer Million bleiben. Berücksichtigt man dann auch noch die Remigration, könnte die Netto-Wanderungsbewegung noch erheblich geringer ausfallen. Das höchste Migrationspotenzial besteht in Bulgarien und Rumänien.

Die Untersuchung legt somit nahe, dass die potenzielle „Migrationsflut“ nach der EU-Erweiterung sehr wahrscheinlich gar nicht eintreten wird. Darüber hinaus dürften die Auswirkungen der tatsächlich stattfindenden

Tabelle 15 - Migrationsabsichten in ACC-13

	Generelle Neigung		Grundsätzliche Absicht		Feste Absicht		%
Polen	3,7	(63)	1,6	(27)	1,0	(16)	
Bulgarien, Rumänien	5,0	(84)	3,2	(57)	2,0	(31)	
Zypern, Malta, Slowenien	2,1	(38)	0,8	(14)	0,7	(11)	
Turkey	6,2	(136)	0,8	(18)	0,3	(7)	
Ungarn, Tschechische Republik, Slovakia	2,4	(59)	0,8	(26)	0,6	(17)	
Estland, Latvia, Litauen	3,5	(112)	2,0	(58)	0,8	(25)	
AC-10	3,1	(272)	1,3	(125)	0,8	(69)	
ACC-13	4,6	(492)	1,5	(200)	0,9	(107)	

Quelle: Krieger, H., *Migration trends in an enlarged Europe*.

Erläuterung: Die Werte in Klammern geben die tatsächlichen Zahlen an.

Migration noch durch einen beträchtlichen Anteil an Kurzzeitmigration und Remigration in die ACC-13-Länder abgemildert werden, die die auswärts gerichteten Migrationsströme zum Teil wieder ausgleichen. Andere Forschungsarbeiten deuten darauf hin, dass bestimmte Aufnahmeländer trotzdem besonders stark betroffen sein könnten (z. B. Deutschland und Österreich), da sich die Migranten meist auf bestimmte Zielländer konzentrieren.

Die Zahlen derjenigen, bei denen in den Stichproben eine eindeutige Migrationswilligkeit festgestellt wurde, waren gering und liefern daher nur sehr grobe Anhaltspunkte für die wahrscheinliche Sozialstruktur der Migration aus ACC-13. Die vorliegenden Anhaltspunkte lassen jedoch ein durchaus konkretes Risiko der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erwarten. Die potenziellen Migranten sind zumeist jung und relativ gut ausgebildet. In den meisten ACC-13-Ländern könnte die Migrationsrate unter den jungen Menschen 2 bis 5 % erreichen, in Bulgarien und Rumänien sogar bis zu 10 %. In der Gruppe der Hochschulabsolventen ist von einer ähnlich hohen oder sogar noch höheren Migrationsrate auszugehen. Von der Migration ist allerdings keine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit in ACC-13 zu erwarten, denn von den Arbeitslosen äußerten nur 2-3 % Migrationsabsichten.

Bemerkenswert ist auch die Tendenz zu einer verstärkten „Feminisierung“ der Migration. In der Vergangenheit stellten Männer die überwiegende Mehrzahl der Migrationswilligen. Betrachtet man nun allerdings die am weitesten gefasste Kategorie des Migrationspotenzials, so bekundete in der Tschechischen Republik, Ungarn und der Slowakei ein größerer Anteil der weiblichen als der männlichen Bevölkerung eine generelle Migrationsneigung. In den baltischen Ländern war dieser Anteil bei Frauen und Männern in etwa gleich groß. Das bisherige Muster, dass überwiegend Männer Migrationsabsichten äußern, herrscht in Polen und der Türkei vor. Die hier zu Tage tretende Feminisierung beinhaltet auch eine Übergangsform der Arbeitskräftemigration, bei der Frauen überwiegend Tätigkeiten in Haushalten in den Aufnahmeländern während eines Teils des Jahres mit ihren familiären Aufgaben im Heimatland verbinden.

Aus Sicht der EU-Politik ist als wichtigste Erkenntnis festzuhalten, dass die Migrationsströme von Ost nach West in der erweiterten EU wahrscheinlich gering ausfallen werden. Dies könnte einerseits als eine positive Erkenntnis gewertet werden, da sie die Sorgen derjenigen verringert, die befürchten, dass die Migrationsströme ein Ausmaß annehmen könnten, das die sozialen Netze und die soziale Eingliederung in den Aufnahmeländern gefährdet. Andererseits könnte diese Erkenntnis aus dem Blickwinkel der EU-Politik auch für die Arbeitskräftemobilität und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen negative Folgen mit sich bringen. Politisches Ziel ist es, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der gesamten Union zu erleichtern - als Voraussetzung für ökonomische Effizienz und Wirtschaftswachstum und als ein Mittel, das die wirtschaftliche Annäherung der Regionen fördert. Der derzeitige Erkenntnisstand lässt darauf schließen, dass die wahrscheinliche Wanderungsbewegung der Arbeitskräfte in der erweiterten EU trotz beträchtlicher Unterschiede in der

wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen gering ausfallen wird.

### Wahrnehmung von Pflege- und Betreuungsaufgaben in einer alternden Gesellschaft

Mit der zunehmenden Lebenserwartung und der abnehmenden Geburtenrate weitet sich die Kluft zwischen der wachsenden Zahl pflege- und betreuungsbedürftiger alter Menschen und der kleiner werdenden Zahl von Kindern und Kindeskindern, die später in der Lage sein werden, innerhalb der Familien und im privaten Haushalt Pflege- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen. In der Folge wächst der Bedarf an formalen Pflegedienstleistungen. Knappe Kassen setzen allerdings einer Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen in diesem Bereich enge Grenzen.

Die Analyse dieses Themenbereichs zeigte, dass in ganz Europa ein erstaunlich vitales Netz an nichtformalen Hilfeleistungen besteht. In den Beitritts- und Kandidatenländern erbringen rund 25 % der Befragten regelmäßig in irgendeiner Weise Hilfeleistungen für andere. In der Europäischen Union liegt diese Zahl bei 21 %. Hinter diesen vergleichbaren Gesamtwerten verbergen sich allerdings Unterschiede in den Hilfsstrukturen. In den Beitritts- und Kandidatenländern konzentriert sich die Hilfe wesentlich stärker auf den Bereich der privaten Haushalte und den Familienverband. Die Unionsbürger sind hingegen eher außerhalb ihrer privaten Haushalte und des Verwandtschaftsbereichs aktiv.

In beiden Teilen Europas konzentrieren sich die nichtformalen Pflege- und Betreuungsaktivitäten insbesondere auf den mittleren Lebensabschnitt. Erwerbstätige erbringen in nahezu gleichem Umfang Unterstützungsleistungen wie Rentner oder Arbeitslose. So gesehen leisten die Nichterwerbstätigen keinen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Erwerbstätigen, die häufig Erwerbsarbeit und Pflegetätigkeit unter einen Hut bringen müssen. Die Pflegenden sind somit starken Belastungen ausgesetzt, was dazu beiträgt, dass die Produktivität in der Wirtschaft abnimmt, denn bei Erwerbstätigen, die pflegerische Aufgaben wahrnehmen, treten höhere Ausfallzeiten auf und die berufliche Laufbahn zeigt vermehrt Brüche und Unterbrechungen. Wenn man die Erwerbstätigen von einem Teil ihrer Pflegeverantwortung entlastete oder formale Erwerbsarbeit effektiver mit nichtformaler Pflegetätigkeit koordinierte, würde dies auch den Unternehmen helfen, ihre Produktivität zu steigern.

Während Pflegedienstleistungen außerhalb der privaten Haushalte zumeist von Pflegekräften im erwerbsfähigen Alter erbracht werden, wird die häusliche Pflege von Mitbewohnern oft von Menschen über 60 geleistet. In den Beitritts- und Kandidatenländern zählen mehr Menschen über 60 zu den Pflegenden als in EU-15, was teilweise auf die Unzulänglichkeit der formalen Pflegeeinrichtungen zurückzuführen ist. In einigen ACC-13-Ländern übernimmt rund ein Fünftel der über 60-jährigen häusliche Pflegeaufgaben. In der EU berichten nur ältere Menschen in Deutschland über ein ähnlich hohes Maß an Pflegeverantwortlichkeit.

Die Frage, ob sie es gut oder schlecht fänden, wenn sich zukünftig Erwerbstätige vermehrt um ihre alten Eltern kümmern müssten, brachte bemerkenswerte Unterschiede

zu Tage. Während sich die meisten EU-Bürger für die Vorstellung der „intimacy at a distance“ (Nähe auf Distanz) aussprechen, bevorzugen die Bürger von ACC-13 überwiegend die gegenseitige Unterstützung im Familienverband. Rund 80 % befürworten hier zukünftig eine vermehrte familiäre Unterstützung, während dies nur von 59 % der Unionsbürger gewünscht wird.

In ganz Europa spricht sich ein gleich hoher oder sogar noch höherer Prozentsatz derjenigen Bevölkerungsgruppen, die heute die Pflege leisten oder dies zukünftig übernehmen würden - also Frauen und jüngere Menschen -, für eine verstärkte familiäre Unterstützung aus als dies in der Gruppe der wahrscheinlichen Pflegeempfänger der Fall ist. Die Frauen, die häufiger als Männer Pflegeaufgaben übernehmen, sind sogar häufiger dafür, die familiären Verpflichtungen zu erweitern. Die Umfrage ergab auch, dass diejenigen, die bereits Betreuungsaufgaben für alte Menschen wahrnehmen, erweiterte familiäre Verpflichtungen eher befürworten.

Entsprechend wird auch die Betreuung pflegebedürftiger alter Menschen in Pflegeheimen in ganz Europa als eine äußerst unpopuläre Lösung des Pflegeproblems gesehen. In 12 der 13 Beitritts- und Kandidatenländer wünschen sich über 80 % der Befragten soziale Dienste, die die häusliche Pflege alter Menschen ermöglichen; die Zahlen für die EU sind ähnlich. Auf die Frage, welche Pflegelösung sie sich für ihre eigenen Eltern wünschen würden, sah die Mehrzahl der Befragten die beste Lösung darin, zu den Eltern zu ziehen, um sie in deren Wohnung zu pflegen. Die Bürger der EU sind sich bei dieser Frage uneins, was die Abstimmung der pflege- und betreuungspolitischen Maßnahmen in Europa zukünftig erschweren dürfte.

In welchem deutlichem Ausmaß familiäre Bindungen Generationenkonflikte abfangen helfen, wird bei der Frage deutlich, wer für die Pflege alter Menschen aufkommen sollte. Zur Wahl standen die Optionen „deren Kinder“,

„die Alten selbst“ und „der Staat oder die Behörden“. In den Beitritts- und Kandidatenländern fand die Vorstellung, dass die alten Eltern selbst für ihre Pflege zahlen sollten, mit deutlichem Abstand am wenigsten Zustimmung. In dieser Hinsicht findet der Gedanke einer nachhaltigen Sozialpolitik, die die Interessen künftiger Generationen berücksichtigt, in ACC-13 bislang noch nicht viel Zuspruch. Die Bewohner der Mitgliedstaaten gehen sehr viel zögerlicher mit der Forderung um, dass die Kinder zahlen sollten. Sie fordern allerdings ebenfalls häufig, dass der Staat die Finanzierung übernehmen sollte, was die Belastung dem Steuerzahler überträgt und damit auch der Generation der Erwerbstätigen.

In ACC-13 und EU-15 sind mehr ältere Befragte dafür, die Pflegekosten der älteren Generation zu übertragen, als jüngere Menschen. In 27 der 28 europäischen Länder unterstützen mehr ältere als jüngere Menschen die Vorstellung, dass die älteren Menschen selbst für ihre Pflege bezahlen sollten. Ältere Menschen sind bereit, ihren Teil der Pflegekosten selbst zu tragen und wollen nicht häufiger als die jüngeren Menschen selbst, dass diese Kosten der jüngeren Generation aufgebürdet werden. Die jüngere Generation ihrerseits scheint durchaus bereit, Pflegeaufgaben zu übernehmen und ist auch dann dafür, die familiären Verpflichtungen zu erweitern, wenn sie diese Last selbst übernehmen müsste.

Die stark ausgeprägte Unterstützungsbereitschaft innerhalb der Familien in ACC-13 ist allerdings als ein zweischneidiges Schwert zu sehen. Einerseits kann sie sicher dazu beitragen, dass der Wohlfahrtsstaat entlastet wird und neue Formen des Wohlfahrtsmix gefunden werden. Andererseits erlegt sie den Erwerbstätigen eine schwere doppelte Last auf, denn diese laufen Gefahr, als eine „Sandwich“-Generation zwischen den Verantwortlichkeiten für Arbeit, Familie und Pflege zerrieben zu werden.

# Die wichtigsten Schlussfolgerungen

## **Wirtschaftswachstum ist die grundlegende Voraussetzung für Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit**

Aus Sicht der Lebensqualität wird das Pro-Kopf-BIP häufig als ein allzu materialistischer Indikator kritisiert, der weder das Ausmaß politischer Freiheit noch unterschiedliche Muster der Unterstützung durch soziale Netze oder die Einbindung in die Familie berücksichtigt. Die Vergleiche unter den Ländern Europas ergaben allerdings eine starke Wechselbeziehung von objektiven Indikatoren für das materielle Wohlbefinden wie das BIP pro Kopf und wichtigen subjektiven Indikatoren für die Lebenszufriedenheit. De facto hat sich gezeigt, dass die Höhe des BIP pro Kopf in dem Land, in dem die betreffende Person lebt, die beste Vorhersagegröße für die individuelle Lebenszufriedenheit in allen EU-28 ist. Defizite in ACC-13 bei den traditionellen wirtschaftlichen Indikatoren gehen also mit entsprechend schlechten Werten für die Zufriedenheit mit dem Leben einher.

Die Schwerpunktsetzung der EU-Politik auf die wirtschaftliche Konvergenz hat daher durchaus ihre Berechtigung als ein Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger in den Beitrittsländern. Wenn ihr Nationaleinkommen wächst und die Länder auch wirtschaftlich aufschließen, wird sich im Laufe der Zeit in ACC-13 eine höhere Lebenszufriedenheit einstellen.

## **Vollbeschäftigung ist die Grundvoraussetzung für Lebensqualität**

In den Gesellschaften Europas hat sich die abhängige Erwerbstätigkeit zur vorherrschenden Form der formalen Arbeit entwickelt, und das materielle Wohlbefinden hängt in der Regel vom Erwerbseinkommen ab. Die Transferleistungen aus den sozialen Sicherungssystemen können nur aus Steuern und Beiträgen der aktiven Erwerbsbevölkerung finanziert werden. Die Beschäftigungsquote auf 70 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter anzuheben, ist daher ein wichtiges Ziel der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU.

Die Verwirklichung dieses Ziels hätte weit reichende positive Folgen für die Lebensqualität, denn Erwerbstätigkeit spielt eine grundlegend wichtige Rolle als Einkommensquelle, als Mechanismus zur sozialen Eingliederung und als Basisgröße, die das Leben der Arbeitnehmer strukturiert. Arbeitslosigkeit - also unfreiwillige Nichterwerbstätigkeit - hat nachweislich äußerst negative Auswirkungen auf unterschiedliche Dimensionen des Wohlbefindens (Armut, Deprivation, soziale Ausgrenzung und Unzufriedenheit mit dem Leben) - und sie ist in den Beitritts- und Kandidatenländern weiter verbreitet. Eine erfolgreiche Ausweitung der Strategie der Vollbeschäftigung auf neue Mitgliedstaaten würde damit enorm zum Wohlbefinden aller Bürger beitragen. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass eine Erwerbsarbeit in den Beitritts- und Kandidatenländern in aller Regel als wichtigste Voraussetzung für ein gutes Leben betrachtet und auch höher bewertet wird als die Qualität der Arbeit.

Eine rein quantitativ ausgerichtete Vollbeschäftigungsstrategie, die allein auf höhere Beschäftigungsquoten abzielt, hätte allerdings auch ihre Schattenseiten. Die Menschen können auch zu viel arbeiten, etwa wenn sie bei ihrer Arbeit extrem unter Druck stehen oder wenn die Arbeit zu viel von ihrer Zeit und ihrer Energie in Anspruch nimmt. Auch kann die Qualität der Arbeit zu schlecht sein, so dass Arbeitnehmer unter gesundheitsschädlichen oder gefährlichen Bedingungen arbeiten müssen. Viele Menschen

stehen unter arbeitsbedingtem Stress und Belastungen, die negative Folgen für ihre Lebensqualität nach sich ziehen. Unsichere und physisch oder psychisch anstrengende Arbeitsbedingungen sind verbunden mit höherem Stress, geringerer Zufriedenheit mit der Gesundheit und geringerer Lebensqualität aufgrund eingeschränkter Kontakte zu Familie, Freunden und Nachbarn. Die Ergebnisse der Untersuchungen sprechen daher für eine integrierte Beschäftigungspolitik, die höhere Beschäftigungsquoten und bessere Arbeitsplätze mit einer verbesserten Koordination von formaler Arbeit und nichtformalen Beiträgen zu sozialen Leistungen in den Familien und bei ehrenamtlichen Tätigkeiten vereint.

## **Die bekannten Formen der Ungleichheit bestehen auch weiterhin**

Unterschiede bei Einkommen, Bildung und Arbeit haben in der Regel stärkere Auswirkungen auf das Wohlbefinden als die vertikalen Formen der Ungleichheit in Bezug auf Geschlecht, Familienstand oder Alter. Die Ergebnisse zeigen, dass von Benachteiligungen zumeist jene Personen in hohem Maße betroffen sind, die nur über unzureichende Bildung verfügen und gering qualifizierte Tätigkeiten ausüben und die besonders durch Arbeitslosigkeit gefährdet sind. Entsprechend haben Menschen mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsstand, die in nachgeordneten Positionen tätig sind, auch eher ein negatives Selbstverständnis.

Angesichts dieser Sachlage müssen politische Maßnahmen daher auch weiterhin vorrangig bei diesen „alten“ Formen der Ungleichheit ansetzen und bemüht sein, tatsächlich Chancengleichheit für Menschen mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund herzustellen. Da diese Formen der Ungleichheit in den neuen Mitgliedstaaten besonders stark ausgeprägt sind, ist davon auszugehen, dass nach der Erweiterung diese bisherige Perspektive der Politik bestehen bleiben wird.

## **Armut und soziale Ausgrenzung sind die Hauptprobleme der Gesellschaft**

Da die Haushaltseinkommen in AC-10 und CC-3 deutlich niedriger sind als in EU-15, sind die Einkommen der Menschen in diesen Ländern, die dem obersten Einkommensquartil zuzurechnen sind, absolut gesehen zumeist niedriger als jene des untersten Einkommensquartils der wohlhabenderen Mitgliedstaaten. Der Anteil der Menschen, die von Armut betroffen sind und sich ausgegrenzt fühlen, ist daher in den Beitritts- und Kandidatenländern höher als in den Mitgliedstaaten, zugleich sind die Menschen dort stärker von kollektivem Gedankengut geprägt als die Unionsbürger. Bedingt durch diese Kombination von Faktoren ist die arme Bevölkerung in den Beitritts- und Kandidatenländern vielleicht politisch leichter zu mobilisieren als die Armen in den westlichen Ländern, die die Schuld eher bei sich als bei der Gesellschaft suchen. Allerdings wird dieses Unzufriedenheitspotenzial in den Beitrittsländern dadurch abgemildert, dass die Menschen dort offenkundig bessere Strategien für den Umgang mit wirtschaftlichen Sachzwängen entwickelt haben als in der Union.

Die Untersuchungen werfen die Frage auf, ob die Bedeutung des Begriffs der sozialen Ausgrenzung in ACC-13 ähnlich klar und eindeutig umrissen ist wie in der EU. In der derzeitigen Union gelten von sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerungsgruppen als marginalisierte Minderheiten, die durch ihren Mangel an materiellen

Ressourcen von der gesellschaftlichen Entwicklung der Mehrheit abgeschnitten sind. In ACC-13 dagegen ist eindeutig ersichtlich, dass weite Teile der Bevölkerung nach EU-Maßstab nur über ein geringes Einkommen verfügen, nicht voll in den Arbeitsmarkt eingebunden und mit ihrer Situation unzufrieden sind. In Gesellschaften, in denen wesentlich größere Teile der Bevölkerung mit signifikanten Defiziten in der Lebensqualität zurecht kommen müssen als in den Ländern der EU, ist daher wohl keine ähnlich eindeutige Grenzziehung zwischen sozialen Randgruppen einerseits und dem „Mainstream“ andererseits möglich. Wo Deprivation weiter verbreitet und üblich ist, wirkt sie weniger stigmatisierend und ruft weniger das subjektive Gefühl der Ausgrenzung hervor als in Gesellschaften, die mehr Chancen bieten. Daraus folgt, dass Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten stärkere Wirkung auf das subjektive Gefühl der Ausgrenzung hat als in den Beitrittsländern.

### **Familie und Zivilgesellschaft sind zentrale Faktoren der sozialen Eingliederung**

Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung kann nicht allein auf die Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut beschränkt bleiben, vielmehr müssen auch die Bindungen innerhalb der Familie, in der Nachbarschaft und in Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen gestärkt werden, die alle emotionalen und sozialen Halt und Unterstützung bieten. Ehe und eigene Kinder stabilisieren nachweislich das Selbstvertrauen und stärken das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Daneben können Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement als Puffer gegen das Gefühl sozialer Ausgrenzung fungieren.

Die Entwicklung politischer Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung ist eine Aufgabenstellung quer über alle administrativen Bereiche der etablierten Arbeitsaufteilung unter den verschiedenen staatlichen Stellen hinweg. Sie erfordert eine Neubelebung zivilgesellschaftlichen Handelns und verlangt ein koordiniertes Vorgehen in verschiedenen Politikbereichen - vor allem in der Beschäftigungs-, Bildungs- und Familienpolitik, aber auch in der Wohnungs- und Nachbarschaftspolitik. In AC-10 und CC-3 nannten die Befragten häufig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - noch vor den üblichen familienpolitischen Maßnahmen - als wichtigstes Instrument einer familienorientierten Politik.

### **Starke Unterstützung der Generationen untereinander**

Ein Viertel der Befragten in ACC-13 und mehr als ein Fünftel in den EU-Ländern leisten formale oder nichtformale Pflege- und Betreuungsarbeit. Während in der EU die Bürger vermehrt außerhalb des eigenen Haushalts und des Verwandtenkreises in diesem Bereich aktiv sind, steht für die Bürger in ACC-13 die eigene Familie im Vordergrund. Während die meisten EU-Bürger das Konzept der „intimacy at a distance“ (Nähe auf Distanz) favorisieren und betagte Eltern und deren erwachsene Kinder in getrennten Haushalten leben, spricht sich die große Mehrheit der Befragten in den Beitritts- und Kandidatenländern dafür aus, dass sich berufstätige erwachsene Kinder um ihre betagten Eltern kümmern sollten. Die aktive Mithilfe bei der Pflege wirkt sich auf das Gefühl der erweiterten Verantwortlichkeit für die Familie eher positiv als negativ aus. In ACC-13 sind Befragte, die bereits heute alte Menschen pflegen, dafür, die Verantwortlichkeit der Familie zukünftig noch auszuweiten.

Was die Bezahlung von Pflege und Betreuung anbelangt, so legen die Europäer ein bemerkenswertes Maß an generationenübergreifender Empathie an den Tag. Ältere

Menschen sind häufiger dafür, die Pflegekosten auf die ältere Generation zu verlagern als die Angehörigen der jüngsten Generation, und sie sind auch entsprechend zurückhaltender im Hinblick auf eine zusätzliche Belastung der jüngeren Generation. Die jüngere Generation ihrerseits erklärt sich bereit, Pflegeaufgaben zu übernehmen, und tritt für eine erweiterte Verantwortlichkeit der Familie ein, auch wenn dies zur Folge hat, dass sie die Belastung selbst tragen muss. Dies lässt den Schluss zu, dass in Europa das Potenzial für einen vernünftigen politischen Diskurs über Generationengerechtigkeit durchaus vorhanden ist.

Aus politischer Sicht muss die stark ausgeprägte Unterstützungsbereitschaft innerhalb der Familien als ein zweischneidiges Schwert gesehen werden. Einerseits stärken soziale Leistungen von Familie und Nachbarschaft die Unterstützung der Generationen untereinander und tragen dazu bei, den Staat zu entlasten, andererseits jedoch wird nichtformale Pflegearbeit nicht selten parallel zu einem formalen Beschäftigungsverhältnis geleistet. Dies kann verstärkte Belastung und geringere Produktivität zur Folge haben und erfordert daher neue Formen einer flexiblen Koordination von Arbeit und Familie.

### **Sinkende Geburtenziffern und zunehmende Migration als wichtige Herausforderung für die Politik**

Die niedrigen Geburtenziffern stellen für die Politik der EU eine wachsende Bedrohung im Hintergrund dar, da sie den Fortbestand einer gesunden Bevölkerungsstruktur in Europa in Frage stellen. In einigen Ländern bildet der höhere Anteil kinderloser Frauen einen wichtigen Faktor, in anderen Ländern ist es das gestiegene Alter der Erstgebärenden, und in wieder anderen Ländern ist die fehlende Bereitschaft oder die Unfähigkeit, eine eheliche oder andere Langzeit-Lebensgemeinschaft einzugehen, eine beträchtliche Einflussgröße. Die niedrigen Geburtenziffern können also aus unterschiedlichen Kombinationen der genannten Faktoren in den einzelnen Ländern herrühren, weshalb sich eine einheitliche politische Strategie hier als kontraproduktiv erweisen könnte.

Es besteht auch in allen Ländern ein Trend weg von der Großfamilie, der sich sowohl in der Praxis als auch in der Höhe des individuellen Kinderwunschs niederschlägt: die individuelle Kinderzahl der Frauen liegt im Durchschnitt unter ihrer idealen Kinderzahl. Dies wird von manchen Beobachtern als ein wichtiges Thema für die Politik gesehen, besteht doch die Möglichkeit, dass Maßnahmen, die die Entscheidung für Kinder erleichtern, bei den Frauen auf positive Resonanz stoßen und die Geburtenraten in Europa wieder steigen lassen. Die Feststellungen gehen dahin, dass rund ein Drittel der Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft in Europa ihre ideale Familiengröße nicht verwirklicht haben, wenngleich auch ein nicht geringer Anteil dieser Gruppe (bis zu 12 %) über der idealen Familiengröße liegt. Ein sehr enger Zusammenhang besteht zwischen dem Bildungsniveau und dem Erreichen der idealen Familiengröße: Bei gebildeteren Frauen liegt die tatsächliche Familiengröße eher unter und bei weniger gebildeten Frauen eher über ihrer Idealvorstellung.

Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die politische Bedeutung der Kluft zwischen idealer und tatsächlicher Fertilität möglicherweise überschätzt wird. Es gibt keine signifikanten Hinweise darauf, dass diese Kluft für die Frauen ein ernstes Problem darstellt, und es ist daher nicht davon auszugehen, dass sie auf Maßnahmen, die dem entgegenwirken sollen, deutlich reagieren würden.

Zudem würde eine Politik, die es Frauen ermöglicht, ihre Fertilitätsvorstellungen zu verwirklichen, bei der einen Gruppe zu einem Anstieg der Geburtenrate führen, während diese bei der anderen zurückginge - der Nettoeffekt fiel damit relativ bescheiden aus.

Wenn man über politische Maßnahmen gegen das Nichterreichen der gewünschten Kinderzahl nachdenkt, sollte dabei der in der Analyse zutage getretene positive Zusammenhang zwischen hohem Bildungsstand und geringer Kinderzahl berücksichtigt werden. Dies legt nahe, dass solche politischen Maßnahmen am aussichtsreichsten wären, die vorrangig auf Frauen mit guten beruflichen Qualifikationen ausgerichtet sind, für die die Opportunitätskosten der Kindererziehung (hinsichtlich Einkommen, beruflicher Laufbahn oder Lebensstil) am höchsten sind. Maßnahmen, die die Entscheidung für Kinder erleichtern sollen, könnten anders aussehen als Maßnahmen gegen die Armut, denn die erstgenannten würden eine horizontale Umverteilung von kinderlosen Frauen zu Frauen mit Kindern unterstützen, während letztere die vertikale Umverteilung von besser gestellten Frauen zu weniger gut situierten Frauen begünstigen würden. In Anbetracht der nur unzureichenden Kenntnisse über die damit zusammenhängenden Prozesse sollten derartige Folgerungen jedoch nicht zu weit getrieben werden. In einer Veröffentlichung der OECD aus jüngerer Zeit heißt es hierzu:

„Die Politik sollte sich von politischen Maßnahmen zur Geburtenförderung nicht allzu viel erhoffen. Wir wissen immer noch nicht genau, weshalb die Geburtenziffern in den OECD-Ländern in den letzten drei Jahrzehnten so drastisch gesunken sind, und unsere Kenntnis über die Wirkungen von politischen Maßnahmen und deren Nebenwirkungen reicht noch lange nicht aus, um als Leitfaden für die Aufstellung kostenwirksamer Interventionen dienen zu können“ (Sleeboos, 2003, S.48).

Die Langzeitrisiken für Mütter im Laufe ihres Lebens sollten durch Maßnahmen vermindert werden, in denen ausreichende Einkommensbeihilfen, der Schutz von Müttern vor Diskriminierung im Beruf, Maßnahmen für die Wiedereingliederung von Eltern in den Arbeitsmarkt, bessere Unterstützung für allein erziehende Eltern und ein familienfreundliches Rentensystem zusammenfließen. Bessere Kinderbetreuungseinrichtungen könnten dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiären Aufgaben und die „Work-Life-Balance“ zu verbessern.

Manche Beobachter vertreten die Auffassung, dass die negativen Auswirkungen des Geburtenrückgangs durch höhere Zuwanderung ausgeglichen werden könnten. Die Analyse der Migrationsabsichten in den Beitrittsländern lässt einen eher moderaten Zustrom von Migranten in die EU erwarten - rund eine Million im Verlauf der nächsten fünf Jahre. Die potenziellen Migranten sind zumeist jung und gut ausgebildet; eine wachsende Zahl davon sind Frauen. Die Beitritts- und Kandidatenländer könnten folglich unter den negativen Folgen der Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräften in den Westen zu leiden haben. Doch auch hier dürfte die Gesamtwirkung eher moderat ausfallen, da eher von einer temporären Migration und einer möglichen Remigration auszugehen ist. Aus sozialpolitischer Sicht bietet der temporäre Charakter vieler Migrationsabsichten eine Ansatzmöglichkeit für politische Maßnahmen, die sowohl die Remigration als auch einen Migrationskreislauf fördern.

### Unterschiede und Übereinstimmungen unter den Ländergruppen

Zwei Folgen der EU-Erweiterung sind durch vorangegangene Forschungsarbeiten eindeutig belegt: Erstens wird an die Stelle des in der gegenwärtigen EU bestehenden Nord-Süd-Gefälles beim wirtschaftlichen Entwicklungsstand und dem Lebensstandard in der erweiterten EU ein West-Ost-Gefälle treten, und zweitens werden die regionalen Unterschiede zwischen Ost und West nach der Erweiterung erheblich größer sein als die regionalen Unterschiede in der derzeitigen Union.

Die vorliegenden Untersuchungen bestätigen im Allgemeinen diese früheren Erkenntnisse und lassen sich um einige weitere Aspekte ergänzen. Der wichtigste sozioökonomische Indikator, das BIP pro Kopf (angepasst nach Kaufkraftparitäten) liegt für AC-10 bei 45 % des EU-15-Durchschnitts (gegenüber 60 % in Griechenland, Portugal und Spanien bei deren Beitritt). Die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden fallen ähnlich deutlich aus und spiegeln damit in gewisser Weise das ökonomische Gefälle wider: In neun der 13 Beitritts- und Kandidatenländer ist die allgemeine Zufriedenheit geringer als in den zwei Ländern, die in der derzeitigen EU die Schlusslichter bei der Lebenszufriedenheit stellen. Das niedrige Niveau der AC-10-Länder bei BIP, Familieneinkommen, Zugang zu wichtigen Gütern und Arbeitsbedingungen hat schwer wiegende Auswirkungen auf konventionelle Aspekte der Lebensqualität in Europa und verdeutlicht, vor welchen schwierigen Aufgaben im Hinblick auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt die EU nach der Erweiterung stehen wird.

Aus den Untersuchungen geht weiter hervor, dass die EU-Erweiterung mehr Ungleichheit in den einzelnen Ländern mit sich bringen wird. Auch wenn die Ungleichheit in Bezug auf die Einkommen in der EU und den Beitritts- und Kandidatenländern in etwa gleich stark ausgeprägt ist, ist bei der Mehrzahl der übrigen Dimensionen des Wohlbefindens in ACC-13 eine größere interne Streubreite festzustellen. So sind die Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit unter den verschiedenen Einkommensgruppen in den Beitritts- und Kandidatenländer wesentlich stärker ausgeprägt als in der EU, wo die stärksten Differenzen hinsichtlich der Zufriedenheit im Allgemeinen in Südeuropa zu verzeichnen waren.

Analog zu früheren Forschungsarbeiten ergaben die Untersuchungen auch eine Reihe bemerkenswerter soziokultureller Unterschiede. Den Umfragen zufolge sind die Menschen in ACC-13 traditionsbewusster und weniger postmaterialistisch eingestellt in dem Sinne, dass sie ihr Leben stärker auf Familie und Arbeit ausrichten, mehr Achtung älterer Menschen zeigen und weniger individualistisch geprägt sind als die EU-Bürger. Kinder, Einkommen und berufliche Entwicklungschancen sind für sie wichtiger, wohingegen die Befragten in der EU vergleichsweise mehr Wert auf Freizeit und Geselligkeit außerhalb der Familie legen. In beiden Ländergruppen wird allerdings die Lebensqualität einhellig als ein mehrdimensionales Konzept gesehen, das von mehreren Faktoren abhängt und nicht nur von einem Element des Wohlbefindens.

Da die Studien auch deutliche Unterschiede zwischen den Ländern der ACC-Gruppe aufzeigen, sollte der Kluft zwischen Ost und West keine allzu große Bedeutung beigemessen

werden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern von ACC-13 sind nicht selten größer als in der EU.

Nicht zuletzt verweisen die Untersuchungen auch auf eine Reihe wichtiger Gemeinsamkeiten unter den Ländern der größer werdenden EU. Die grundlegenden Prioritäten und Grundwerte der Menschen sind in ganz Europa dieselben. Den meisten Menschen in den meisten Ländern geht es hauptsächlich darum, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ihre Gesundheit zu erhalten und eine Familie zu haben, auf die sie sich in Notfällen verlassen können. So gesehen haben

sie sehr ähnliche Vorstellungen davon, was Lebensqualität ausmacht. Unterstützung der Generationen untereinander und eine verlässliche Einbindung in die Familie als Puffer gegen soziale Ausgrenzung oder Vereinsamung sind ihnen ebenfalls gemeinsam. Niedrige Geburtenraten und die damit einhergehenden kulturellen Werte sind in der größer werdenden Union heute fast ebenso universal wie das Ideal der gemeinsamen Verantwortung von Frau und Mann für die Betreuung und Erziehung der Kinder..



- Allardt, E., «Having, loving, being: an alternative to the Swedish model of welfare research», dans Nussbaum, M. & Sen, A., *The quality of life*, Oxford, Clarendon press, p. 88-94, 1993.
- Atkinson, T., Cantillon, B. Marlier, E. et Nolan, B., *Social indicators: the EU and social inclusion*, Oxford, Oxford University Press, 2002.
- Berger, B. et Berger, P., *The war over the family: capturing the middle ground* (citation d'après l'édition allemande: *In Verteidigung der bürgerlichen Familie*, 1994), Garden City, Anchor Press/Doubleday, 1983.
- Bongaarts, J., «The end of the fertility transition in the developed world», *Population and Development Review* 28, 3, p. 419-443, 2002.
- Commission européenne, *Deuxième rapport sur la cohésion économique et sociale (COM/2001/24 final)*, Bruxelles, 2001.
- Cummins, R. A., «The domains of life satisfaction: an attempt to order chaos», *Social Indicators Research*, 38, p.303-328, 1996.
- Dahrendorf, R., *The modern social conflict*, London, Weidenfeld & Nicolson, 1988.
- Dahrendorf, R., *Law and order*, Boulder, Colorado, Westview Press, 1985.
- Delhey, J., «The prospects of catching up for new EU members: lessons for the accession countries to the European Union from previous enlargements», *Social Indicators Research* 56, 2, p. 205-231, 2001.
- Diener, E., Suh, E.M., Lucas, R.E. & Smith, H.L., «Subjective well-being: three decades of progress», *Psychological Bulletin* 125, 2, 1999.
- Easterlin, R., «Income and happiness: towards a unified theory», *The Economic Journal* 111 (July), 2001.
- Esping-Andersen, G., *The three worlds of welfare*, Cambridge, Polity Press, 1990.
- Esping-Andersen, G., «A new gender contract», pp. 68-95 dans G. Esping-Andersen, D. Gallie, A. Hemerijck, J. Myles, *Why we need a new welfare state*, Oxford, Oxford University Press, 2002.
- Fahey, T., Nolan B. et Whelan C. T., *Monitoring quality of life in Europe*. Luxemburg: Office des publications officielles des Communautés européennes (version en ligne sur <http://www.eurofound.eu.int/publications/EF02108.htm>), 2003.
- Fondation européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail, *La qualité du travail et de l'emploi en Europe: Enjeux et défis*, Luxemburg, Office des publications officielles des Communautés européennes, 2002.
- Fuchs, D., «EU oder europäisches Volk: Kollektive Identität und Osterweiterung», *WZB-Mitteilungen* 92, 6, p. 8-12, 2001.
- Giddens, A. (dir.), *The global third way debate*, Cambridge: Polity Press, 2001.
- Hagerty, M. et Veenhoven, R., «Wealth and happiness revisited - growing national income does go with greater happiness», *Social Indicators Research*, 64, 1, p. 1-27, 2003.
- Jowel, R., «Indicators of subjective well-being», Document 2.3 préparé pour la Conférence des utilisateurs de statistiques «Measuring government performance», Londres, 13 novembre 2003.
- Lasch, C., *Haven in a heartless world: the family besieged*, New York, Basic Books, 1979.
- Maslow, A. H., *Motivation and personality*, New York, Harper & Row, 1970.
- OCDE, *Social indicators: a proposed framework and structure*, Paris, Organisation de coopération et de développement économiques, 1999.
- Room, G., «Social quality in Europe: perspectives on social exclusion», p. 289-297 in Beck, W., van der Maesen, L., & Walker, A., *The social quality of Europe*, Bristol, The Policy Press, 1988.
- Sen, A., *Inequality Re-examined*, New York, Sage, 1992.
- Sleebos, J.E., *Low fertility in OECD countries: Facts and policy responses*. OECD Social, Employment and Migration Working Papers n° 13, Paris, OCDE, 2003.
- Steinherr, A., «Issues and constraints of regional convergence», p. 107-118 dans B. Funck & L. Pizzatti (dir.) *European integration, regional policy, and growth*, Washington, DC, World Bank, 2003.
- Veenhoven, R., «Lebenszufriedenheit der Bürger: ein Indikator für die „Lebbarkeit“ von Gesellschaften?», dans Noll, H.-H. (dir.), *Sozialberichterstattung in Deutschland: Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen*, Weinheim/ Munich, Juventa, p. 4267-293, 1997.

Vogel, J., «Strategies and traditions in Swedish social reporting: a 30-year experience», *Social Indicators Research* 58, p.1-3, 2002.

Weise, C., Bachtler, J., Downes, R., McMaster, I., Toepel, K., *The impact of EU enlargement on cohesion*, Commission européenne, Bruxelles, [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/studies/study\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/studies/study_en.htm), 2001.

Winkelmann, L. & Winkelmann, R., «Why are the unemployed so unhappy?», *Economica* 65, p.1-15, 1998.

Zapf, W., «Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität», dans Glatzer, W., & Zapf, W. (dir.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik: objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*, Campus, Frankfurt a.M./New York, p. 13-26, 1984.

# Anhang

## Aufstellung der Variablen und Eurobarometer-Quellen

### Liste der Variablen Eurobarometer CC 2002

#### Eurobarometer-Quellen für entsprechende Variablen für EU-15

	EB 50.1 1998	EB 51.0 1999	EB 52.1 1999	EB 54.2 2001	EB 56.1 2001	EB 56.2 2001
<b>Europäische Union</b>						
Q1: EU-Mitgliedschaft des Landes: gut oder schlecht	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Q2: Abstimmung bei einem möglichen Referendum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Q3: Land hätte/hätte keine Vorteile	keine	keine	keine	keine	keine	keine
<b>Lebensqualität/Zufriedenheit</b>						
Q4: Zufriedenheit mit den angegebenen Lebensbereichen			Q13			
Q5: Veränderungen im zeitlichen Verlauf: 2 Jahre früher/später			Q14			
Q6: 3 Faktoren, die am meisten zur gegenwärtigen Lebensqualität beitragen			Q15			
Q7: 3 Faktoren, die am meisten zur Lebensqualität beitragen würden			Q16			
<b>Familie und Kinder</b>						
Q8: Ideale Kinderzahl						Q60
Q9: Persönlich bevorzugte Kinderzahl						Q61
Q10: Kinderwunsch vor 20 Jahren						
Q11: Wollten Sie eigentlich mehr Kinder?						
Q12: Tatsächliche Anzahl Kinder						Q64
Q13: Alter bei Geburt des ersten Kindes						Q65
Q14: Wie viele weitere Kinder wollen Sie haben?						Q66
Q15: Meinung zu den Prioritäten der Familienpolitik/Verantwortlichkeiten des Staates	Q31c					
Q16: Kinderbetreuung: Aufgabenverteilung	Q34					
Q17: Meinung zur Rolle der Familie	Q27ac/ Q27bc					
<b>Alte Menschen</b>						
Q18: Erwachsene Kinder müssen sich um: ihre Eltern kümmern: gut oder schlecht	Q33					
Q19: Altenpflege - Verantwortlichkeit		Q36				
Q20: Altenpflege - beispielhafte Praktiken	Q36					
Q21: Wer sollte für die Pflege aufkommen?	Q37					
Q22: Übernimmt selbst Pflegeaufgaben		Q37ac/ Q37bc				
<b>Gesundheit</b>						
Q23: Lebensgewohnheiten			Q21			
Q24: Krankheit oder Behinderung			Q23			
<b>Zugang zu und Qualität von Dienstleistungen</b>						
Q25: Zugang zu Dienstleistungen/Entfernung von der Wohnung			Q17a/ Q17rc			
Q26: Zufriedenheit mit sozialen Diensten	Q35b					
Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten	Q35c					
Q27: Pflege: Wer soll verantwortlich sein?	Q40					

**Haushaltseinkommen und Lebensstandard**

Q28: Geringstmögliches Einkommen, das zur Deckung der Kosten ausreicht								Q3m
Q29: Eigenes Haushaltseinkommen im Verhältnis zu diesem Schwellenwert								Q4
Q29a: Wie kommen Sie mit dem verfügbaren Einkommen zurecht?								Q5
Q30: Seit wann befinden Sie sich in dieser finanziellen Situation?								Q6
Q31: Wirtschaftliche Probleme in den zurückliegenden 12 Monaten								Q9
Q32: Selbsteinschätzung des eigenen Lebensstandards							Q18	
Q33: Gegenwärtige Fähigkeit zu investieren							Q19	
Q34a: Derzeit bemüht, den Lebensstandard zu verbessern							Q20a	
Q34b: Pläne zur Verbesserung des Lebensstandards							Q20bc/ Qcc	
Q35: Besitz von Konsumgütern	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine

**Sozialschutz/soziale Ausgrenzung/soziale Eingliederung**

Q36: Meinung zu den Voraussetzungen für ein gutes Leben								Q20/Q21
Q37: Verfügbarkeit von Unterstützung durch soziales Netz								Q19
Q38: Meinung zu Entfremdung/Depression/ Unsicherheit/Machtlosigkeit								Q21
Q39: Unterstützung für andere							Q26	
Q40: Verantwortung gegenüber den Armen							Q27ac/ Q27bc	
Q41: Meinung zu den Ursachen für Bedürftigkeit								Q13
Q42: Drei aus einer Liste ausgewählte Ursachen für Ausgrenzung								Q14c
Q43: Armutsrisiko: zwei Aussagen								Q15
Q44: Zustimmung zu linkem Gedankengut/Solidarität							Q28	

**Soziale und politische Teilhabe**

Q45: Mitgliedschaft in vorgegebenen Organisationen	Q32ac							
--	-------	--	--	--	--	--	--	--

**Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Qualität der Arbeit**

D15: Derzeit ausgeübte Tätigkeit	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	D15ar/ D15br	
Q46: Schon einmal arbeitslos gewesen								Q16_2m/Q16_2r
Q47: Dauer der Arbeitslosigkeit								Q17
Q48: Arbeitswunsch: Vollzeit oder Teilzeit								Q22
Q49: Firmengröße								Q26
Q50: Branche								Q27r
Q51: Ist-Arbeitsstunden pro Woche								Q29m
Q52: Meinung zur Qualität der Arbeit								Q33
Q53: Meinung zum Stress bei der Arbeit								Q41

**Regionale Mobilität**

Q54: Sind Sie in den letzten 10 Jahren umgezogen?								Q35
Q55: Wie oft?								Q36+ Q36r
Q56: Wohin sind Sie umgezogen?								Q37a-Q37b
Q57: Gründe für den letzten Umzug								Q38c
Q58: Weshalb sind Sie bisher nicht umgezogen?								Q39c
Q59: Umzugsabsichten in den nächsten 5 Jahren								Q40

## Anhang 1. Aufstellung der Variablen und Eurobarometer-Quellen

Q60: Entfernung des beabsichtigten Umzugs				Q41a-Q41e		
Q61: Motive für den beabsichtigten Umzug				Q42c		
Q62: Gründe für einen Umzug in den nächsten 5 Jahren				Q43c		
Q63: Umzugsbereitschaft bei Arbeitslosigkeit				Q44		
Q64: Bessere Aussicht auf einen Arbeitsplatz bei Umzug?				Q45		
Q65: Was würde Sie zu einem Umzug veranlassen?				Q46		
Q66/67: Bereitschaft in einem anderen europäischen Land zu leben				Q47		
	EB 50.1	EB 51.0	EB 52.1	EB 54.2	EB 56.1	EB 56.2
<b>Demografische Daten</b>						
D10: Geschlecht	D10	D10	D10	D10	D10	D10
D7: Familienstand	D7	D7	D7	keine	D7	D7
D8: Alter bei Verlassen der Schule/Universität	D8	keine	keine	D8	D8	D8
D3b: Bildungsniveau	keine	keine	keine	keine	keine	keine
D25: Wohnort	keine	keine	keine	keine	D25	D25
D26: Wohnungsart	keine	keine	D24	keine	keine	keine
D27: Wohnungsgröße in Quadratmeter	keine	keine	D24b	keine	keine	keine
D28: Anzahl der Personen im Haushalt	D12	keine	keine	keine	keine	keine
D29: Netto-Haushaltseinkommen	D29_ Ländercode	D29_ Ländercode	D29_ Ländercode	D29_ Ländercode	D29_ Ländercode	D29_ Ländercode
D30: Einkommensquellen und deren Stellenwert	keine	keine	D31ac	keine	keine	keine
D19: Wer trägt am meisten zum Haushaltseinkommen bei?	D19b	D19b	D19b	keine	D19a	D19
D21: Derzeit ausgeübter Beruf der Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt	D21a/ D21b	D21a/ D21b	D21a/ D21b	keine	D21a/ D21b	D21a/ D21b
ALTER: Alter	D11	keine	keine	D11	D11	D11



Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2004 - 64S. - 21 x 29,7 cm

ISBN 92-897-0255-9

Preis (ohne MwSt.) in Luxemburg: 15 EUR

*Der Gipfel von Lissabon stellte die Sozialpolitik als ein zentrales Element der Strategie Europas auf dem Weg heraus, die Union bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Der vorliegende Bericht, der auf eine gemeinsame Initiative der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales und der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zurückgeht, setzt sich mit einigen der Herausforderungen der Ziele von Lissabon auseinander. Er befasst sich mit Themen wie soziale Ausgrenzung und Eingliederung, Einkommen und materielle Armut, Geburtenrate und Familiengröße, Gesundheit und Fragen der Pflege und Betreuung sowie Wanderungstendenzen. Auf der Grundlage der Ergebnisse neuerer Eurobarometer-Umfragen in 28 europäischen Ländern liefert er eine einzigartige kritische Analyse der Ansichten und Erfahrungen der Bürger des neuen Europa zu verschiedenen Aspekten der Lebensbedingungen.*

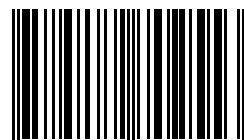
**Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine dreigliedrige Einrichtung der EU, deren Aufgabe es ist, den wichtigsten sozialpolitischen Entscheidungsträgern die Ergebnisse, Erkenntnisse und Empfehlungen aus der vergleichenden Forschung zugänglich zu machen. Die Stiftung wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 errichtet.**



Publications Office

*Publications.eu.int*

ISBN 92-897-0255-9



9 789289 702553